



# JAHRES|2021 BERICHT



**Landvolk Niedersachsen**

Landesbauernverband e.V.

*75 Jahre gemeinsam stark*

# Impulsgeber für Niedersachsen. Gemeinsam Lebensräume gestalten.



## Heute Impulse setzen für morgen

Die NLG sieht sich als Fortschrittmacher Niedersachsens. Dafür setzen wir Impulse, entwickeln Ideen und sorgen mit nachhaltigen Projekten für ein zukunftsfähiges Niedersachsen. Und das kreativ und partnerschaftlich. Wir nennen das: **Gemeinsam Lebensräume gestalten.**

[www.nlg.de](http://www.nlg.de)



## Inhalt

### Agrarpolitik

Die Herausforderungen meistern. . . . .	4
GAP-Verhandlungen im verspäteten Endspurt . . . .	8
Förderung läuft holprig. . . . .	11

### Agrarmärkte

Zwischen Billigmarken, Tierwohl und pflanzlichen Drinks . . . . .	12
Krisen an wichtigen Fleischmärkten . . . . .	15
Eine Seuche kommt selten allein . . . . .	18
Von hohen Erwartungen und getrübler Realität . . . .	20
Zielgerichtet in die Zukunft . . . . .	22
„Ampel“ beabsichtigt ambitionierten Ausbau bis 2030. . . . .	23

### Sozial- und Steuerpolitik

Psychische Belastungen in der Landwirtschaft nehmen zu . . . . .	25
Dauerhafte Betriebsform – auch über mehrere Generationen hinweg . . . . .	27
Gerupft, aber gerettet . . . . .	28

### Agrarrecht

Rechtsberatung ist der Kernbereich . . . . .	30
Hauptschlagadern der Energiewende. . . . .	32
Corona und Cybercrime . . . . .	34
Ist der Niedersächsische Weg noch nicht genug? . . . .	35
Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!. . . . .	37

### Bildung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Akteure der beruflichen Bildung trotz Corona. . . . .	39
Die Themen liegen nicht nur auf der Straße. . . . .	41
Die schnelle Info: Für wen, wann und was? . . . . .	42
Einfluss durch Dialog . . . . .	43

### Partner und Dienstleister

Jagdgesetz wird novelliert . . . . .	46
Zahlreiche Kooperationsprojekte mit der Landwirtschaft . . . . .	48
Zwischen Gesellschaft, Politik und Markt . . . . .	50
Informationen von „echten“ Obstbauern . . . . .	52
Unterstützung beim Wegebau fehlt. . . . .	53
Staffelübergabe geglückt . . . . .	54
Die Störfälle im Leben. . . . .	56
Energiewende berührt Landwirtschaft vielfältig. . . . .	58
Wo geht die Reise hin? . . . . .	60

### Vorstand und Anschriften

Referate - Wir stellen uns vor . . . . .	62
Vorstand Landvolk Niedersachsen . . . . .	64
Anschriften Bezirksarbeitsgemeinschaften / Kreisverbände . . . . .	65
Anschriften der Partner und Dienstleister. . . . .	68
Ausschüsse im Landvolk Niedersachsen, Impressum . . . . .	70

# GEMEINSAM DIE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN

Die Lage vieler Betriebe ist ernst; die Stimmung auf den Höfen eher düster. Der Landesbauernverband geht die anstehenden Aufgaben daher entschlossen an.



„Wir kämpfen weiter für die Kennzeichnung nach 5xD“.

Jörn Ehlers,  
Landvolk-Vizepräsident

**S**treiten, und dann gemeinsame Ziele verfolgen. Entschlossenheit zeigen und mit einer Stimme für die Bäuerinnen und Bauern in Niedersachsen sprechen – das ist mehr denn je das Credo der größten Interessenvertretung für den bäuerlichen Berufsstand und den ländlichen Raum.

## Weitere Einschnitte und Einbußen

Unser Berufsstand sieht sich mit einer Vielzahl von systemverändernden Herausforderungen konfrontiert, die mit großen Anstrengungen und wohl auch mit Einschnitten und Einbußen für unsere Betriebe verbunden sein werden. Besonders benachteiligt sind eine Vielzahl der Milchviehbetriebe, die zwingend auf die Bewirtschaftung von Grün- und Ackerland zum Futteranbau

für ihre Tiere angewiesen sind. Diese Höfe befinden sich überwiegend in den gewässerreichen Regionen Niedersachsens.

Dort stellt sich angesichts der Entwürfe der alten Bundesregierung die Frage, ob eine EU-Förderung überhaupt noch eine Hilfe für das Fortbestehen eines Familienbetriebes sein wird, sollten die Pläne wie geplant umgesetzt werden. Die Bäuerinnen und Bauern stehen mit dem Rücken zur Wand! Aktuelle Berechnungen deuten darauf hin, dass es für eben diese Höfe besser sein könnte, künftig auf die Förderung zu verzichten. Das würde einen Bankrott der deutschen Agrar- und Umweltpolitik bedeuten, wenn Fördermaßnahmen zwar angeboten werden, eine Beantragung aber die Existenzen eher gefährdet als stabilisiert.



Berufskollegen, darunter das Präsidium des Landvolks Niedersachsen sowie Vertreter von Landschaftsverbänden (LsV), Basisbauern und Junglandwirten waren Anfang 2021 bei der norddeutschen Verwaltung von Edeka in Minden, um in mehreren Arbeitsgruppen gemeinsam mit dem Konzern (regionale) Marketingstrategien auszuloten.



„Wunsch und Wirklichkeit der Tierhaltung passen immer noch nicht zur Zahlungsbereitschaft der Verbraucher.“

Dr. Holger Hennies  
Landvolkpräsident

Mehrfach hat Landvolkpräsident Dr. Holger Hennies im Jahr 2021 – wie hier im April in Berlin – gegen das geplante Insektenschutzgesetz protestiert. Der Niedersächsische Weg war gefährdet. Erst in buchstäblich letzter Sekunde konnte mit dringend notwendigen Anpassungen das schlimmste verhindert werden – ein großer Erfolg für das Landvolk Niedersachsen.



**Es steht viel auf dem Spiel**

Dr. Holger Hennies hat das Amt des Präsidenten des Landvolks Niedersachsen Anfang 2021 zu einer Zeit übernommen, als die Lage vieler Betriebe nicht rosig war und zahlreiche politisch bedeutsame Weichenstellungen absehbar waren. Für die Zukunft der gesamten Landwirtschaft und damit auch für die Bäuerinnen und Bauern in Niedersachsen steht dabei nach wie vor viel auf dem Spiel. Große Ziele wie der Klimaschutz, aber auch der Ruf nach Innovationen sowie nicht weniger als der gesamte Umbau der Tierhaltung kennzeichnen die Politik der amtierenden Bundesregierung in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung. Das Wort „Transformation“ beschreibt die Mammutaufgabe, die den Landwirten einiges abverlangt. Wir wollen uns diesen Herausforderungen stellen, aber man darf uns vor allem wirtschaftlich nicht im Regen stehen lassen.

Die Landwirtschaft nimmt als Branche eine Sonderrolle ein, vor allem im Hinblick darauf, die Ernährung der Bevölkerung langfristig zu sichern und den Landwirten in dem Transformationsprozess nicht ihre Existenzgrundlagen zu entziehen. Dies ist vor allem bei den Themen Klimaschutz, Moorschutz und dem Schutz der Biodiversität immer zu berücksichtigen. „In den Fragen der Finanzierung des Umbaus, des Tierwohls, der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sowie dem Pflanzen- und Insektenschutz wird noch viel zu konkretisieren sein“, sagt Holger Hennies.

Die verbindliche Haltungs- und Herkunftskennzeichnung, den Einstieg ins Bestandsmanagement beim Wolf und ein neues Konzept zur Nutzung von Bioenergie wertet Hennies beim Rückblick auf 2021 positiv; das alles entspricht vieljährigen Forderungen des Verbandes.

**Pauschale Verbote bereiten Sorge**

Sorge bereiten dem Präsidium des Landvolks Niedersachsen die pauschalen Formulierungen zum Pflanzenschutzmittelverbot in Wasserschutzgebieten. Dies habe wie das pauschale Glyphosatverbot wenig mit einer wissenschaftlichen Risikobewertung zu tun. Unverantwortlich ist angesichts der akuten Krise in der Schweinehaltung die aktuell noch fehlende verbindliche Finanzierungszusage zum Umbau der Tierhaltung.

Holger Hennies hat sich stark gemacht für eine Umstrukturierungsprämie für Schweine haltende Betriebe, da sich der Markt absehbar nicht entspannen wird. Für die Landwirte ist die Kennzeichnung nach „5xD“ wichtig; außerdem eine bevorzugte Baugenehmigung für Ställe, um Tierwohlaufgaben erfüllen zu können. „Wunsch und Wirklichkeit der Tierhaltung passen immer noch nicht zur Zahlungsbereitschaft der Verbraucher“, stellt Hennies fest. Er erinnert an die vielen guten Vorschläge, gerade auch fürs Tierwohl, aus der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die nun von der neuen Regierung umgesetzt werden müssen.

Für die Ackerbauern ist die Lage aufgrund der bestehenden Nährstoffproblematik und der drückenden Kosten für Betriebsmittel turbulent. „Die erneut aufflammende Diskussion um die roten Gebiete ist zermürbend“, sagt Landvolk-Vizepräsident Ulrich Löhr. Die Erfolge und Verbesserungen der vergangenen fünf Jahre würden von der Politik nicht anerkannt. Die Klimaerwärmung und die Anpassung daran, CO2-Speicherung und -Effizienz, Vielfalt und neue Kulturen sind weitere wichtige Themen, denen sich insbesondere auch die Bäuerinnen und Bauern stellen müssen, die in Moorgebieten oder auf Moorböden wirtschaften. Hier fängt die Debatte erst an.

**Ökologische Stationen kommen**

Weiter gearbeitet wird am Niedersächsischen Weg. Es sollen zusätzliche Ökologische Stationen und eine Beratung für Landwirte außerhalb der Natura 2000-Gebiete eingerichtet werden. Das Wiesenbrüter-Schutzprogramm soll mit einem Kooperationsvorrang umgesetzt



„Besonders benachteiligt sind viele Milchviehbetriebe, die auf die Bewirtschaftung von Grün- und Ackerland zum Futteranbau angewiesen sind.“

**Manfred Tannen,**  
Landvolk-Vizepräsident



**Moorschutz ist Chefsache: Ministerpräsident Stephan Weil und Landvolkpräsident Dr. Holger Hennies (v.r.) bringen sich im Gnarrenburger Moor auf den neuesten Stand.**

werden. Weitere Ziele sind die Ausweitung des Ökolandbaus und die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln.

Die weiter andauernde Pandemie wirkt sich nicht nur auf die Märkte, sondern auch auf die Arbeit des Verbandes aus. Viele Sitzungen und Veranstaltungen können nicht oder nur online stattfinden. Corona beeinflusst auch massiv die Abläufe auf den Höfen. „Umso wichtiger ist es, dass wir als

Landesbauernverband gemeinsam die anstehenden Herausforderungen meistern“, sagt Landvolk-Hauptgeschäftsführer Helmut Brachtendorf. In dem Spannungsfeld der zahlreichen zu beackenden Themen sind das Landvolk und die Kreisverbände in Niedersachsen ein verlässlicher Begleiter und Ansprechpartner.

Es bleibt der Ruf nach einer Umstrukturierungsprämie für Schweine haltende Betriebe, da sich der Markt absehbar nicht entspannen werde und der Verbrauch seit Jahren sinke. Lichtstreifen am Horizont sehen nur die Rinder- und Geflügelhalter, und auch für Milchprodukte werden halbwegs vernünftige Preise erzielt. Die Änderung zur Tierschutz-Transportverordnung ist verkündet worden und betrifft insbesondere die Erhöhung des Transportalters von Kälbern auf 28 Tage mit einer Übergangsfrist von einem Jahr. Das ist zu wenig: Das Landvolk hat sich generell gegen eine solche Änderung ausgesprochen und setzt sich nun zumindest für eine Verlängerung dieser Frist ein.



„Die erneut aufflammende Diskussion um die roten Gebiete ist zermürbend.“

**Ulrich Löhr,**  
Landvolk-Vizepräsident

**HIER TRIFFT SICH DIE LANDWIRTSCHAFT**

Tarmstedter Ausstellung

08. - 11. Juli 2022

www.tarmstedter-ausstellung.de

# GAP-VERHANDLUNGEN IM VERSPÄTETEN ENDSPURT

Der Beginn der Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2021 bis 2027 verlief wie immer. Pünktlich am 27. November 2017 legte die Kommission ihre Mitteilung mit dem Titel „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ vor.



Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik werden sieben Ökoregelungen eingeführt, das heißt einjährige Maßnahmen, die dem Umwelt- und Naturschutz dienen sollen. Die Teilnahme der Landwirte an diesen Maßnahmen ist freiwillig.



**Dr. Wilfried Steffens**  
Referent für  
Agrarstruktur

**A**ber dann kam alles anders und der Beginn der neuen Förderperiode zum 1. Januar 2021 war nicht zu halten. Übergangsregelungen mussten her. Als neuer Beginn des Förderzeitraums bis 2027 einigte man sich auf den 1. Januar 2023.

## Ziel der Vereinfachung verfehlt

Grüner sollte die neue GAP werden und ein neues Umsetzungsmodell sollte die erhoffte Vereinfachung bringen, indem Brüssel lediglich den Rahmen der Förderperiode vorgibt und die Mitgliedstaaten diesen mit einem nationalen Strategieplan, der die Maßnahmen der 1. und der 2. Säule der GAP umfasst, ausfüllen. Aber die Kommission zieht sich nicht so weit aus Detailvorgaben zurück, wie im Vorfeld angekündigt.

Durch das neue Umsetzungsmodell wurden die komplizierten ELER-Regeln (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) auf den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) - der die Direktzahlungen finanziert - übertragen und nicht umgekehrt. Hinzu kam die „deutsche Gründlichkeit“, die auch in der Agrarverwaltung anzutreffen ist. Dabei hat sich mal wieder gezeigt: Die deutsche Politik und Agrarverwaltung kann fast alles, aber nicht einfach, und so wurde zumindest das Ziel der Vereinfachung einmal wieder verfehlt.

Und wie sieht es mit den Inhalten aus? Im Ergebnis der nationalen Umsetzung ergaben sich für die 1. Säule folgende Eckpunkte: Die Zahlungsansprüche werden zum 31. Dezember 2022 abgeschafft. Die Einkommensgrundstützung (bisher Basisprämie) wird als bundeseinheitlicher Betrag je Hektar förderfähiger Fläche gewährt. Die Umschichtung von Mitteln der 1. Säule in die 2. Säule wird fortgeführt. Ausgehend von 4,5 Prozent im Jahre 2020 steigt der Umschichtungssatz in Stufen bis 2026 auf 15 Prozent an. Die Umverteilungsprämie wird aufgestockt und künftig für maximal 60 Hektar (bisher 46 Hektar) gezahlt.

Zahlungen erhalten in Zukunft nur aktive Betriebsinhaber, wobei der deutsche

Verordnungsentwurf die Mitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung als Kriterium vorsieht. Für die Haltung von Mutterschafen und -ziegen sowie Mutterkühen wird eine gekoppelte Prämie eingeführt, wobei der Mutterkuhalter keine Kuhmilch oder Kuhmilcherzeugnisse abgeben darf. Der Zuschlag auf die Betriebsprämie für Junglandwirte wird erhöht und für bis zu 120 Hektar gezahlt, wobei eine berufliche Qualifizierung im Ausbildungsberuf Landwirtschaft oder vergleichbare Qualifikationen nachzuweisen sind.

Die Greening-Prämie wird abgeschafft und wesentliche bisherige Bestandteile der Greening-Verpflichtungen in die neue Konditionalität überführt. Eingeführt werden sieben Ökoregelungen, das heißt einjährige Maßnahmen, die dem Umwelt- und Naturschutz dienen sollen. Die Teilnahme der Landwirte an diesen Maßnahmen ist freiwillig. Anders die Konditionalitätsauflagen: Hier werden bei den Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) die Regelungen zur Registrierung und Kennzeichnung von Tieren gestrichen, im Gegenzug wird aber eine neue, so genannte soziale Konditionalität (Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit, Arbeitsschutz), hinzugefügt.

## Guter ökologischer Zustand

Die Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ) werden von bisher sieben auf künftig neun erweitert. Insbesondere GLÖZ 2 (geeigneter Schutz von Feuchtgebieten und Torfmooren), GLÖZ 4 (Schaffung von Pufferstreifen an Gewässern), GLÖZ 7 (Fruchtwechsel), GLÖZ 8 (nicht produktive Ackerflächen) und GLÖZ 9 (Verbot der Umwandlung von Dauergrünland in FFH- und Vogelschutzgebieten) betreffen Landwirte in Niedersachsen je nach Standort zwar unterschiedlich, dafür aber teilweise umso schwerwiegender in den wirtschaftlichen Auswirkungen. Darauf haben DBV und auch der Landvolkverband sehr frühzeitig immer wieder hingewiesen und auch Änderungsvorschläge eingebracht. Da die nationalen Verordnungsentwürfe an verschiedenen Stellen auch Landesermächtigungen vorsehen, wird hier und da auf Landesebene auch noch etwas zu „korrigieren“ sein und auch korrigiert werden müssen, zumal einige Vorgaben kaum mit dem Niedersächsischen Weg in Einklang zu bringen sind. Das heißt, es bleibt noch einiges zu tun.



**„Die neue GAP wird grüner, komplizierter und unattraktiver. Die Politik hat ihr Wort gebrochen. Nachbesserungen sind dringend nötig.“**

**Johannes Schürbrock**,  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Strukturpolitik

**„Zahlungen erhalten in Zukunft nur aktive Betriebsinhaber, wobei der deutsche Verordnungsentwurf die Mitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung als Kriterium vorsieht.“**

**Dr. Wilfried Steffens**,  
Referent für  
Agrarstruktur

Als Zwischenfazit bleibt für die 1. Säule der GAP aber festzuhalten: Insbesondere durch die nationalen Beschlüsse zur Umsetzung der GAP (Umschichtung, Plafondsbildung für Ökoregelungen, Junglandwirte, gekoppelte Prämien) entwickeln sich die Direktzahlungen pro Hektar der Betriebe unterschiedlich, verringern sich in der Regel aber erheblich im Verlauf der Förderperiode. Aber: Direktzahlungen sind noch nicht alles! Denn das Anforderungsniveau steigt im Bereich der Konditionalität im Vergleich zu den heutigen Cross Compliance- und Greening-Anforderungen deutlich an und die nationalen Regelungen verstärken auch diese Wirkungen nochmals, beispielsweise durch die Festlegung des Anteils der nichtproduktiven Flächen an der Ackerfläche auf vier Prozent.

Es kommt dadurch zu einer erheblichen Reduzierung der Einkommenswirksamkeit der Direktzahlungen. Je nach Ausrichtung und Standort sind die zu erwartenden Einkommensverluste der Betriebe zwar unterschiedlich. Sie liegen jedoch in der Größenordnung 130 Euro pro Hektar und darüber. Die Ursachen liegen insbesondere in der unterschiedlichen Betroffenheit der Betriebsformen durch die Regelungen in den Konditionalitäten. Dabei sind Grünland-/Futterbaubetriebe besonders betroffen, insbesondere, wenn sie Flächen auf Moorstandorten und in Vogelschutzgebieten bewirtschaften. Die geplanten Pufferstreifen an Wasserläufen und die Regelungen zum Fruchtwechsel treffen diese Betriebe ebenfalls in hohem Maße.

### Ökoregelungen kaum umsetzbar

Die Ökoregelungen werden, entgegen den ursprünglichen Ankündigungen der Politik - wenn überhaupt - nur geringe Einkommenswirkungen entfalten werden. Und: Es fehlen bei den vorgesehenen Maßnahmen umsetzbare Ökoregelungen, insbesondere für Grünland-/Futterbaubetriebe. Außerdem entstammen die Maßnahmen überwiegend aus dem ELER. Probleme sind vorprogrammiert: „Kannibalisierung der 2. Säule“, fehlende Schnittstellen zur 2. Säule, Doppelförderungen ... sind Stichworte aus der politischen Diskussion.

Nun zur 2. Säule: Eigene ELER-Programme wird es ab 2023 nicht mehr geben. Die von den Bundesländern geplanten Maßnahmen werden Bestandteil des nationalen GAP-Strategieplans. Die bisherige Einbeziehung der so genannten Wirtschafts- und Sozialpartner,

also auch des Landvolks Niedersachsen in die Programmaufstellung zum ELER in Niedersachsen war zwar gut, wenngleich viele Anregungen nicht hinreichend aufgegriffen wurden. Grundsätzlich geht der Verband auch mit der strategischen Schwerpunktsetzung in der künftigen ELER-Förderung in Niedersachsen konform.

Der Ausbau der freiwilligen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen wird begrüßt in der „Hoffnung“, dass diese passend in das Gesamtgebilde der neuen grünen Architektur eingebaut werden. Unter anderem hat der Landvolkverband vorgeschlagen, den Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden und Insektiziden vor allem in FFH-Gebieten zu fördern, die Anlage von Blüh- und Gewässerschutzstreifen weiterhin zu honorieren und etwas für den Schutz von Vögeln in der Agrarlandschaft zu tun.

### Investitionsförderung wichtig

Die vorgesehenen Mittel für die Förderung des Ökolandbaus hält der Verband für „äußerst ambitioniert“. Bis 2025 soll der Umfang des Ökolandbaus verdoppelt (zehn Prozent), bis 2030 verdreifacht (15 Prozent) werden. Gegen die Förderung der Sommerweidehaltung von Milchkühen hat der Verband keine Einwände, wenngleich vermutlich nur wenig Kühe dadurch zusätzlich Weidegang erhalten werden, der Verwaltungs- und Kontrollaufwand hoch ist und Milchvieh-/Futterbaubetrieben durch die Ausgleichszulage „besser geholfen“ werden könnte, zumal die neue Kulisse der benachteiligten Gebiete für diese Zwecke gut passen würde.

Hinsichtlich der Bezuschussung einer Mehrgefahrenversicherung verläuft die Diskussion im Berufsstand eher „ambivalent“. Die Investitionsförderung muss ein besonderer Schwerpunkt bleiben. Jedoch gibt es eine deutliche Ablehnung seitens des Verbandes gegenüber der Planung der Landesregierung, den Wegbau außerhalb der Flurbereinigung nicht mehr zu fördern und aus der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung auszusteigen. Außerdem wünschen sich die Junglandwirte eine Existenzgründungsförderung im Rahmen der 2. Säule, was vom Landvolk-Vorstand unterstützt wird. Die Reform der GAP stellt nicht nur die Landwirte vor große Herausforderungen, sondern auch die Beratung. Mit dem „einfachen“ Ausfüllen eines GAP-Antrags ist es in Zukunft nicht mehr getan.

**„Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik stellt nicht nur die Landwirte vor große Herausforderungen, sondern auch die Beratung. Mit dem „einfachen“ Ausfüllen eines GAP-Antrags ist es in Zukunft nicht mehr getan.“**

**Dr. Wilfried Steffens,**  
Referent für  
Agrarstruktur

# FÖRDERUNG LÄUFT HOLPRIG

Eine Milliarde Euro hatte die Regierungskoalition mit dem Investitions- und Zukunftsprogramm für die Anpassung der Landwirtschaft an das neue Düngerecht vereinbart.

Über die Jahre 2021 bis 2024 verteilt sollten davon 816 Millionen Euro für Investitionsmaßnahmen, 140 Millionen Euro für Agrarumweltmaßnahmen, 24 Millionen Euro für die Innovationsförderung und 20 Millionen Euro im Bereich Digitalisierung zum Einsatz kommen. Der Start des Antragsverfahrens für investive Maßnahmen am 11. Januar 2021 verlief äußerst „holprig“. Die Nachfrage - insbesondere für Investitionen in Maschinen und Geräten - war größer, als die Serverkapazitäten der Landwirtschaftlichen Rentenbank es zuließen. Landwirtschaftliche Rentenbank, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und der Deutsche Bauernverband (DBV) mit seinen Landesverbänden trafen sich daraufhin regelmäßig im Rahmen von Videokonferenzen, um aufgetretene Schwierigkeiten auszuräumen und am System der Antragstellung zu „feilen“.

### Verringerte Bürokratie

Im Ergebnis entstand dann ein neuartiges Registrierungs- und Interessenbekundungsverfahren mit deutlichen Vorteilen gegenüber herkömmlichen Windhundverfahren: Weniger reibungslos verlief zunächst die Antragstellung zur Förderung des Stallumbaus zur Verbesserung der Haltungsbedingungen für Sauen. Nach massiver Intervention des Verbandes wurde dann im Frühjahr 2021 die Richtlinie geändert und insbesondere die Antragsfrist auf den 30. September 2021 verlängert und der Abschluss der Maßnahme bis in das Jahr 2022 „verschoben“.

Dies führte zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Antragsteller.

Blieb noch das Problem der „Teilumsteller“, das heißt Fälle, in denen nur ein Teil der Anlage umgebaut werden sollte. Diese Fälle wurden vom Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in der Regel abgelehnt. Dieses Problem konnte jedoch durch direkte Verhandlungen des Landvolks Niedersachsen mit der BLE gelöst werden.

### Förderung von Silageplatten

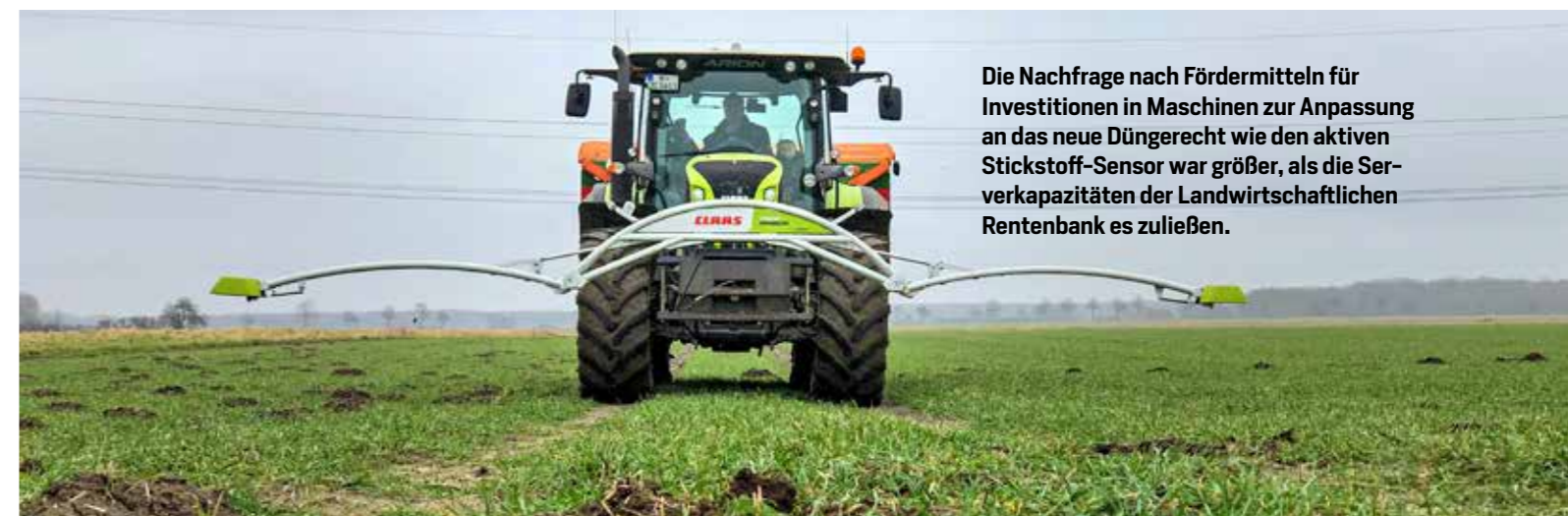
Nach wie vor ungelöst ist jedoch die Frage der möglichen Förderung des Baus von Silagelagerstätten. Mit dem neuen GAK-Fördergrundsatz „Spezifische Investitionen zum Umwelt- und Klimaschutz“ wurde zwar ein Programm auf den Weg gebracht, um nichtproduktive Investitionen, zu denen nach Ansicht des Verbandes auch Siloplatzen zählen, mit erhöhten Sätzen zu fördern. Denn ohne massive Förderung ist der Bau von Silagelagerstätten beziehungsweise die entsprechende Aufrüstung bestehender Silagelagerstätten von den Betrieben kaum zu schultern.

Feldmieten mit einer Lagerzeit unter einem halben Jahr sind nach wie vor zulässig. Denn die sichere Versorgung mit Futtermitteln und damit ausreichenden Kapazitäten im Sinne von Risikoversorge machen zusätzliche Bevorratungsmöglichkeiten erforderlich. Da es sich hierbei um so genannte nichtproduktive Investitionen handelt, ist EU-rechtlich eine Förderung von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Kosten möglich.



**„Politik, Rentenbank und Berufsstand haben gemeinsam ein innovatives Konzept zur Umsetzung der Bauernmilliarde auf den Weg gebracht.“**

**Johannes Schürbrock,**  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Strukturpolitik



Die Nachfrage nach Fördermitteln für Investitionen in Maschinen zur Anpassung an das neue Düngerecht wie den aktiven Stickstoff-Sensor war größer, als die Serverkapazitäten der Landwirtschaftlichen Rentenbank es zuließen.

# ZWISCHEN KOSTENDRUCK, TIERWOHL UND VEGANEN VERBRAUCHERTRENDS

Nach dem Ausnahmejahr 2020, welches insbesondere im 2. Quartal durch Preiseinbrüche geprägt war, erholten sich die Erzeugerpreise im 2. Halbjahr nur sehr langsam. Erst seit Juni 2021 entwickelt sich der Markt für Milch und Milchprodukte dynamischer und die Erzeugerpreise stiegen deutlicher.



**Nora Lahmann**  
Referentin für Milch

Die positiven Marktentwicklungen verblasen jedoch beim Anblick der explodierenden Kosten. Zudem müssen Molkereien und Milcherzeuger Antworten auf steigende Anforderungen finden, deren Finanzierung unklar ist. Die häufig einseitig geführte Diskussion über die angeblich bessere Umweltverträglichkeit pflanzlicher Alternativen wie Hafer-, Soja, und Mandelmilch fordert die Branche ebenso zunehmend heraus.

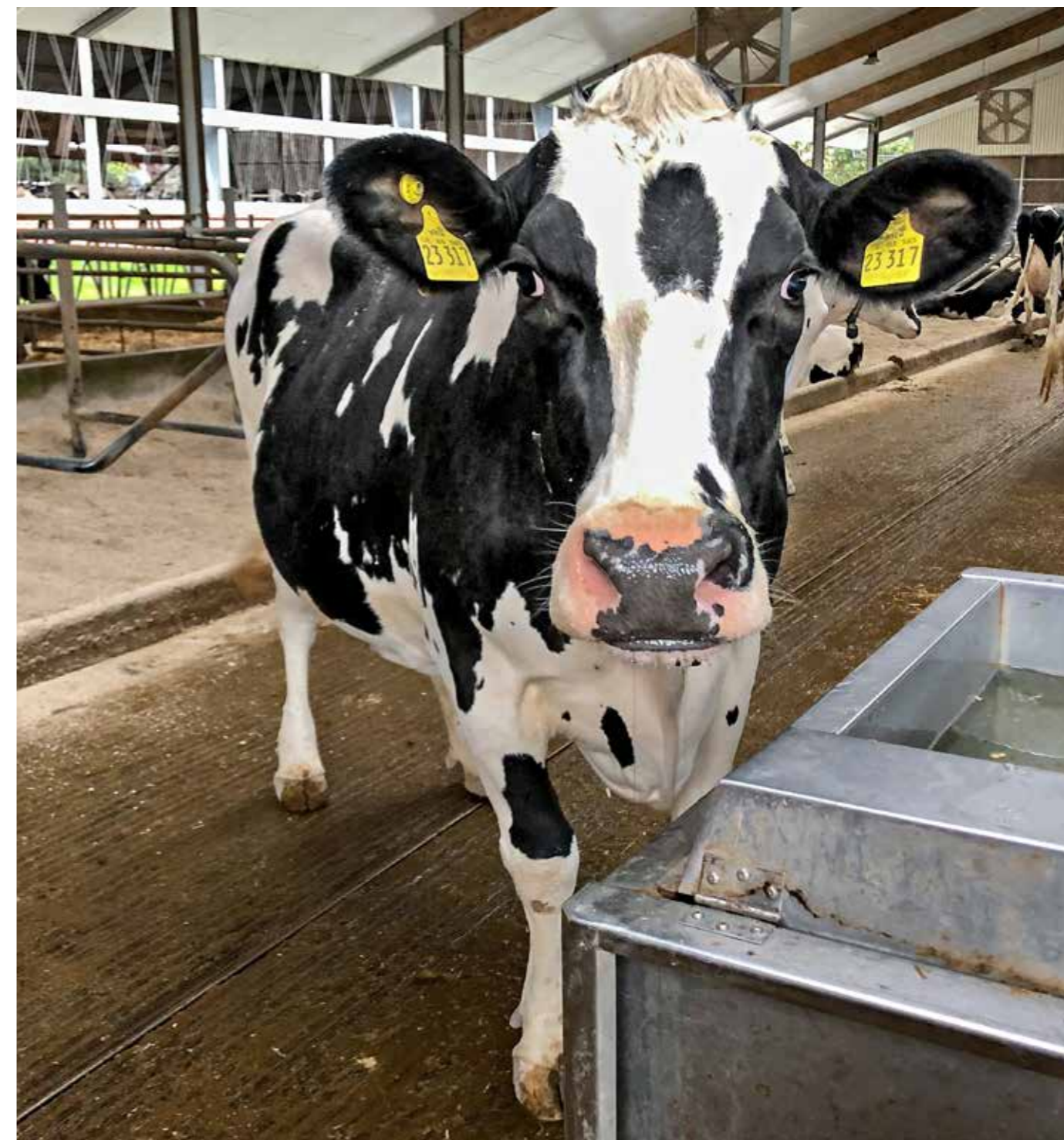
## Rückläufiges Angebot

Im Rückblick der Jahre 2020/2021 ist der Milchmarkt relativ gut durch die Covid-19-Pandemie gekommen. Die meisten Molkereien konnten sich schnell an das veränderte Konsumverhalten anpassen und Warenströme auf die verstärkte Nachfrage im Lebensmitteleinzelhandel und im Export umleiten, um den weggefallenen Food-Service-Sektor zu kompensieren.

Dennoch lagen die Auszahlungspreise lange bei nur etwa 32 bis 33 Cent/kg Milch, weshalb in verschiedenen Branchengesprächen mit der Politik die prekäre Lage der Milchviehhalter dargelegt wurde. Im ersten Halbjahr 2021 konnten auf den Märkten bereits festere Preistendenzen festgestellt werden, mit einer weiterhin guten Aussicht.

Die wetterbedingt unterdurchschnittlichen Qualitäten des ersten Schnittes und die rückläufigen Betriebs-, und Kuhzahlen in diesem Jahr führten zu einem Rückgang der Milchmengen und zum anderen zu niedrigeren Inhaltsstoffen, die die Rohstoffknappheit noch verstärken. Somit konnte der durchschnittliche Milchauszahlungspreis (ab Hof bei vier Prozent Eiweiß und 3,4 Prozent Fett) mit 35,37 Cent/kg Milch für die ersten neun Monate des Jahres 2021 das Vorjahresniveau um 3,33 Cent/kg überschreiten. Allein für sich betrachtet erscheint dieser Wert gar nicht so schlecht, werden aber der deutlich gestiegene Aufwand berücksichtigt, so stellt sich die wirtschaftliche Situation für viele Betriebe in 2021 deutlich schwächer dar. Wie in den anderen landwirtschaftlichen Bereichen stiegen die Kosten der Milchbauern extrem. Die Kosten für Energie, Dünger und Futter haben sich teilweise mehr als verdoppelt.

Der Milchmarkt von Ende 2020 bis in den Herbst 2021 ist von einer vergleichsweise hohen Stabilität charakterisiert. Der Käse, das niedersächsische „Leitprodukt in der Milchverwertung“ in dessen Produktion ein Großteil der in Niedersachsen erzeugten Milch fließt, blieb etwa von Mai bis August bei einem stabilen Preis um 3,25 Euro/kg und zog danach erneut an. Seit Oktober werden für Schnittkäse Preise im Bereich von deutlich mehr als vier Euro je kg am Markt umgesetzt. Auch beim Magermilchpulver gab es stabile Preisentwicklungen. Nach einem kurzen Abfall im Sommer werden mittlerweile deutlich über 3.000 Euro/t am Markt notiert. Die Butterpreise entwickelten sich uneinheitlicher und sind erst ab August kontinuierlich



„Käse ist das niedersächsische Leitprodukt in der Milchverwertung“

**Nora Lahmann,**  
Referentin für Milch

gestiegen und haben im letzten Quartal 2021 fast die sechs Euro/kg Marke erreicht. Die Exporte von Käse stiegen von Januar bis August im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 9 %, auch bei Molkenpulver, Vollmilchpulver und Magermilchpulver gab es Zuwächse.

Angesichts der Tatsache, dass sich die niedersächsischen Milchviehbetriebe an die Grenze der ökonomischen Belastungsfähigkeit stoßen, fanden Ende 2020 und Anfang 2021 Branchengespräche zwischen dem Landvolk Niedersachsen, der Landesvereinigung Milchwirtschaft e.V., den niedersächsischen Molkereien und der Ministerin

Barbara Otte-Kinast statt. Es wurde eine Konzeptskizze der Niedersächsischen Milchwirtschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf der Stufe Erzeugung und Verarbeitung erarbeitet. Dieses umfasste die Handlungsfelder wie die Forderung nach einer Überarbeitung des Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetzes hinsichtlich fairer Handelsbedingungen, die Kennzeichnung der Standards der heimischen Milchprodukte und dessen finanzielle Honorierung, die Überprüfung und Weiterentwicklung der kartellrechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten der in der Wertschöpfungskette benach-

**Problematische Debatte um mehr Tierwohl: Weder die Borchert-Kommission, noch QM-Milch bietet den Landwirten die ökonomischen Rahmenbedingungen, mit denen Betriebe für zukünftige Investitionen planen können.**



Die Tierschutztransportverordnung legt unter anderem fest, dass die Kälber 28 Tage alt sein müssen, bevor sie transportiert werden dürfen. Dieser Beschluss wurde vom Landvolk Niedersachsen scharf kritisiert.

teiligten Erzeuger und Verarbeiter, die Optimierung der Förderung für Futterbau- und Grünlandbetriebe in benachteiligten Gebieten, sowie die Weiterverfolgung der Sektorstrategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft.

### Standardsetzung im Tierwohl

Nicht nur die hohen Produktionskosten trüben die Aussichten der Milchproduzenten. Auch die bisher noch nicht geklärten Zielvorstellungen für eine politisch und gesellschaftlich akzeptierte Milcherzeugung der Zukunft, schaffen Verunsicherung und lassen vor Investitionen zurückschrecken. Zum einen sind das verschiedene in Diskussion gebrachte Pläne zur Verbesserung des Tierwohls, wie die Borchert-Kommission, an der das Landvolk Niedersachsen mit seinen Vertretern intensiv mitgewirkt hat, dessen Ausgang jedoch bislang ungewiss ist. Zum anderen steht die Mitte Juni 2020 gegründete Arbeitsgruppe für die Weiterentwicklung der Standardsetzung bei QM-Milch kurz davor die Verhandlungen abzuschließen.

Das QM+ Label wurde als deutschlandweit einziges wirtschaftsgetragenes Label gemeinsam mit allen Akteuren der Wertschöpfungskette, wie Handel, Molkereien und Bauernverbandsvertretern erarbeitet. Es lobt 14 Tiergesundheits- und Tierwohlkriterien aus und ist komplementär zu den Kriterien der Initiative Tierwohl (ITW). Das Label soll ab 2022 auf den Verpackungen erscheinen und sichert dem teilnehmenden Betrieb einen Preisaufschlag für den höheren Aufwand. Wie hoch dieser ausfallen wird und wie er bei dem Landwirt ankommt wird momentan noch verhandelt.

Innerhalb der Lebensmittelkennzeichnung wird das QM+ Label in der Stufe 2 eingeordnet. In Stufe 3 wird nach

Verhandlungen, in denen das Landvolk sich einbrachte, das Label ProWeideland eingeordnet. Problematisch an der Debatte um mehr Tierwohl ist, dass bisher weder die Borchert-Kommission, noch QM-Milch den Landwirten die ökonomischen Rahmenbedingungen bietet, mit denen Betriebe für zukünftige Investitionen planen können. Deshalb stauen sich auf den Betrieben die Investitionen, was mittelfristig für viele zum Ausstieg führen könnte.

Die mit der Sektorstrategie 2030 festgelegte Branchenkommunikation hat in den vergangenen Monaten große Schritte erreicht. Das vom Milchindustrieverband (MIV), Raiffeisenverband (DRV) und Bauernverband (DBV) ausgearbeitete Umsetzungskonzept ist mit der Gründung der Initiative Milch GmbH, der Einstellung der Geschäftsführerin Kerstin Wriedt und dem Kampagnenstart mit dem Werbeslogan „Milch. Das weiße Wunder.“ am 1. Juni erfolgreich gestartet. Es ist den Initiatoren gelungen 80% der deutschen Milchmenge und somit 4 Mio. € für das Projekt zu bündeln. Aufgabe der Initiative ist es, sich bundesweit für die Milch einzusetzen indem sachliche Aufklärung und emotionale Erzählungen über die Milch in Richtung Verbraucher getragen werden.

Seit Juni 2021 gilt in Deutschland die Rohmilchgüterverordnung. Diese bringt den vorbeugenden Verbraucherschutz auf ein neues Niveau. Sie beinhaltet insbesondere bei der Erfassung eines breiteren Wirkstoffspektrums bei der Kontrolle auf antibiotische Rückstände. Das Landvolk hat sich in Arbeitsgruppen zusammen mit der Landesvereinigung Milchwirtschaft e.V., der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Vertretern der Molkereiunternehmen und der Untersuchungsstellen sowie der amtlichen Überwachung, mit der praktischen Umsetzung des neuen Rohmilchgüterrechts befasst und stellte Infomaterial für die Landwirte zur Verfügung.

### Unüberlegter Vorschlag

Darüber hinaus wurde eine weniger erfreuliche Verordnung vom Bundesrat beschlossen. Die Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV) legt unter anderem fest, dass die Kälber der Milchviehhalter 28 Tage alt sein müssen, bevor sie transportiert werden dürfen. Dieser Beschluss, dessen weitreichende Folgen für die deutschen Milchviehhalter offensichtlich nicht berücksichtigt wurden, wurde scharf vom Landvolk kritisiert.



# KRISEN AN WICHTIGEN FLEISCHMÄRKTEN

Nach der zweiten und dritten Welle der Coronapandemie hat es am Schweinefleisch- und Ferkelmarkt in 2021 zwischendurch nur eine kurzzeitige Aufwärtsbewegung gegeben, bevor es im Herbst bei den Preisen wieder stark bergab ging.

Spätestens 2036 müssen die Abferkelbuchten umgebaut worden sein: Die Sauen dürfen dann nur noch maximal 5 Tage rund um die Geburt in ihrer Bewegung eingeschränkt werden. Zur übrigen Zeit muss der Ferkelschutzkorb wie hier im Bild geöffnet sein und die Sau muss sich frei bewegen können.



**Markus Kappmeyer**

Referent für Vieh und Fleisch

Vor dem Hintergrund der schon zu langanhaltenden katastrophalen Preise bei Ferkeln und Schlachtschweinen hatten Bundesministerin Julia Klöckner und ihre Kolleginnen Barbara Otte-Kinast und Ursula Heinen-Esser im Oktober zu einem virtuellen Branchentreffen mit Verbänden und Unternehmen der Lebensmittelkette in der Fleischwirtschaft aus Niedersachsen und NRW eingeladen. Es bestand Einigkeit,

dass der Schweinefleischmarkt noch immer von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist. Die seit ein- einhalb Jahren erfolgten Produktionsanpassungen in Deutschland konnten keine Wirkungen entfalten, weil in anderen Mitgliedsstaaten teilweise noch Bestände aufgestockt wurden.

### 5xD-Kennzeichnung

Der DBV und die Landesbauernverbände aus Niedersachsen und NRW sahen für die übervollen Lager die dringende Notwendigkeit von Absatzimpulsen, damit es Entlastung für die existenzbedrohende Situation vieler Schweinehalter geben könne. Die Verbände forderten, dass sich Handel, Verarbeiter und Großverbraucher auf eine Vermarktung von deut-



„Obwohl der Milchpreis im Vergleich zu den letzten Jahren als positiv zu bewerten ist, laufen den Milchbauern und Milchbäuerinnen die Kosten davon.“

**Manfred Tannen,**

Vizepräsident und Vorsitzender Ausschuss Milch

schem Schweinefleisch mit einer „5xD-Kennzeichnung“, von der Geburt bis zum Laden, einigten, wenn die Planungen für einen Umbau der Tierhaltung in Deutschland nach den Borchert-Empfehlungen überhaupt noch eine realistische Chance haben sollen.

Der DBV und seine Landesbauernverbände appellierten an die Politik und die Marktpartner, alles dafür zu tun, um die Schweinehaltung in Deutschland zu erhalten, dazu gehöre neben einer Herkunftskennzeichnung mit 5 mal D auch eine Erweiterung der Initiative Tierwohl auf Fleisch- und Wurstwaren. Diese hat in den letzten Wochen Fahrt aufgenommen.

### Kastration mit Isofluran

Seit dem 1. Januar 2021 ist die betäubungslose Ferkelkastration in Deutschland verboten. Durch immensen Einsatz des Berufsstands in Gesprächen und durch eine Demonstration zur Agrarministerkonferenz in Bad Sassendorf im September 2018 konnte eine zweijährige Fristverlängerung erreicht werden. In der Übergangszeit wurde es rechtlich ermöglicht, dass Personen aus der Landwirtschaft nach einem Sachkundekurs nun die allein nach deutschem Recht erforderliche Vollnarkose mit Isofluran selbst anwenden können. Anderenfalls wären die Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu den Betäubungsverfahren in den Niederlanden (CO<sub>2</sub>-Betäubung) und Dänemark (örtliche Betäubung) noch sehr viel stärker gewesen. Zudem hatten sich das Landvolk Niedersachsen und der Deutsche Bauernverband (DBV) erfolgreich für eine Förderung der teuren Narkose-Geräte eingesetzt.

Als Alternative zur chirurgischen Ferkelkastration unter Vollnarkose steht seit dem 1.1.2021 nur noch die Ebermast zur Auswahl. Während die konventionelle Ebermast seit Änderung des Tierschutzgesetzes in 2012 schon stetig ausgeweitet wurde und an ihre Grenzen stößt, fristete die Mast von Ebern, die gegen den Ebergeruch geimpft wurden, bis 2019 ein Nischendasein in Deutschland. Hauptursache dafür war die Ablehnung der meisten Schlachthöfe, die auf die Zusatzanforderungen für den Verarbeiter oder den Lebensmitteleinzelhandel verwiesen.

Das Landvolk hat sich 2020 gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden aus dem Rheinland, Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern deshalb das Ziel gesetzt, diese Stigmatisierung mit dem sogenannten „Projekt 100.000 Improvac-Eber“ ab-



zubauen. Gemeinsam haben die Verbände mehr Transparenz in das Thema gebracht und beharrlich das gesetzte Ziel von 100.000 gegen den Ebergeruch geimpften Tieren erreicht. Mittlerweile wurden dank des Projektes, bei dem die Firma Zoetis die Landwirte unter anderem mit einem kostenlosen Impfteam unterstützt hat, mehr als 100.000 Eber geimpft und vermarktet. Die Anerkennung der guten Fleischqualität von geimpften Ebern ist weitgehend erreicht. Die Corona-Pandemie mit ihren extremen Auswirkungen auf die Schlachtbranche hat es zunächst schwer möglich gemacht, den Wandel in der Bewertung von Fleisch mit Improvac geimpfter Tiere für Schweinehalter sichtbar zu machen. Ein positives Zwischenfazit wurde Anfang Dezember bei einer Online-Veranstaltung gezogen.

### Borchert-Empfehlungen

Das vom ehemaligen Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert geleitete Kompetenznetzwerk hat eine Strategie zur künftigen Nutztierhaltung entwickelt, die neben einem Umbau der Tierhaltung bis 2040 eine staatliche Förderung sowie ein Tierwohllabel empfiehlt, um die Akzeptanz für die Nutztierhaltung in der Gesellschaft zurückzugewinnen. Zudem müssen Bau- und Umweltrecht angepasst werden, damit der angestrebte Umbau möglich wird. Die von Bundesministerin Julia Klöckner in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie wurde im März veröffentlicht. Im Mai folgte die vom von Thünen-Institut vorgelegte Folgenabschätzung.

Inwiefern die gründliche aber noch nicht in Gesetze und Verordnungen eingegangene Vorarbeit von der neuen Bundesregierung aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten. Forderung des DBV ist es, die Wünsche nach einer deutlich aufwändigeren und somit besseren Tierhaltung mit einer verbindlichen Kennzeichnung auch der Herkunft zu begleiten, eine verlässliche Finanzierung

für diese nicht mehr wettbewerbsfähige Tierhaltung bereitzustellen und die rechtlichen Hürden beim Um- und Neubau von Tierställen zügig abzubauen.

### Ende der Einzelhaltung von Sauen

Nach jahrelanger Diskussion, wie das sogenannte Magdeburger Urteil zur Haltung von Sauen im Deckzentrum umgesetzt werden soll, hatte der Bundesrat im Juli 2020 eine Abschaffung der Einzelhaltung von Sauen beschlossen. Im Januar dieses Jahres sind die Änderungen der Tierschutz-Nutztierhaltungs-Verordnung in Kraft getreten. Damit läuft die Übergangsfrist für die Kastenstände im Deckzentrum (8 Jahre) und die Ferkelstuttkörbe im Abferkelstall (15 Jahre).

Im Januar 2024 müssen Konzepte für den Umbau vorgelegt werden, die dann spätestens 2029 umgesetzt sein müssen. Diese werden aufgrund der Flächenvorgabe von 5qm pro Sau im Deckzentrum wohl in allen Betrieben notwendig. Alternativ muss die Aufgabe der Ferkelerzeugung angezeigt werden. Für Abferkelbuchten, in denen die Sauen maximal 5 Tage rund um die Geburt in ihrer Bewegung eingeschränkt werden dürfen, sind ab spätestens 2036 mindestens 6,5 qm vorgeschrieben.

Das Landvolk und der DBV hatten sich dafür eingesetzt, dass ein Förderprogramm im Rahmen des Coronapakets speziell für Maßnahmen in der Sauenhaltung verlängert wurde. Zahlreiche Hürden erschweren jedoch den Umbau der Tierhaltung. Insbesondere Bau- und Umweltrecht stellen große Hürden dar. Das Landvolk und der DBV fordern dringend, diese abzubauen, um auch möglichst vielen Sauenhaltern eine Perspektive zu eröffnen, denn Deutschland ist vom Ferkelimport bereits sehr abhängig. Die Änderung der Tierschutznutztierhaltungs-Verordnung führt dazu, dass die Genehmigung der Ställe in wenigen Jahren endgültig ausläuft. Als kleinster Schritt kann deshalb die im Sommer in Kraft getretene Änderung im Baue-

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte stiegen sowohl die Jungbullen als auch die Schlachtkuhpreise nach und nach auf ein langfristiges Preishoch an.

setzungsbuch gesehen werden. Damit gibt es Erleichterungen für den Umbau von Sauenställen, die unter die landwirtschaftliche Privilegierung fallen, sofern sie die Tierzahl nicht erhöhen und Verbesserungen im Sinne des Tierwohls umgesetzt werden.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte stiegen sowohl die Jungbullen als auch die Schlachtkuhpreise auf ein langfristiges Preishoch an. Grund waren zum einen der anhaltende Trend rückläufiger Rinderbestände in Deutschland und Teilen der EU sowie ausbleibenden Importe aus Südamerika. Aufgrund gestiegener Transportkosten und steigender Nachfrage aus Asien wird in Europa immer weniger Rindfleisch angelandet.

Schon seit Jahren kritisiert das Landvolk die schlechten Förderbedingungen in Niedersachsen für Neu- und Umbauten für Mastrinder. Im Zusammenhang mit der im Tierschutzplan beschlossenen Mastrinderleitlinie war bereits 2017 das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium vom Landvolk und den Gremien des Tierschutzplans aufgefordert worden, Förderprogramme für bestehende Mastrinderhaltungen aufzulegen, um die Tierschutzvorgaben zeitnah umsetzen zu können. Zwar gibt es in Niedersachsen inzwischen theoretisch eine Fördermöglichkeit für den Einbau von Gummimatten. Allerdings geht die Förderung mit einem Platzangebot von mindestens 4,5 m<sup>2</sup> für Tiere über 350 kg Lebendgewicht einher. Damit müssten die teilnehmenden Mäster ihren Bestand so stark abstocken, dass es die Förderung von 30% mehr als aufgezehrt würde. Eine wirtschaftliche Rindermast lässt sich so nicht darstellen.

Die Initiative Tierwohl (ITW) wird voraussichtlich zum Jahresbeginn 2022 den Kriterienkatalog für die ITW Rind veröffentlichen. Die ITW Rind soll, analog zum Schweine- und Geflügelfleisch, zukünftig die Haltungsstufe 2 im vierstufigen Haltungsformsystem des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) darstellen. Seit Herbst diesen Jahres versucht der LEH zudem, Rindermastbetriebe für die Haltungsform Stufe 3 zu finden und zu nicht kostendeckenden Konditionen unter Vertrag zu bekommen. Das Landvolk rät Mästern dringend davon ab, die Verträge vorschnell zu unterschreiben.



„Ganz oder gar nicht! Der Borchert-Plan funktioniert nur im Paket.“

Jörgen Ehlers,  
Vizepräsident  
und Vorsitzender  
des Ausschusses  
Schweine /  
Veredelung



„Mit der Impfung steht den Schweinehaltern eine gute Alternative zur Kastration zur Verfügung. Nun muss das Fleisch aber auch verkauft werden.“

Enno Garbade,  
Vorsitzender des  
Arbeitskreises der  
Sauenhalter



„Für die Kennzeichnung der Haltungform im Lebensmitteleinzelhandel ist eine unabhängige Zertifizierung der Betriebe wichtig, damit wir Rindermäster Transparenz am Markt und somit kostendeckende Tierwohlschläge erhalten. Sonst haben Tierwohl und Landwirte verloren.“

Martin Lüking,  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Rindfleisch-  
erzeugung

# EINE SEUCHE KOMMT SELTEN ALLEIN

Seit Anfang März 2020 bestimmt Corona den Alltag der Menschen in Deutschland, doch viele Tierhalter sind zusätzlich und anhaltend mit Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen zur Eindämmung der Aviären Influenza (AI) und der Afrikanischen Schweinepest (ASP) konfrontiert.



**Dr. med. vet. Wiebke Scheer**  
Referentin für Veterinärwesen

Von November 2020 bis Dezember 2021 kam es in fast allen Bundesländern Deutschlands zu großen, überregionalen Ausbrüchen der hochpathogenen aviären Influenza (HPAI). Regionen mit sehr hoher Bestandsdichte an Puten waren besonders stark betroffen.

Das Geflügelpestgeschehen hat sich über den Sommer 2021 zwar beruhigt, ist aber nicht zum vollständigen Erliegen gekommen. Die ganzjährige Gegenwart von HPAI-Viren im europäischen Raum lässt nach Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) auf eine endemische Etablierung dieser HPAI-Viren schließen. Die strikte Überprüfung und Einhaltung von geeigneten Biosicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung des Viruseintrags in Geflügelhaltungen bleibt eine der wichtigsten Bekämpfungsmaßnahmen.

## 1 Jahr ASP in Deutschland

Die Ausbreitung der ASP in Europa ver setzt Landwirtschaft und Jägerschaft seit Jahren in große Sorge. Am 10. September 2020 wurde die Tierseuche erstmals auch in Brandenburg amtlich bestätigt. Seither gilt Deutschland nicht mehr als ASP-frei, ein Hindernis, das insbesondere den Export von Schweinefleischprodukten in Drittländer durch bestehende Veterinärzertifikate bis heute einschränkt. Vermarktungseinschränkungen aus Restriktionszonen gehen für betroffene Betriebe mit großen finan-

ziellen Einbußen einher und stellen die Tierhalter vor Tierschutzprobleme.

Ein Jahr später ist Deutschland mit einem massiven Seuchengeschehen bei Wildschweinen in Brandenburg, Sachsen und auch Mecklenburg-Vorpommern konfrontiert. Mittlerweile liegen die Fallzahlen bei Wildschweinen bei weit über 3000, und es kommen fast täglich neue Fälle dazu. Am 15.07.2021 wurde die ASP erstmals auch in deutschen Hausschweinebeständen nachgewiesen. Bisher waren drei Schweine haltende Betriebe in Brandenburg und ein Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern betroffen.

Der Seuchendruck aus Polen ist enorm. Zudem ist die ASP bedrohlich nah an Niedersachsen herangerückt: Nur noch 35 Kilometer entfernt lag der jüngste Fundort eines Wildschweins mit positivem Befund nordöstlich der Grenze des Landkreises Lüchow-Dannenberg.

Die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung im Wildschweinbereich hat nach wie vor höchste Priorität, und es gilt, weitere Einträge in Hausschweinebestände zu verhindern.

## Bekämpfung schränkt ein

Restriktionszonen gehen mit einer Vielzahl von Bekämpfungsmaßnahmen einher, die Eigentümer oder Besitzer (einschließlich Pächter) von Grundstücken und Jagdausübungsberechtigte einschränken. Entschädigungen werden nach dem Tiergesundheitsgesetz geleistet.

Schweinehalter sind mit zusätzlichen Auflagen konfrontiert, dazu gehört auch das grundsätzliche Verbot, Schweine aus den Sperrzonen zu verbringen. Ausnahmen können nach Erfüllung hoher Anforderungen genehmigt werden.

Zwar haben sich durch das am 21. April 2021 in Kraft getretene, neue EU-Recht Erleichterungen für Verbrin-

gungen ergeben, doch die Praxis in den betroffenen Bundesländern zeigt, dass Zucht- und Schlachtschweine aus den Sperrzonen nur erschwert oder gar nicht verbracht werden können. Die betroffenen Schweinehaltungsbetriebe sind erheblichen finanziellen Einbußen und Tierschutzproblemen ausgesetzt. „Es müssen sich viel mehr Schlachtbetriebe bereits zu ‚Friedenszeiten‘ bereiterklären, Tiere aus Restriktionszonen abzunehmen“, bekräftigt Georg Meiners, Vorsitzender des Tierseuchenausschusses beim Landvolk. Die Politik müsse zudem rechtliche Rahmenbedingungen und Absatzmöglichkeiten für fälschlicherweise „gebrandmarkte“ Produkte aus Restriktionszonen schaffen. Ziel bleibt es, die Schweinehaltung in den betroffenen ASP-Regionen aufrecht zu erhalten.

## Wildtierseuchen-Vorsorge

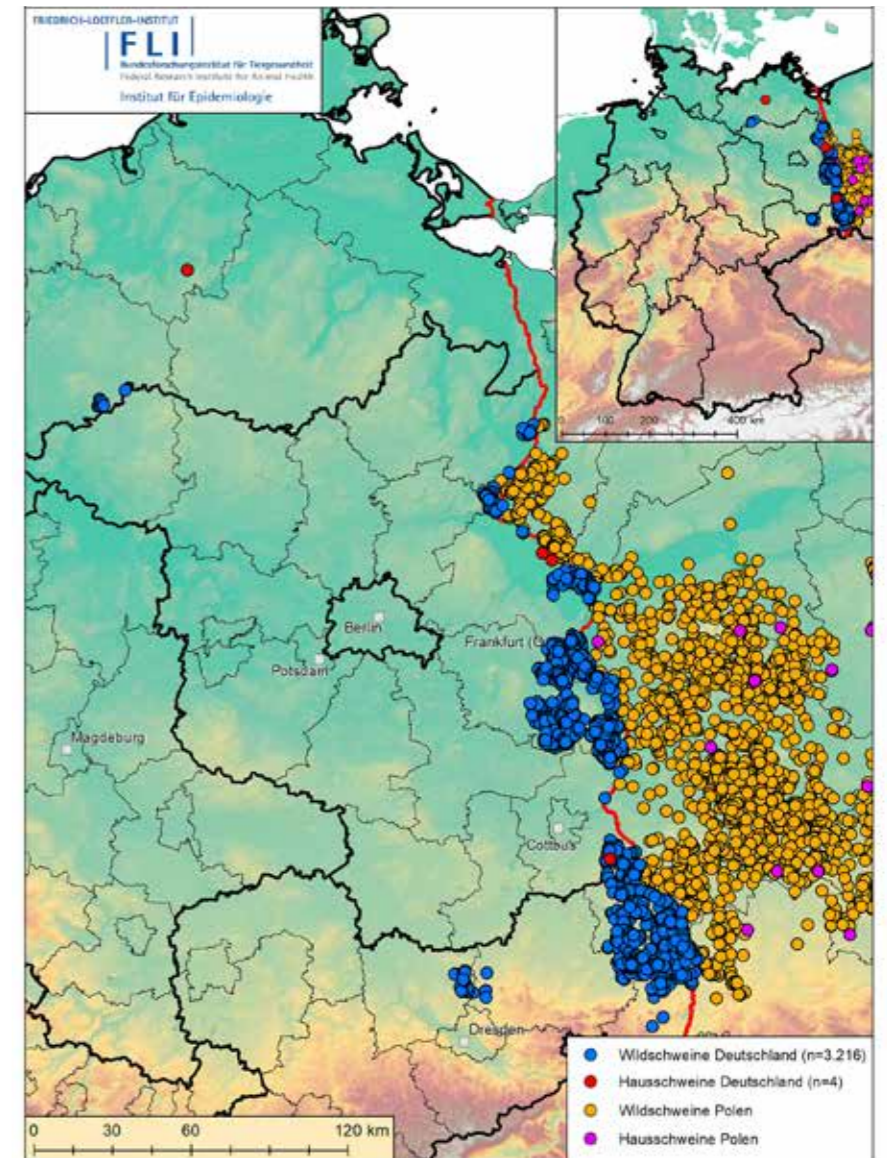
Auch Niedersachsen bereitet sich seit Jahren auf einen ASP-Ausbruch vor. Bereits 2014 wurde durch das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) eine Sachverständigenkommission eingerichtet, in der das Landvolk aktiv mitarbeitet. Wichtige Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung in Niedersachsen wurden von den Beteiligten erarbeitet. Darüber hinaus ist das Landvolk in diversen Arbeitsgruppen der Niedersächsischen Arbeitsgruppe „Krisenpläne der Wirtschaft“ aktiv, in denen wichtige ASP-Krisenhandbücher erstellt werden.

Im Juli 2021 hat die Firma AN Vorsorge GmbH aus Großenkneten die Arbeit als Wildtierseuchen-Vorsorgegesellschaft aufgenommen, nachdem das Landvolk wiederholt eine solche Gesellschaft gefordert hatte.

## Biosicherheit verbessern

Das Landvolk Niedersachsen appelliert an die Schweine haltenden Betriebe, ihre aktuellen Biosicherheitsmaßnahmen zu überprüfen und zu verbessern, denn eine unzureichende Biosicherheit wird als Hauptursache für den Eintrag der ASP in Hausschweinebestände angesehen. Um die notwendigen Anforderungen des neuen Europäischen Tiergesundheitsrechts umzusetzen und den Informationsfluss bis hin zum einzelnen Landwirt sicher zu stellen, hat sich auf Initiative der Niedersächsischen Tierseuchenkasse (Nds. TSK) und des Landvolks Niedersachsen Ende 2021 eine Ar-

## Afrikanische Schweinepest in Deutschland und Westpolen seit September 2020



Auf dieser Karte des Friedrich-Loeffler-Instituts wird der große Infektionsdruck durch die Afrikanische Schweinepest deutlich.

Datenquelle: ADIS, TSN (Stand: 21.1.2022 – 07:10 Uhr)

beitsgruppe mit maßgeblichen Akteuren gegründet.

Dabei ist für Jörn Ehlers, den Vizepräsidenten des Landvolks Niedersachsen, die Frage der Kommunikation entscheidend: „Viele Materialien – wie zum Beispiel Fachinformationen und Checklisten für Landwirte zur Verbesserung von Biosicherheitsmaßnahmen – sind vorhanden. Wir müssen nun sicherstellen, dass sie den rechtlichen Vorgaben des neuen Europäischen Tiergesundheitsrechts entsprechen, überall ankommen und einheitlich eingesetzt werden.“ Ziel der Arbeitsgruppe ist es, eben diese vorhandenen Materialien zu sichten, gemeinsam zu überarbeiten und dann zielgruppenorientiert zu verbreiten.

„Geflügelhalter, auch die aus dem Nebenerwerb und Hobbybereich, müssen die strikten Schutzvorschriften unbedingt weiter einhalten.“



**Georg Meiners,**  
Vorsitzender Ausschuss Tierseuchen



Zwar fiel der Getreideertrag in Niedersachsen mit rund 5,4 Millionen Tonnen etwas höher aus als in dem von Hitze und Trockenheit geprägten Vorjahr, dennoch wurde der Durchschnitt der letzten fünf Jahre mit einer Differenz von 3,5 Prozent nicht erreicht.

# VON HOHEN ERWARTUNGEN UND GETRÜBTER REALITÄT

Die Erwartungshaltung der Landwirte an die Ernte 2021 nach einer zufriedenstellenden Aussaat im Herbst unter Normalbedingungen und einer guten Frühjahrsentwicklung trotz ausgeprägter Frostperiode, war mehr als hoch.

**„Wir bauen das an, was gebraucht wird. Aber wir wollen unsere guten Böden auch nutzen. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass die Rahmenbedingungen für unsere Landwirte in Niedersachsen stimmen.“**

**Karl-Friedrich Meyer,**  
Vorsitzender  
Ausschuss Pflanze



**Pia Caren Bömer**  
Referentin für  
pflanzliche  
Erzeugnisse /  
Ökolandbau

Die Getreidebestände zeigten ein einheitliches Bild und auch die Sommerungen Mais, Rübe und Kartoffel konnten die kaltebedingten Wachstumsverzögerungen gut kompensieren. So prognostizierten Experten noch im Juni anlässlich der Getreiderundfahrt des Landvolks im Raum Helmstedt eine Ernte im oberen Drittel gemessen am langjährigen Durchschnitt.

## Durchschnitt verfehlt

Die guten Aussichten auf zufriedenstellende Resultate wurden jedoch mit Veröffentlichung der ersten Auswertungen deutlich relativiert. Zwar fiel die Ernte 2021 in Niedersachsen mit rund 5,4 Millionen Tonnen etwas höher aus als

in dem von Hitze und Trockenheit geprägten Vorjahr, dennoch wurde der Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 3,5 Prozent verfehlt.

Im Gegensatz zu Triticale, Wintergerste und Roggen zählten Winterweizen, Sommerweizen und Sommergerste zu den klaren Verlierern in diesem Jahr und konnten nicht annähernd an die Ergebnisse des Vorjahres heranreichen. So erreichte beispielsweise der Winterweizen in Niedersachsen einen durchschnittlichen Ertrag von 77,2 dt/ha was einer Differenz zum Vorjahr von 3,3 % entspricht. Besonders die Qualitäten ließen zu wünschen übrig. Es ist davon auszugehen, dass der Grund hierfür die Kälteperiode im Frühjahr und der darauf im Juni folgende sprunghafte Temperaturanstieg um 10 Grad ist. Für die sich in der Kornfüllungsphase befindlichen Getreidearten war diese Wetterumstellung zu schnell. Statt weiter den Mehlkörper auszubilden schaltete die Pflanze auf schnelle Abreife um.

Auch die hohen Erwartungen an den Raps konnten nicht erfüllt werden. Zwar

lagen die Erträge mit 35,7 dt/ha sowohl über dem des Vorjahres als auch über dem Fünfjahresschnitt, dennoch herrschte bei den Landwirten große Ernüchterung. Es ist jedoch aufgrund der guten Preisaussichten davon auszugehen, dass wie bereits in diesem Jahr sich auch im kommenden Jahr die Rapsanbaufläche erneut ausweiten wird. 2021 lag die Fläche in Niedersachsen bei etwa 79.500 ha.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Getreideernte in diesem Jahr sehr heterogen war und von witterungsbedingten Zwangspausen geprägt wurde. Sowohl bei der Qualität als auch beim Ertrag waren zudem große regionale Unterschiede auszumachen.

Grundsätzlich zufriedenstellend ist die Ernte von Mais und Zuckerrüben verlaufen. Zwar sorgte auch hier das kühle Frühjahr für keine optimalen Startbedingungen, aber es lässt auf ein durchschnittliches Endergebnis hoffen. In diesem Jahr startete die Maisernte witterungsbedingt deutlich zeitverzögert, aber ersten Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zu Folge liegt der bundesweite Ertrag gut 6 % über dem Ergebnis des letzten Jahres. Auch Niedersachsen spiegelt den bundesweiten Trend mit einem Ertragsniveau rund 3,7 % über dem des Vorjahres wider.

## Gute Kartoffel- und Rübenernte

Ebenfalls eine positive Zwischenbilanz kann bei der Zuckerrübe gezogen werden. Aufgrund der gestiegenen Niederschlagsmengen im Vergleich zum Vorjahr werden Rübenerträge mit durchschnittlich 80 t/ha verzeichnet. Allerdings lassen die Zuckergehalte ein wenig zu wünschen übrig. Wie bereits in den Vorjahren verteidigt Niedersachsen weiterhin den Titel „Kartoffelland Nummer Eins“. Obwohl die Anbaufläche aufgrund der Pandemiefolgen leicht rückläufig war, stammen 45 Prozent aller deutschen Kartoffeln aus Niedersachsen. Die Anbaufläche wurde um gut 7.000 ha auf insgesamt 115.400 ha reduziert.

So ernüchternd sich die Ernteergebnisse beim Getreide gestalteten, umso erfreulicher zeigten sich die Preisverläufe am Markt. Das Preisniveau hat sich in allen Bereichen mehr als positiv entwickelt und überschritt im Jahresverlauf immer neue Höchstmarken. Da Angebot und Nachfrage den Markt bestimmen liegt die Vermutung nahe, dass aufgrund der knappen Ernte derzeit nicht mit einer Unterbrechung der positiven Preisspirale zu rechnen ist.

Besonders hervorzuheben ist die derzeitige Entwicklung des Weizen- und Rapspreises.

Doch was des einen Freud ist des anderen Leid. So positiv die Entwicklung der Getreidepreise für die Ackerbauern ist, um so beunruhigender sind die Auswirkungen für die viehhaltenden Betriebe. Der Anteil an Futtergetreide nimmt zwar aufgrund der eher minderen Qualitäten zu, jedoch wird auch hier die steigende Tendenz der Getreidepreise an die Futtermittelhersteller weitergegeben.

## Schlechte Versorgungslage

Betrachtet man die weltweiten Ernteergebnisse deutet sich an, dass sich die Versorgungslage auf dem Weltmarkt auch in diesem Jahr nicht verbessern wird. Wie Deutschland hat auch Frankreich eine eher unterdurchschnittliche Ernte eingefahren. Sowohl die Mengen als auch die Qualitäten des französischen Weizens entsprachen nicht den Erwartungen. Gleiches gilt auch für Russland. Noch im Juli wurde auf eine Rekordernte spekuliert, diese Einschätzungen konnten jedoch nicht bestätigt werden. Und auch die USA und Kanada haben aufgrund von Hitze und Trockenheit mit hohen Einbußen beim Ertrag zu kämpfen. Somit ist mit einer nennenswerten Verbesserung der weltweiten Versorgungslage an Weizen in diesem Jahr nicht zu rechnen. Nach wie vor ist die Nachfrage höher als das Angebot. Dies wirkt sich auch auf den deutschen Markt aus. Trotz der knappen Versorgung am heimischen Markt spielt Deutschland beim Exportgeschäft weiterhin eine große Rolle. Grund dafür ist, dass der Weltmarkt offenbar noch höhere Erlöse bietet als die inländischen Futtermittelhersteller und Mühlen. Berichten der EU zu Folge wurde im Vergleich zum Vorjahr bereits 16 % mehr Weizen exportiert und die Tendenz ist weiterhin steigend.

## Teure Frachtkosten

Der alles begrenzende Faktor ist jedoch der kaum vorhandene Frachtraum. Es ist eine Verdreifachung der Transportkosten zu verzeichnen. Auf Erzeugerseite stiegen die Gesamtkosten um 9,5 % gegenüber dem Vorjahr. Besonders für Diesel, Pflanzenschutzmittel, Instandhaltung und Düngemittel werden Rekordpreise verlangt. Landwirte, die sich bis zum Herbst nicht mit Dünger ausgestattet haben, werden aufgrund von Produktionseinstellung kaum noch Mengen erhalten können und wenn zu 60% bis 90% höheren Einkaufspreisen als im Vorjahr.

Bei der Getreiderundfahrt am 1. Juli im Braunschweiger Land schaute der Ausschussvorsitzende Karl-Friedrich Meyer noch optimistisch auf die Ernte 2021.



# ZIELGERICHTET IN DIE ZUKUNFT

Der Anteil Ökolandbau an der deutschen Landwirtschaft nimmt zu. Das Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft auf 20 % bis 2030 zu erhöhen.



**Pia Caren Bömer**

Referentin für  
pflanzliche  
Erzeugnisse /  
Ökolandbau

Niedersachsen hat sich bis 2025 das Ziel gesetzt, die 15 %-Marke zu erreichen. Die derzeitige Ausgangslage zeigt, dass noch ein großes Stück Arbeit zu bewerkstelligen ist. 2020 lag die Zahl der landwirtschaftlichen Ökobetriebe in Niedersachsen bei 2.253 mit einer durchschnittlichen Größe von 60 ha. Der Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen liegt derzeit bei 6,5 %.

## Wissenstransfer in Berufsschulen

Um dieses gesteckte Ziel zu erreichen ist es wichtig den Fokus auf eine solide Wissensvermittlung zu legen. Diese fängt klassisch in den Berufsschulen an. Der derzeitige Stand ist jedoch eine bundesweit nicht einheitliche Umsetzung der 1994 von der Kultusministerkonferenz festgelegten Lehrinhalte. Darin wurde festgeschrieben, dass 80 Stunden des Berufsschulunterrichts, dies entspricht 10%, Inhalte über die alternative Landwirtschaft zu vermitteln sind.

Niedersachsen geht mit gutem Beispiel voran, so ist es in Gebieten mit starkem Anteil an ökologischer Bewirtschaftung bereits jetzt gut gelebte Praxis, das Thema Ökolandbau im Berufsschulunterricht aufzugreifen. Auch besteht die Möglichkeit im dritten Lehrjahr an die Berufsschule in Hannover zu wechseln, um die Öko-Klasse im Blockunterricht zu besuchen. Dies wird jedoch noch nicht in allen Bundesländern so umgesetzt, sodass in diesem Jahr vom Deutschen Bauernverband in einer Erklärung gefordert wird, den ökologischen Lehrstoff bundesweit verbindlich in den Berufsschulunterricht mit einzubinden. Dies würde

**„Erst wenn die Nachfrage nach Ökoprodukten steigt, kann die Umstellung konventioneller Höfe voran getrieben werden. Auch Ökobetriebe benötigen bei den angedachten EU-Reformen Planungssicherheit.“**



**Carsten Bauck,**

Vorsitzender  
Ausschuss  
Ökolandbau

konkret bedeuten, dass 40 Stunden im zweiten und dritten Lehrjahr der Lehre ökologischer Ansätze gewidmet wird.

## Überarbeitung Ökolandbaugesetz

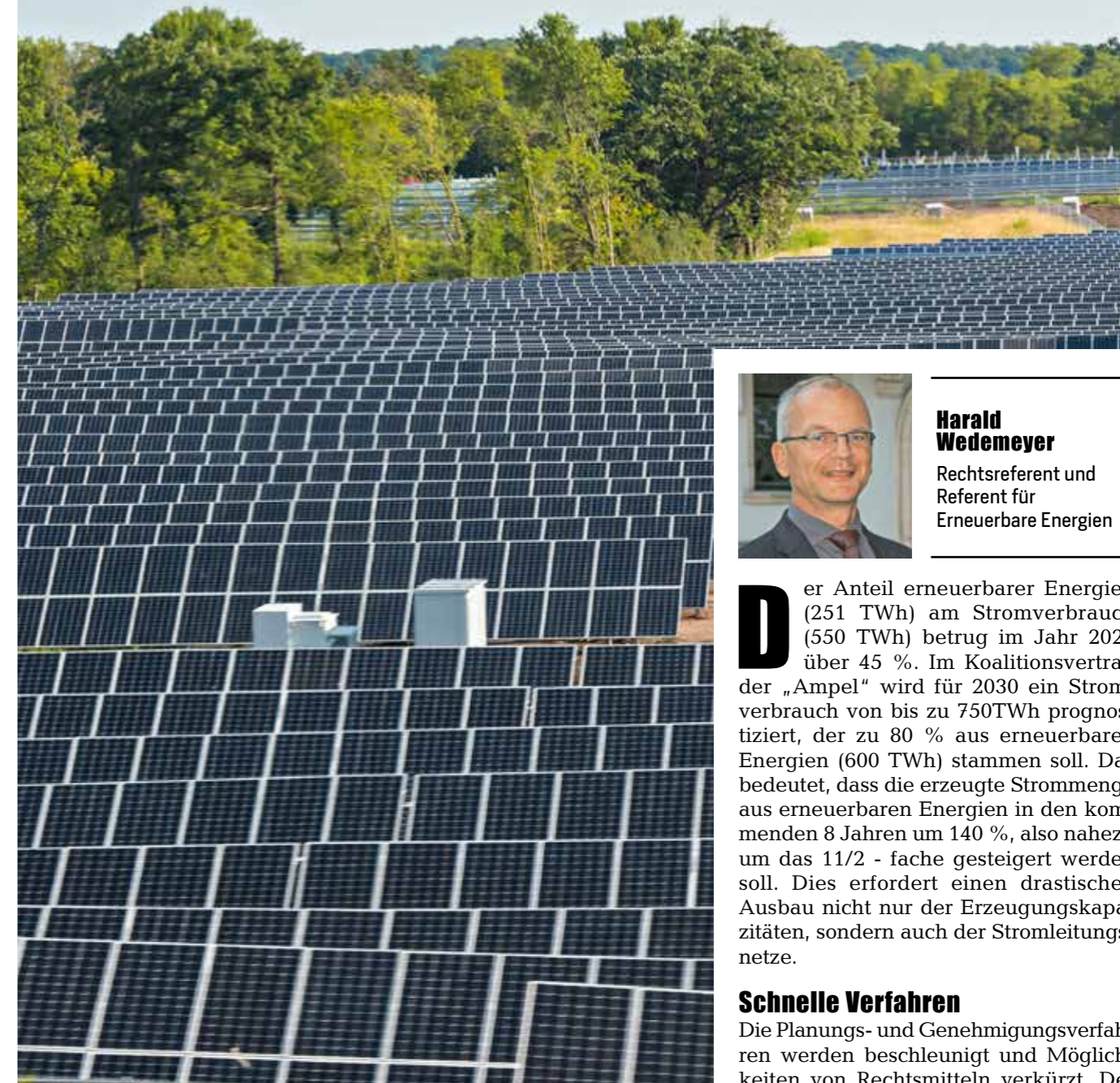
Dass es sich lohnt in die ökologische Zukunft zu investieren belegen auch die Zahlen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. In Niedersachsen sind 60 % aller ökozertifizierten Unternehmen in der Landwirtschaft angesiedelt, 30 % machen Lebensmittelhersteller oder Verarbeiter aus. Für diese Gruppe ist es umso wichtiger, dass am 1. Januar 2022 die EU-Ökoverordnung in Kraft tritt und damit das deutsche Ökolandbaugesetz überarbeitet wird. Es regelt die Organisation der Bio-Kontrollen in Deutschland. Konkret bezieht sich dies auf die Zulassung und Überwachung von Kontrollstellen sowie die Festlegung der Strafrahmen bei Verstößen, begonnen beim Anbau bis hin zum Handel. Mit einer breiten Mehrheit aus den Fraktionen konnte das Ökolandbaugesetz Ende Mai im Bundestag verabschiedet werden.

Durch das Ökolandbaugesetz und die damit festgelegten Vorschriften zur Öko-kontrolle wird für eine Absicherung des bereits bewährten zweistufigen Kontrollsystems auf Basis einer eindeutigen Rechtsgrundlage gesorgt. Sowohl die Kontrolle, aber auch die Zertifizierung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe wird durch das neue ÖLG auf Bundesebene an private Kontrollstellen übertragen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die getroffenen Regelungen zu Ökokontrollen für viele Bio-Betriebe von großer Wichtigkeit sind, um auch zukünftig sicherstellen zu können, dass gemäß der EU-Ökoverordnung notwendige Kontrollen mit Verbandskontrollen bundesweit kombiniert werden können. Diese Kombination der Kontrollen trägt zu einem starken Bürokratieabbau bei und sorgt für eine Verringerung von Kontrollanzahlen auf den Betrieben.

# „AMPEL“ BEABSICHTIGT AMBITIONIERTEN AUSBAU BIS 2030

Künftig wird es eine gesteigerte Nachfrage nach erneuerbaren Energien geben, die zwar regionale Wertschöpfungsmöglichkeiten aber auch Konfliktfelder eröffnen. Der Ausschuss erneuerbare Energien erarbeitete daher ein Positionspapier und befasste sich mit dem Thema guter Planung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen.



**Harald Wedemeyer**

Rechtsreferent und  
Referent für  
Erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien (251 TWh) am Stromverbrauch (550 TWh) betrug im Jahr 2020 über 45 %. Im Koalitionsvertrag der „Ampel“ wird für 2030 ein Stromverbrauch von bis zu 750TWh prognostiziert, der zu 80 % aus erneuerbaren Energien (600 TWh) stammen soll. Das bedeutet, dass die erzeugte Strommenge aus erneuerbaren Energien in den kommenden 8 Jahren um 140 %, also nahezu um das 1 1/2 - fache gesteigert werden soll. Dies erfordert einen drastischen Ausbau nicht nur der Erzeugungskapazitäten, sondern auch der Stromleitungsnetze.

## Schnelle Verfahren

Die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden beschleunigt und Möglichkeiten von Rechtsmitteln verkürzt. Der

insbesondere bei der Windenergie relevante naturschutzrechtliche Artenschutz soll dahingehend verändert werden, dass der Populations- dem Individualschutz vorzuziehen ist und Ausnahmetatbestände sicherer zu fassen sind. Ferner ist beabsichtigt, die Erzeugungskapazitäten von PV um 200 GW zu erhöhen. Die Bioenergie in Deutschland soll nach dem Willen der „Ampel“ eine neue Zukunft haben, wozu eine nachhaltige Biomassestrategie erarbeitet wird.

**Konflikte programmiert**

Da erneuerbare Energien Fläche beanspruchen, ist ein Konflikt mit landwirtschaftlicher Nutzung gegeben. Dieser tritt in vielen Fällen zutage und fällt häufig – aufgrund der höheren ökonomischen Attraktivität der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien – zu Lasten der Landwirtschaft aus. Der Flächenentzug kann landwirtschaftliche Betriebe vor existenzielle Probleme stellen, andererseits Flächeneigentümern eine interessante Einkommensmöglichkeit bieten.

„Dieser diametrale Interessengegensatz wird den landwirtschaftlichen Berufsstand in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen“, sagt der Vorsitzende des Ausschusses erneuerbarer Energien Jochen Oestmann. „Wir müssen mit einer guten Planung von regenerativen Energieprojekten sicherstellen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht darunter leiden. Auf der anderen Seite sind wir mit aller Kraft gefordert, die Chancen für die Landwirtschaft und ländlichen Regionen zu nutzen. Hier werden sich die Kreisverbände in die Gestaltungsprozesse einbringen und die Erstellung von regionalen Energiekonzepten einfordern.“

**Lebendige Gremienarbeit**

Die verbandliche Gremienarbeit fand im Ausschuss erneuerbare Energien des Landesbauernverbandes statt. Hier wurde unter anderem ein Positionspapier zu den erneuerbaren Energien erarbeitet und sich mit der Thema guter Planung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen befasst. Weiterhin wirkte der Verband im niedersächsischen Biogasforum mit, das unter anderem die Erstellung eines Leitfadens zur Wirtschaftsdüngervergärung anstrebt. Darüber hinaus arbeitet der Landesverband auch in den Arbeitsgremien des Landesverbands Erneuerbarer Energien Niedersachsen/Bremen (LEE) (unter anderem AK Biogas, AK Solar, AK



**„Der diametrale Interessengegensatz zwischen Lebensmittel- und Stromerzeugung wird den Berufsstand vor große Herausforderungen stellen.“**

**Jochen Oestmann,**  
Vorsitzender Ausschusses Erneuerbarer Energien

Fläche) und im erweiterten Vorstand mit. Auf Bundesebene ist der Landesverband in die Arbeit des DBV-Fachausschusses erneuerbare Energien intensiv eingebunden. Auch wirken wir im juristischen Beirat des Fachverbandes Biogas mit.

**Gute Planung erforderlich**

Beim Ausbau erneuerbarer Energien lag ein wesentlicher Schwerpunkt, insbesondere beim Konzept zur guten Planung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Es wurde durch intensive Zusammenarbeit zwischen Landvolk-Kreisverbänden, Landesverband und Landwirtschaftskammer erfolgreich entwickelt.

Das Thema Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf kohlenstoffreichen Böden, die künftig wiedervernässt werden, wurde ebenfalls aufgegriffen. Dort besteht der Wunsch, jeden Grundstückseigentümer, der Flächen in ein im Zuge der Wiedervernässung durchgeführten Flurbereinigungsverfahren einbringt, an den wirtschaftlichen Erträgen des in dem Flurbereinigungsgebiet für einen Solarpark zugewiesenen Bereichs teilhaben zu lassen. Zudem wurden erste Überlegungen angestrengt, ob und wie dies im Rahmen des bestehenden Flurbereinigungsrechts möglich ist.

**Regionale Energiekonzepte**

Der Landesverband spricht sich im Positionspapier „Erneuerbare Energien“ unter anderem dafür aus, dass auf Kreisebene Energiekonzepte erstellt werden. Insbesondere sollten die Kreisverbände an Landkreis und Gemeinden herantreten und für ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen werben. Hierbei sollten wichtige Kriterien für eine geeignete Standortwahl gefunden werden. Dies sind unter anderem landwirtschaftliche Belange, die vorhandene Netzinfrastruktur, bereits bestehende Biogasanlagen, an denen Power to gas – Konzepte realisiert werden.

Dabei spielt auch die Realisierung regionaler Wertschöpfungsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle. Ziel sollte immer sein, regenerative Energieprojekte in der Hand lokaler / regionaler Akteure durchzuführen. Bei deren Umsetzung ist anzustreben, dass die Planungs- und Projektierungskapazitäten der Kreisverbände gebündelt werden und alle Kreisverbände in die Lage versetzt werden können, aktiv in die Planung und den Betrieb von regenerativen Energieprojekten einzusteigen.



**Tabu-Thema: Viele Menschen haben Sorge, bei seelischen Problemen Hilfe in Anspruch zu nehmen.**

**PSYCHISCHE BELASTUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT NEHMEN ZU**

Viele Landwirtinnen und Landwirte leiden unter den wachsenden Anforderungen und der geringen Wertschätzung ihrer Arbeit. Der Ausschuss Sozialpolitik hat dies zum Thema gemacht.



**Sarah Sonnabend**  
Referentin für Sozialrecht und Nebenerwerbslandwirtschaft

**A**uf vielen landwirtschaftlichen Betrieben ist die Situation angespannt. Anhaltend schlechte Preise und hohe Schuldenlasten führen dazu, dass immer mehr Betriebe mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Die bürokratischen und gesellschaftlichen Anforderungen steigen. Hinzu kommt ein hohes Arbeitspensum mit wenig Freizeit. Darüber hinaus haben viele auch mit dem steigenden sozialen Druck der Gesellschaft zu kämpfen. Dieser chronische Stress kann zur Ent-

stehung eines Burnout-Syndroms führen. Trotz vieler Angebote, die Menschen mit psychischen Erkrankungen helfen können, haben viele Sorge, diese in Anspruch zu nehmen. Denn psychische Erkrankungen sind leider immer noch ein Tabu-Thema. Daran muss gearbeitet werden. „Die betroffenen Landwirte müssen wissen, dass eine psychische Erkrankung nichts an ihrer gesellschaftlichen Stellung oder der Akzeptanz anderer ändert“, betont der Ausschussvorsitzende Ulrich Löhr. Jeder könne eine Menge für ein gesundes und aktives Leben tun.

**Bonusprogramme**

Zudem sollen die Bonusprogramme der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, kurz SVLFG, Anreiz sein, die eigenen Bemühungen für ein gesundheitsbewusstes Verhalten weiter zu verstärken. Seit dem 1. Janu-

**„Die betroffenen Landwirte müssen wissen, dass eine psychische Erkrankung nichts an ihrer gesellschaftlichen Stellung oder der Akzeptanz anderer ändert.“**

**Ulrich Löhr,**  
Vorsitzender Ausschuss Sozialpolitik

ar 2021 verfügt die LKK über zwei Bonusprogramme:

- Bonus für gesundheitsbewusstes Verhalten
- Bonus Bonifizierung von Einzelmaßnahmen

Bei dem Bonus für gesundheitsbewusstes Verhalten wird ein Bonus in Form einer Geldprämie gewährt, wenn Versicherte regelmäßig qualitätsgesicherte Leistungen zur Primärprävention in Anspruch nehmen.

Im Rahmen des Bonus Bonifizierung von Einzelmaßnahmen wird ein Bonus in Form einer Geldprämie gewährt, wenn Gesundheitsuntersuchungen, Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten, Schutzimpfungen sowie Kinderuntersuchungen in Anspruch genommen werden. Bei Interesse am Bonusprogramm haben, ist es wichtig, sich im Voraus an die SVLFG zu wenden.



**„Die in der SVLFG unter einem Dach vereinten Sozialleistungsträger bieten Sicherheit aus einer Hand. Das ist ein besonderes Privileg.“**

**Ulrich Lohr,**  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Sozialpolitik

### Saisonarbeitskräfte

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Seefischereigesetzes wurden die Zeitgrenzen für kurzfristige Beschäftigungen für die Zeit vom 1. März 2021 bis 31. Oktober 2021 von derzeit drei Monaten oder 70 Arbeitstagen auf vier Monate oder 102 Arbeitstage angehoben. Die gesetzliche Übergangsregelung ist am 1. Juni 2021 in Kraft getreten.

Das Bundessozialgerichts (BSG) hat sich erstmals in seiner Entscheidung vom 24. November 2020 damit auseinandergesetzt, wie die in § 8 Absatz 1 Nummer 2 SGB IV genannten unterschiedlichen Zeitgrenzen für eine kurzfristige Beschäftigung auszulegen sind. Hierbei kam das BSG zu dem Ergebnis, dass die Zeitgrenze von drei Monaten und die Zeitgrenze von 70 Arbeitstagen gleichwertige Alternativen zur Begründung einer kurzfristigen Beschäftigung ist.

### Veränderter Beitragszuschuss

Eine erfreuliche Nachricht für die Versicherten der Alterskasse zum Jahreswechsel: Die seit fast 20 Jahren unveränderten Einkommensgrenzen für einen Zuschuss zum Alterskassenbeitrag werden ab dem 1. April 2021 angehoben. Dadurch kommen mehr Landwirte in den Genuss eines reduzierten Alterskassenbeitrages. Außerdem wird der Zuschuss künftig individuell berechnet, statt nach starren Einkommensklassen.

Die Einkommensgrenze liegt nach der Neuregelung für Unverheiratete im Westen bei 23.688,- Euro und im Osten bei 22.428,- Euro im Jahr. Für Verheiratete

beträgt die Einkommensgrenze 47.376,- Euro im Westen und 44.856,- Euro im Osten. Maßgeblich ist grundsätzlich das Einkommen nach dem letzten Steuerbescheid.

Der Sozialversicherung zufolge ist der Beitragszuschuss nunmehr nicht nur für kleinere Betriebe interessant, sondern auch in Zeiten mit geringem Einkommen und insbesondere für junge Unternehmer. Solange in den Steuerbescheiden noch kein Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft festgestellt wird, muss es in der Regel nicht angerechnet werden. Um bis zu 60 Prozent kann der Monatsbeitrag an die Alterskasse durch einen Beitragszuschuss reduziert werden.

### LBG Beitragsrechnung

Mit dem Beitrag an die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft werden die Ausgaben des Jahres 2020 umgelegt.

Die Beitragsberechnungen berücksichtigen die Verhältnisse des vergangenen Jahres. Dazu gehören neben den gestiegenen Ausgaben auch die relevanten Flächen- und Tierbestände sowie die Arbeitswerte und Lohnsummen. Ferner sind Veränderungen durch das Unfallgeschehen und die Leistungsausgaben des Jahres 2020 in den verschiedenen Risikogruppen und Produktionsverfahren zu beachten.

Das Umlagesoll steigt um 4,1 Prozent auf 998 Millionen Euro. Die Grundbeiträge erhöhen sich auf 91 bis 363,98 Euro und liegen damit über den bisherigen Höchstwerten für 2014.

### Ausschusssitzung

Im Rahmen der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses haben wir auch in diesem Jahr Mitarbeiter der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) begrüßen dürfen. Insbesondere wurden wir über die Beitragsentwicklung in der Landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKK), die Alterskasse (AK) und in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (LBG) informiert. Darüber hinaus wurde aus dem Leistungsbereich über die Veränderungen in der Pflegekasse berichtet.

Als Gast in der Ausschusssitzung berichtete in diesem Jahr die Geschäftsführerin des Evangelischen Dorfhelferinnenwerks Niedersachsen e. V, Renate Kräft, über die Arbeit der Dorfhelferinnen, die Familien in Notsituationen unterstützen sowie die anspruchsvolle Ausbildung zur Dorfhelferin.

# DAUERHAFT BETRIEBSFORM – AUCH ÜBER MEHRERE GENERATIONEN HINWEG

Rund 40 Prozent der Höfe in Niedersachsen werden im Nebenerwerb bewirtschaftet.



Der gemeinsame Struktur- und Nebenerwerbsausschuss hat in diesem Jahr den Betrieb der Behrlin GbR in Lehrte besichtigt und anschließend das Thema Nebenerwerb in der Verbandsarbeit diskutiert. Unter anderem wurden Ideen gesammelt, wie der Nebenerwerb unterstützt werden kann.

### Innovative Wege

Einig waren sich alle Teilnehmer der Sitzung über die zunehmend bedeutende Rolle der Erwerbsform Nebenerwerb: Rund 40 Prozent der Höfe und knapp ein Fünftel der Fläche werden in Niedersachsen von Landwirtinnen und Landwirten bewirtschaftet, die neben ihrem Job auf dem Hof noch einem weiteren Beruf im Haupterwerb nachgehen.

Der landwirtschaftliche Nebenerwerb ist nicht, wie lange angenommen wurde, ein Einstieg in den Ausstieg, ist also kein Übergangphänomen des landwirtschaftlichen Strukturwandels bis zur Komplettaufgabe des ganzen Betriebs. Vielmehr hat er sich über Jahrzehnte als eine stabile Erwerbsform etabliert. Nebenerwerb heißt schon lange nicht immer „klein“, ist also längst keine Frage mehr der Betriebsgröße, wie etliche erfolgreiche Nebenerwerbsbetriebe mit 100 Hektar Fläche und mehr belegen.

Viele Nebenerwerbslandwirte haben neben den klassischen Aufgabenfeldern jedoch auch interessante Nischen für sich entdeckt, etwa Sonderkulturen mit Direktvermarktung, Naturschutz und Landschaftspflege, Freilandier oder den Tourismus. Die Haltung von Wie-



**„Ich bin überzeugt, dass die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft in Niedersachsen weiter hoch bleibt und sogar noch wachsen wird - trotz und gerade wegen des sich derzeit beschleunigenden Strukturwandels in der Branche.“**

**Christian Mühlhausen,**  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Nebenerwerb

senhähnchen wie auf dem Behrlin GbR, ist ein weiteres Beispiel für die bunte Vielfalt im Nebenerwerb.

### Große Motivation

Stabile Zahlen und Tausende erfolgreiche Nebenerwerbsbetriebe in Niedersachsen belegen: Teilzeit-Landwirt zu sein bedeutet nicht, dass man besser oder schlechter wirtschaftet als Kollegen im Vollerwerb - sondern eben nur anders. Neben der Weiterführung des Betriebes aus wirtschaftlicher Motivation gibt es aber noch weitere Gründe, weshalb Landwirte einen Hof im Nebenerwerb führen: Sei es aus Tradition, sei es als Ausgleich zu einem Beruf oder schlicht aus Begeisterung für die Landwirtschaft.

Offenbar entscheiden sich auch viele junge Leute mit hoher Qualifikation für dieses Modell. „Am Beginn des Agrarstudiums wollten viele noch den elterlichen Vollerwerbsbetrieb übernehmen, am Ende hatten sie dann doch einen anderen Job und machen heute den Hof im Nebenerwerb“, lautet die aktuelle Erfahrung jüngerer Ausschussmitglieder.

### Botschafter der Landwirtschaft

Gegen den Trend der sinkenden Zahlen finden sogar Wiedereinstiege oder Neugründungen von Höfen statt, die meist zunächst im Nebenerwerb starten. Die Nebenerwerbslandwirte sind das Bindeglied in die Gesellschaft. Durch ihre auch außerhalb der Landwirtschaft beruflichen Tätigkeiten haben sie mehr Kontakt zu anderen Gesellschaftszweigen und den unterschiedlichsten Konsumenten.

# GERUPFT, ABER GERETTET

Die Umsatzsteuerpauschalierung hat erheblich Federn lassen müssen. Trotzdem ist der Erhalt der Umsatzsteuerregelung für die Landwirtschaft ein wichtiger Erfolg.



**Cord Kiene,**  
Steuerreferent

**H**intergrund sind die Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland, die auch Anfang des Jahres 2022 immer noch nicht beendet sind. Daraus droht im Schlimmsten Falle die Verpflichtung des deutschen Fiskus, alle Pauschalierungsvorteile der letzten 10 Jahre von den Landwirten zurückzufordern. Die Bundesregierung hatte daher ausgelotet, was der Kommission zur Einstellung der Verfahren angeboten werden kann.

## Herber Einschnitt

Mit dem Jahressteuergesetz 2020 war daraufhin als Erstes der Anwendungsbereich der Umsatzsteuerpauschalierung eingeschränkt worden. Sie darf ab dem

Jahr 2022 nur noch von Landwirten angewendet werden, deren Vorjahresumsatz 600.000 Euro nicht überschreitet. Das ist ein herber Einschnitt, für viele Zukunftsbetriebe ist die Pauschalierung verloren. Der Verband konnte jedoch verhindern, dass die Vereinfachungsregelung für alle buchführungspflichtigen Betriebe entfällt.

Im zweiten Schritt ging es Ende des Jahres 2021 erstmals um die jährliche Überprüfung des Pauschalsteuersatzes, auch das war der Kommission zugesagt worden. Noch vor Bildung der Bundesregierung hat der neue Bundestag im Eilverfahren die Absenkung des Steuersatzes für die Umsatzsteuerpauschalierung von 10,7 % auf 9,5 % ab dem 1. Januar 2022 beschlossen. Nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbandes ist dieser Satz um mindestens 0,5 % zu niedrig, verhindert werden konnte jedoch die vom Bundesfinanzministerium geforderte Absenkung auf 9 %.

Damit ist die Gefahr für die Umsatzsteuerpauschalierung jedoch noch nicht gebannt. Im Jahr 2022 wird es darum gehen, die endgültige Einstellung der Vertragsverletzungsverfahren zu erreichen – ohne noch weitere Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Zudem wird der Verband zukünftig jedes Jahr aufs Neue einen ausreichenden Pauschalsteuersatz verteidigen müssen. Dabei muss sich die neue Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Landwirtschaft stellen, es braucht aber auch die Unterstützung der Niedersächsischen Landesregierung im Bundesrat.

## Coronahilfen zügig umsetzen

Schon Ende des Jahres 2020 hatten Bund und Länder Hilfsprogramme für Betriebe aufgelegt, die durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich belastet wurden. Der Deutsche Bauernverband hat die Tür dafür aufgestoßen, dass insbesondere die Überbrückungshilfe III bis zum 30. Juni 2021 und III Plus bis Ende des Jahres 2021 auch von den Landwirten genutzt werden konnten.

Im November 2021 geriet die Bewilligung der Überbrückungshilfen jedoch

ins Stocken. Grundlage für den Anspruch ist vor allem, dass der jeweilige Betrieb einen durch die Corona-Pandemie bedingten Umsatzeinbruch darlegen kann. Der Deutsche Bauernverband und weitere Verbände haben das für den Schweinemarkt mittels Marktanalysen nachweisen können. Im November traten die Bewilligungsstellen in mehreren Bundesländern auf die Bremse und verlangten für jeden Betrieb individuelle Einzelnachweise. Die Landesbauernverbände treten dem vehement entgegen.

## Wiederaufnahme der Zahlungen

Als Erstes hat der WLW gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen eine Wiederaufnahme der Auszahlungen erreichen können. Die dortigen Bewilligungsstellen akzeptieren Auswertungen der Kammer, nach denen der Preisrückgang am Schweinemarkt für alle Schweinehalter gleichermaßen zu 95 % durch die Corona-Pandemie begründet ist. Dem hat sich Bayern angeschlossen. Nach erheblichem politischem Engagement will das niedersächsische Wirtschaftsministerium diese Verfahrensweise übernehmen, wartet zur Drucklegung des Jahresberichtes aber noch auf grünes Licht aus dem Bundeswirtschaftsministerium – das wiederum möchte die Entscheidung lieber den Ländern überlassen.

Es ist sehr wichtig, dass die niedersächsischen Landwirte die ihnen zustehende Unterstützung umgehend erhalten. Der vorläufigen Bewilligung folgt bis Ende des Jahres für jeden Betrieb eine Schlussabrechnung. Dafür muss schnellstmöglich Rechtssicherheit für Überbrückungshilfen hergestellt werden, damit die Landwirte nicht von Rückforderungen aufgrund geänderter Verwaltungsauffassungen überrascht werden.

## Unmögliche Herkulesaufgabe

Schon im Jahr 2019 wurde auf Bundesebene die Grundsteuerreform verabschiedet. Das war jedoch nur der erste Akt. Eine Grundgesetzänderung hatte es den Ländern erlaubt, eigene Regeln zu schaffen. Davon hat auch Niedersachsen Gebrauch gemacht. Für die Landwirtschaft wendet Niedersachsen wie alle anderen Bundesländer auch das Bundesmodell an.

Für alle anderen Immobilien gilt in Niedersachsen das „Flächen-/Lagemodell“. Es setzt sich zusammen aus dem bayerischen Flächenmodell, verfeinert

**„Die Buchstellen und Steuerberatungsgesellschaften der Landvolk-kreisverbände begleiten die Landwirte bezüglich der Einschränkung der Umsatzsteuerpauschalierung mit umfangreichen Beratungsleistungen und erstellen die sehr zeitintensiven Anträge zur Überbrückungshilfe.“**

**Cord Kiene,**  
Steuerreferent

durch einen Lagefaktor. Der soll angelehnt an das Verhältnis von Bodenrichtwerten die Auswirkung besserer oder schlechterer Lagen innerhalb einer Kommune berücksichtigen.

Die Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe wird stark, die der weiteren Immobilien sogar extrem vereinfacht. Das führt naturgemäß zu Belastungsverschiebungen. Selbst wenn das Grundsteueraufkommen innerhalb einer Kommune durch Anpassung der Hebesätze gleichbleibt, wird es Gewinner und Verlierer geben. Die Landwirte werden in den Kommunen darauf achten müssen, dass es nicht zu einer einseitigen Mehrbelastung durch die Grundsteuer A kommt. Dabei ist zu bedenken, dass die Wohnhäuser der landwirtschaftlichen Betriebe der Grundsteuer B zugerechnet werden.

Nach zweieinhalbjähriger Vorbereitung startet ab dem 1. Juli 2022 das Feststellungsverfahren. Die Finanzverwaltung erwartet, dass dann innerhalb von nur vier Monaten bis zum 31.10.2022 für sämtliche Grundsteuerfälle eine Feststellungserklärung abgegeben wird. In Niedersachsen sind ca. 350.000 landwirtschaftliche Einheiten neu zu bewerten – ein großer Anteil davon kommt auf die Landvolkverbände und ihre Buchstellen zu. Die Bewältigung dieser Herkulesaufgabe in solch kurzer Zeit ist schlicht illusorisch. Zu Beginn des Jahres 2022 müssen mit der Finanzverwaltung Zeitrahmen und Weg gefunden werden, wie diese Aufgabe gemeinsam bewältigt werden kann. Insbesondere beim Zugang zu maschinell zu verarbeitenden Daten muss verarbeitbaren Daten muss die Finanzverwaltung ihr Angebot noch erheblich erweitern.

## Buchstellen an Belastungsgrenze

Die Buchstellen und Steuerberatungsgesellschaften der Landvolkverbände begleiten die Landwirte bezüglich der Einschränkung der Umsatzsteuerpauschalierung mit umfangreichen Beratungsleistungen und erstellen die sehr zeitintensiven Anträge zur Überbrückungshilfe. Unter anderem diese Mehrbelastungen führt die meisten Buchstellen an die Belastungsgrenzen und darüber hinaus. Dazu kommt die Umsetzung der Grundsteuerreform. Es wird Zeit brauchen, die entstandenen Arbeitsrückstände aufzuholen. Die Finanzverwaltung ist gefordert, die Buchstellen dabei mit pragmatischen Fristverlängerungen zu unterstützen.



Für viele Zukunftsbetriebe ist die Umsatzsteuerpauschalierung verloren.

# RECHTSBERATUNG IST DER KERNBEREICH

Rechtstage, die Ausbildung von Mediatoren, das Durchsetzen von Schadenersatzansprüchen gegen das Pflanzenschutzmittel-Kartell, die Tierwohlverbesserungsgenehmigung und die Landesdüngeverordnung waren die Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2021.



**Harald Wedemeyer**

Rechtsreferent und Referent für Erneuerbare Energien

Rund 1.800 Landvolkmitglieder mit einem jährlichen Pflanzenschutzmittelaufwand von mehr als 46 Mio. Euro haben sich registriert, um mithilfe des Landvolks Niedersachsen ihre Schadenersatzansprüche durchzusetzen.

Neben Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, wie etwa dem viermal im Jahr durchgeführten Rechtstag, unterstützt das Landvolk Niedersachsen seine Mitgliedsverbände bei der Rechtsberatung auf verschiedene Weise. Um gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, nimmt die Bedeutung der Mediation im Bereich der Konfliktbewältigung, aber auch als ergänzendes Instrument der Rechts- und Steuerberatung zu. Neben der Fortbildung der zurzeit elf Mediatorinnen und Mediatoren im Landvolk Niedersachsen, führt der Landesverband gemeinsam mit dem Bayerischen Bauernverband eine Ausbildung neun weiterer Landvolkmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zum Mediator durch. Somit werden dem Verband Ende kommenden Jahres insgesamt 20 Personen für eine mediative Konfliktbearbeitung zur Verfügung stehen.

## Pflanzenschutzmittel-Kartell

Das Bundeskartellamt hat von Januar bis April 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt rund 157 Mio. Euro gegen acht Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprache über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt. Den Bußgeldverfahren liegt zugrunde, dass die Unternehmen in der Zeit von 1998 bis 2015 jeweils im Frühjahr und Herbst ihre Preislisten für Pflanzenschutzmittel miteinander abge-

stimmt haben. Diesen Sachverhalt haben die betroffenen Großhändler weitgehend zugestanden, was zu einer Reduzierung der gegen sie verhängten Bußgelder geführt hat. Damit steht fest, dass die betroffenen Großhändler gegen das deutsche und EU-rechtliche Kartellverbot (§ 1 GWB und Art. 101 AEUV) verstoßen haben. Folglich ist nach der Rechtsprechung des BGH zu vermuten, dass daraus ein Schaden beim Pflanzenschutzmittelabnehmer eingetreten ist.

## Schadenersatzansprüche

Der Landesbauernverband hat im Februar 2021 mit der Kanzlei MJG (nun GQL) Rechtsanwälte eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die eine Prozessvertretung von Landvolkmitgliedern ohne Prozesskostenrisiko sicherstellt. Auf der eigens dazu eingerichteten Website haben sich rund 1.800 Landvolkmitglieder registriert mit einem jährlichen Pflanzenschutzmittelaufwand von mehr als 46 Mio. Euro, die auf diese Weise ihre Schadenersatzansprüche durchzusetzen wollen. Die Landesbauernverbände in NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen haben sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Die Klagen werden 2022 eingereicht. Der das Kostenrisiko tragende Prozessfinanzierer bietet zudem noch einen Forderungskauf an, der für Landwirte interessant sein kann, die Liquiditätsgapen haben. Die Unterstützung der Landwirte in der Geltendmachung des ihnen entstandenen Schadens, ohne ein Prozesskostenrisiko tragen zu müssen, ist bei den Mitgliedern auf besondere Anerkennung gestoßen.

## PV-Freiflächenanlagen

Die von der Politik gesetzten Ziele des Ausbaus erneuerbarer Energien erhöhen den Druck auf landwirtschaftliche Flächen. Momentan kommuniziert die niedersächsische Landesregierung ei-

nen Bedarf von 15.000 ha für Solarparks. Es kursieren aber auch Vorstellungen, die beim zehnfachen liegen. Dies elektrisiert Investoren, Grundstückseigentümer und Projektierer, die – getrieben von guten Renditeaussichten – Druck auf die Kommunen ausüben. Dabei droht insbesondere landwirtschaftlichen Betrieben, die einen hohen Pachtanteil haben, der Verlust von Flächen, die sie für ihre landwirtschaftliche (weil bodengebundene) Tierhaltung benötigen. Um sicherzustellen, dass die landwirtschaftlichen Belange Berücksichtigung bei der Bauleitplanung finden, haben Landvolkverband und Landwirtschaftskammer ein Konzept zur guten Planung von Solarparks entwickelt. Dies beinhaltet, dass die Landwirtschaftskammer vor Ausweisung durch die Kommune fachlich ermittelt, in welchem Umfang landwirtschaftsseitig der Flächenbedarf besteht, der als Belang in der bauleitplanerischen Abwägung zu berücksichtigen ist. Ziel dieses Vorgehens ist, Härten besonders bei tierhaltenden Landwirten zu vermeiden.

Das Landvolk Niedersachsen setzt sich daher für die Beibehaltung der im Landesraumordnungsprogramm enthaltenen Regelung ein, dass PV-Freiflächenanlagen in Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft unzulässig sind. Die beabsichtigte Änderung dieser Regelung wird entschieden abgelehnt. Das Konzept der „guten Planung von Freiflächen-Photovoltaik“ fand auf Kommunal- und Landesebene viel Anklang.

## Hüter der Flächen

In diesem Kontext wird ausdrücklich die im Entwurf des Landesraumordnungsprogramms hervorgehobene Erstellung eines Energiekonzeptes auf regionaler Ebene unterstützt. Dort sieht sich der Landvolkverband – neben Landkreis und Kommunen – als „Hüter der Flächen“. Die Energiekonzepte haben eine Standortfindung für erneuerbare Energieanlagen zum Inhalt, die sich u.a. an vorhandener Energieinfrastruktur, wie etwa Strom- und Gasleitungen oder auch Wärmesenken orientieren.

So müssten etwa neue Standorte von Windenergieanlagen mit Blick auf die „Power to gas-Technologie“ in der Nähe von Biogasanlagen errichtet werden. Dies könnte ein wesentlicher Inhalt eines regionalen Energiekonzeptes sein. Im Rahmen der Konzepterstellung sollte auch der Aspekt der regionalen Wertschöpfung eine Rolle spielen. Bei

den abzuschließenden Nutzungsverträgen muss zudem bedacht werden, dass Grundstücke während der Vertragslaufzeit komplett entwertet werden können, weil sich auf der Fläche ein schützenswerter, nicht mehr umkehrbarer Zustand von Flora und Fauna entwickelt hat, der einer landwirtschaftlichen Nutzung entgegensteht. Auch erhebliche steuerrechtliche Risiken stehen im Raum, die dem Vorteil eines höheren Nutzungsentgeltes je Hektar entgegenstehen.

## Klagen Landesdüngeverordnung

Die im Mai 2020 erhobenen gegen die Landesdüngeverordnung (LDüV 2019) erhobenen Normenkontrollklagen wurden zurückgenommen, nachdem das Land Niedersachsen die LDüV 2021 veröffentlicht hatte. Mit den Normenkontrollklagen wurde ein erheblicher politischer Druck erzeugt, der letztlich zu einem neuen fachlichen Ansatz der Ausweisung roter Gebiete geführt hat. Insofern muss dieses Vorgehen unbedingt als erfolgreich bezeichnet werden.

Das Land hat mit dem am 8. März 2021 bekanntgegebenen „Phasenmodell“ einen Zeitplan zur Umsetzung der Regionalisierung nach Maßgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Gebietsausweisung (AVV GeA) in Niedersachsen veröffentlicht. Parallel dazu haben sich Landesverband und Kreisverbände darauf verständigt, ein Gutachten zur Eignung der Messstellen durch die Hydor GmbH erstellen zu lassen. Die Messstellen müssen den Vorgaben der AVV GeA entsprechen. Für den Fall, dass Abweichungen festgestellt werden, behalten sich die vom Landvolk unterstützten Landwirte vor, erneut eine Normenkontrollklage vor dem OVG Lüneburg zu erheben.

## Bau- und Immissionsschutzrecht

Die Bemühungen um eine dem Tierwohl gerecht werdende Genehmigungslösungen auch im Rahmen der „Borchert Kommission“ waren vergeblich. Die vom DBV, gemeinsam mit den Landesbauernverbänden, ins Spiel gebrachte Tierwohlverbesserungsgenehmigung unter Beibehaltung des Tierbestandes fand in der Regierungskoalition keine Mehrheit. Lediglich eine kleine Korrektur im Baugesetzbuch wurde beschlossen, um ehemals privilegierten Tierhaltungsanlagen ohne Futterfläche eine Genehmigung insbesondere zur Anpassung des Abferkelbereichs („Kastenstand“) nach Maßgabe des Tierschutzrechts zu ermöglichen.

„Die Unterstützung der Landwirte in der Geltendmachung des ihnen entstandenen Schadens, ohne ein Prozesskostenrisiko tragen zu müssen, ist bei den Mitgliedern auf besondere Anerkennung gestoßen.“

**Harald Wedemeyer,**  
Rechtsreferent

Fast 60 Prozent der Höchstspannungserdkabelleitungen laufen durch Niedersachsen.

# HAUPTSCHLAGADERN DER ENERGIEWENDE

Der voranschreitende Ausbau des Höchstspannungsnetzes in Niedersachsen und die damit verbundenen Rahmenvertragsverhandlungen waren umfangreiche Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2021.



**Rüdiger Heuer**  
Rechtsreferent

**N**iedersachsen steht im Zentrum des Ausbaus des deutschen Höchstspannungsleitungsnetzes. Allein nach dem Bundesbedarfsplangesetz entfallen 26 Vorhaben auf das Gebiet unseres Bundeslandes. Elf dieser Vorhaben in Niedersachsen sind hierbei als Höchstspannungserdkabelleitungen vorgesehen.

### Fokus liegt in Niedersachsen

Diese Anzahl an Höchstspannungserdkabelleitungen bedeutet, dass auf Niedersachsen 58 % aller Höchstspannungserdkabelleitungs-Vorhaben in der Bundesrepublik Deutschland entfallen. Somit liegt bei uns der Fokus

der Betroffenheit mit allen seinen Einschränkungen und Härten, welche der Bau- und Leitungsbetrieb für Flächeneigentümer und Bewirtschafter mit sich bringt.

### Inständig für Mitglieder gestritten

Seit dem Frühjahr 2020 führt das Landvolk Niedersachsen gemeinsam mit allen betroffenen Landesbauernverbänden Rahmenvertragsverhandlungen mit den involvierten Übertragungsnetzbetreibern (ÜNBs). In den bisherigen Verhandlungsrunden wurde inständig für die Interessen der betroffenen Mitglieder gestritten. Derzeit ist jedoch der Punkt erreicht, an dem aufgrund gesetzlich geregelter Themenbereiche allein auf Verhandlungsebene keine zufriedenstellenden Ergebnisse mehr erreicht werden können.

So hat der Gesetzgeber unter anderem durch die Novellierung der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) Obergrenzen bei der Kostenanerkennung von Zahlungen an Grundstückseigentü-

mer und Nutzungsberechtigte erlassen. Diese sind nach dem Verständnis der Übertragungsnetzbetreiber das absolute Maximum der Entschädigungshöhe. Diese Obergrenzen sind jedoch zu niedrig, um die massiven Eingriffe durch den Bau und Betrieb der Erdkabelleitungen zu kompensieren und daher fordern wir eine Nachbesserung der Entschädigungshöhen durch den Gesetzgeber.

### Sechs Kernforderungspunkte

Alle an den Rahmenvertragsverhandlungen beteiligten Landesbauernverbände sind unter Koordinierung des Bayerischen Bauernverbandes und des Landvolks Niedersachsen in Kooperation mit dem deutschen Bauernverband im Juni 2021 aktiv geworden. Mit dem gemeinsam verfassten Positionspapier „Entschädigung nachjustieren und agrarstrukturelle Belange beachten“ mit sechs Kernforderungspunkten ist das Landvolk Niedersachsen in der Folge breitflächig politisch aktiv geworden und vertritt die Positionen gegenüber Gesetzgeber, Politik und Gesellschaft. Beispielsweise hat Anfang Juli 2021 der Landvolk-Vizepräsident Jörn Ehlers an den Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, auf einem Vororttermin in Scheeßel das Positionspapier übergeben.

Neben der Forderung nach einer Erhöhung der Entschädigungszahlungen für Erdkabel streitet das Landvolk Niedersachsen unter anderem für eine Begrenzung des Dienstbarkeitsrechts für die Übertragungsnetzbetreiber auf höchstens 30 Jahre, eine Beweislastumkehr im Schutzstreifenbereich und eine steuerliche Entlastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe bei den Entschädigungszahlungen. Grundsätzlich sind die im Bundesbedarfsplangesetz enthaltenen Höchstspannungsleitungsvorhaben für den Umbau unserer Energieversorgung zwingend erforderlich und darüber hinaus vom Gesetzgeber durch Gesetzesrecht beschlossen worden. Insoweit dürfte das geeignetste Mittel zur Unterstützung unserer vorhabenbetroffenen Mitglieder die Verhandlung einer tragfähigen Rahmenvertragsregelung darstellen.

### Landwirtschaftliches Bodenrecht

Der am 3. November 2021 durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in die Verbände-beteiligung gegebene Gesetzesentwurf eines „Niedersächsischen Gesetzes über

Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG)“ sieht Anpassungen der bestehenden Regelungen im Bereich des Grundstücksverkehrsrechts, Landpachtverkehrsrechts und des siedlungsrechtlichen Vorkaufrechts vor.

Der Gesetzesentwurf beinhaltet unter anderem die Absenkung der Genehmigungsfreigrenze für die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke von einem Hektar auf einen halben Hektar, die Absenkung der Ausnahme von der Anzeigepflicht des Abschlusses oder der Änderung von Landpachtverträgen über Grundstücke, die kleiner als zwei Hektar sind, auf einen halben Hektar, die Modifizierung der Voraussetzungen für die Ausübung des siedlungsrechtlichen Vorkaufrechts sowie die Einführung einer Nebenbestimmung der Weiterveräußerungsaufgabe bei Flächen-erwerb durch Landwirten gleichgestellten Erwerbern, die die Aufnahme einer Landwirtschaft beabsichtigen.

### Gesetzesnovellierung nötig

Das Landvolk Niedersachsen begrüßt grundsätzlich die Zielrichtung des Ministeriums, welches durch das NGrdstLwG eine Verbesserung der Agrarstruktur und eine Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe erreichen will. Die veränderten Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine verstärkte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Flächen und die weithin hohen Kauf- und Pachtpreiserhöhungen der vergangenen Jahre führen jedoch zu einem darüber hinausgehenden Bedarfs einer Gesetzesnovellierung im Bereich des Grundstücksverkehrsrechts, Landpachtverkehrsrechts und des siedlungsrechtlichen Vorkaufrechts.

Aus den Reihen des Landvolk-Vorstands hat eine eigens gegründete Arbeitsgemeinschaft inhaltlich fundierte Standpunkte zum vorliegenden Gesetzesentwurf erarbeitet. Mit dem in Rede stehenden Gesetzesentwurf wird jedoch der grundsätzliche Novellierungsbedarf nur teilweise aufgegriffen. Hinsichtlich der vorgesehenen Privilegierung von Kommunen und kommunalen Zweckverbänden sowie bei den aufgenommenen Modifizierungen des siedlungsrechtlichen Vorkaufrechts lehnt das Landvolk den Gesetzesentwurf sogar ab. Als Fazit werden die aufgenommenen neuen Regelungen im NGrdstLwG als erster Schritt in Richtung der notwendigen Überarbeitung und Ergänzung der entsprechenden Regelwerke betrachtet.

**„Das Landvolk Niedersachsen begrüßt grundsätzlich eine Verbesserung der Agrarstruktur und die damit verbundene Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe.“**

**Rüdiger Heuer,**  
Rechtsreferent



Die Homeoffice-Pflicht stellt Arbeitgeber und Mitarbeiter vor Herausforderungen.

## CORONA UND CYBERCRIME

Die Pandemie und neuartige Angriffe auf Software waren die Herausforderungen im Datenschutz.



**Maike Körlin**  
Referentin für  
Datenschutz der  
Kreisverbände

Die Corona-Krise hat den Datenschutz vor neue Herausforderungen gestellt. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverbandsdienststellen und landwirtschaftsnahen Dienstleistungsgesellschaften wechselten kurzfristig in das mobile Arbeiten von Zuhause aus, gern als „Homeoffice“ bezeichnet. In der Regel wurde ein Laptop mit einer Verbindung zum Server der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt, um weiterhin Mitglieder, Mandanten und Kunden im Bereich der Grünen Dienstleistungen, Serviceangebote, Steuerberatung, Rechtsberatung, Sozialberatung und vielem mehr vollumfänglich beraten und unterstützen zu können.

**„Im Jahr 2021 betrafen Cyberangriffe allein in Form von Infizierung mit Schadsoftware nahezu 9 von 10 Unternehmen ab zehn Mitarbeitern in Deutschland.“**

### Datenschutzkonforme Heimarbeit

Als „Verantwortliche“ im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) haben die Geschäftsstellen, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung der personenbezogenen Daten entscheiden, die Verpflichtung zur Einhaltung der EU-DSGVO. Was bedeutete das? Für die Praxis hieß es, unter den Pandemie-Rahmenbedingungen Lösungen und Hilfestellungen für eine datenschutzkonforme Heimarbeit zu entwickeln. Wie zum Beispiel die Implementierung neuer IT-Richtlinien als Vorlage für die Mitarbeiter für das sichere datenschutzkonforme Arbeiten von Zuhause aus. Damit stand ein praktischer Leitfaden für den Umgang mit IT-Sicherheit und der Nutzung von Endgeräten sowie organisatorische Maßnahmen zur Verfügung. Digitale Datenschutzschulungen zur Sensibilisierung und zur Bedrohungslage durch Cyberangriffe waren ein weiterer Beitrag zur Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

Der persönliche Austausch zwischen den Mitgliedern und Ansprechpartnern der Geschäftsstelle erfolgte über Videokonferenzen, zur Unterstützung der telefonischen Antragsberatung wurden neue digitale Tools eingesetzt. Diese Systemprogramme wurden aus Datenschutzsicht bewertet. Zudem wurden allgemeine praxisorientierte Handlungsempfehlungen für eine sichere Durchführung von Videokonferenzen bereitgestellt.

Beim Einsatz von Programmen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten und insbesondere von Gesundheitsdaten muss der Verantwortliche eine angemessene Sicherheit gewährleisten. Dafür wird mit dem Dienstleistungsunternehmen ein Auftragsverarbeitungsvertrag vereinbart. Zahlreiche Verträge wurden datenschutzrechtlich geprüft, angepasst und vorbereitet.

### Angriffswelle auf Server

Im Jahr 2021 betrafen Cyberangriffe allein in Form von Infizierung mit Schadsoftware nahezu 9 von 10 Unternehmen ab zehn Mitarbeitern in Deutschland. Die Angriffswelle auf MS Exchange Server betraf sowohl Kreisverbandsdienststellen als auch landwirtschaftsnahen Dienstleistungsgesellschaften. Diese wurden zudem Opfer des Ransomware-Angriffs „Kaseya“ – eine neue Qualität der Ransomware-Angriffe. Die Betroffenen wurden von Beginn an datenschutzrechtlich beraten und begleitet, um den besonderen Anforderungen und Meldepflichten gegenüber den Aufsichtsbehörden gerecht zu werden.

# IST DER NIEDERSÄCHSISCHE WEG NOCH NICHT GENUG?

Im Zuge des Niedersächsischen Wegs sind 2021 landesrechtliche Regelungen unter anderem zum eingeschränkten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten, zu Abständen entlang von Gewässern bei Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatz sowie weiteren gesetzlich geschützten Biotopen in Kraft getreten. Dadurch konnte das 2020 gestartete Artenschutz-Volksbegehren abgewendet und ein Interessenausgleich zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft hergestellt werden.



**Hendrik Gelsmann-Kaspers**  
Umweltreferent

Mehr Natur-, Arten- und Gewässerschutz auf der einen Seite, einen gesetzlich zugesicherten Ausgleichsanspruch für die hinzugekommenen ordnungsrechtlichen Erschwernisse auf der anderen Seite. Die Kompromissfindung zwischen Landvolk, Landwirtschaftskammer, Nabu, BUND und Landesregierung wurde dankenswerterweise vom gesamten niedersächsischen Parlament unterstützt. Zur Abwendung des von der Bundesregierung verhandelten Aktionsprogramms Insektenschutz bestehend aus einer Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutzmittelanwen-

dungsverordnung reichte der vielfach auch in der Bundespolitik gelobte Niedersächsische Weg allerdings nicht.

Massive Proteste von Landwirtinnen und Landwirte und zahlreiche Gespräche mit Parlamentariern, Ministerinnen und Behördenvertretern bewirkten im Verhandlungsendspurt zwar an einigen Stellen Länderöffnungsklauseln und konnten – einigermaßen nebulöse – Zusagen für finanziellen Ausgleich erreichen. Insgesamt bleibt das in Kraft getretene Insektenschutzpaket aber Stückwerk.

### Gewässerrandstreifen gerettet

Für Niedersachsen konnten immerhin die gesetzlich festgelegten Abstände für Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatz entlang von Gewässern mitsamt des Anspruchs auf angemessenen Ausgleich und der Ausnahmekulisse für besonders gewässerreiche Regionen „gerettet“ werden. Für Ackerflächen in Naturschutzgebieten ist dies allerdings nicht

**„Die EU-Kommission hat beim deutschen Düngerecht weiter Redebedarf und will beim Klimaschutz vorankommen.“**

**Hendrik Gelsmann-Kaspers,**  
Umweltreferent

**Auf Gewässerrandstreifen in Naturschutzgebieten muss zukünftig auf den Einsatz von Herbiziden und Insektiziden verzichtet werden.**





**„Der Niedersächsische Weg ist ein wertvolles politisches Verhandlungsinstrument, das wir auch bei der Umsetzung der Düngeverordnung fordern. Sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene“**

**Hubertus Berges,**

Vorsitzender  
Ausschuss Umwelt

gelungen. Hier muss zukünftig auf den Einsatz von Herbiziden und Insektiziden verzichtet werden. Ein finanzieller Ausgleich für diese Verbote ist angekündigt, über Details, wie und wann dieser gewährt wird, schweigen Bund und Länder sich allerdings bislang aus. Somit bleibt Betroffenen vorerst zur Abwendung erheblicher landwirtschaftlicher Schäden nur der Gang zur Behörde zwecks Ausnahmeantrag, wenn sie die einschlägigen Pflanzenschutzmittel anwenden wollen.

Ob mit dem Insektenschutzpaket das Ende der Fahnenstange für ordnungsrechtliche Einschränkung im Pflanzenschutz erreicht ist, darf bezweifelt werden: Die EU-Kommission hat nicht nur beim deutschen Düngerecht weiter Rebedarf und will beim Klimaschutz vorkommen; Gemäß der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie soll nach Willen der EU-Kommission der Einsatz und die Risiken von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent reduziert sowie weitere für die Natur wertvollen Gebiete unter Schutz gestellt werden.

**Biotopverbund bereichern**

Um pro-aktiv zu zeigen, was in der Agrarlandschaft für Natur- und Artenschutz möglich ist und welche Rahmenbedingungen dafür nötig sind, beteiligt sich das Landvolk an diversen Projekten, wie

„Finka“ oder „Eigene Vielfalt“. Das Ziel des gemeinsamen mit BUND, Landwirtschaftskammer und Stiftung Kulturlandpflege durchgeführten Projekts „Eigene Vielfalt“ ist es, die Agrarlandschaft durch Anpflanzen heimischer Gehölze und Pflege bestehender Hecken und Baumreihen den Biotopverbund zu bereichern. Flächen die ohnehin in der Landschaft vorhanden sind, wie Wegeseitenstreifen bieten sich dafür an, ohne weitere Einschränkungen auf agrarisch genutzter Fläche eingehen zu müssen.

**Ressource Wasser ist begrenzt**

Weniger in Form ordnungsrechtlicher Vorgaben, dafür aber auch unmittelbar spürbar auf den Feldern und Äckern wirkt die Klimakrise: Als eine Anpassungsmaßnahme an die fortschreitende Klimaerwärmung gewinnt die Feldbegrenzung weiter an Bedeutung. Die zunehmende Konkurrenz mit außerlandwirtschaftlichen Stakeholdern um die beschränkte Ressource Wasser macht es nötig, Konzepte zu entwickeln, wie zukünftig sektorübergreifend effizienter und sparsamer Wasser verwendet werden kann und Wasserkreisläufe geschlossen werden können. Das Land Niedersachsen erarbeitet dazu unter Beteiligung des Landvolks ein Wasserversorgungskonzept, mit dessen Veröffentlichung Anfang 2022 zu rechnen ist.

**FINKA befördert Diskussion über Möglichkeiten für Biodiversität im Ackerbau**

Das Verbundprojekt FINKA im Bundesprogramm Biologische Vielfalt will Lösungsstrategien zur Förderung der Biodiversität von Insekten in der Agrarlandschaft erarbeiten und setzt auf Lerneffekte durch konkretes Ausprobieren. Dazu haben sich 30 Betriebspartnerschaften zwischen konventionell und ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben gebildet. Im Fokus steht der Verzicht chemisch-synthetischer Insektizide und Herbizide. Mineraldünger und Fungizide können weiter eingesetzt werden.

Auch wenn mit endgültigen Ergebnissen der Untersuchungen zu Insekten und Ackerbegleitflora sowie den erzielten Deckungsbeiträgen erst im Frühjahr 2022 zu rechnen ist, lässt sich schon sagen, dass auf

den Projektflächen die Artenzahl und -vielfalt der Begleitflora teilweise deutlich zugenommen und die Erträge im Durchschnitt weitestgehend gehalten werden konnten. Weitere Infos zu Projekt, Veranstaltungen und Feldtagen finden Sie unter [www.finka-projekt.de](http://www.finka-projekt.de).

Das Projekt FINKA wird gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz mit Mitteln des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz.



Moorschutz ist in Niedersachsen ein großes Thema, weil große Flächen betroffen sind.

**WO EIN WILLE IST, IST AUCH EIN WEG!**

Die Palette unter der Überschrift „Umwelt“ umfasste die Felder Gewässerschutz beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, Artenschutz, Wolfsmanagement, Luftreinhaltung in der Tierhaltung, Agrarumweltmaßnahmen, EU-Agrarreform mit Konditionalität und Ökoregelungen, Wasserversorgung für Felder und Nutztiere und viele andere mehr.



**Hartmut Schleppe**  
Umweltreferent

Strategische, zukunftsgerichtete Orientierung ist dabei stets der Leitgedanke, gepaart mit dem Ziel, die unaufhörlich notwendige Anpassung der Betriebe an die überaus ambitionierten gesellschaftspolitischen Forderungen vorrangig über kooperative Ansätze und ausreichenden Übergangszeiträumen zu ermöglichen. Ehren- und Hauptamt des Verbandes agieren hier auf nahezu allen Ebenen, also im kommunalen Bereich zur Unterstützung der Kreisverbände, auf Landesebene insbesondere mit dem Niedersächsischen Umweltministerium, dem Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, der Landwirtschaftskammer, dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

und dem Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küstenschutz und Naturschutz, auf Bundesebene vorrangig über den Deutschen Bauernverband aber auch im direkten Austausch mit Bundesumwelt- und Bundeslandwirtschaftsministerium und auf EU-Ebene, dort mit Agrar- und Umweltpolitikern im Europaparlament.

**Ein echter Verbandserfolg!**

Im Berichtsjahr konnte das Landvolk Niedersachsen dort vor allem mit dem „Niedersächsischen Weg“ viel Aufmerksamkeit erzielen und auch beispielgebend Einfluss nehmen bis hin zur Pufferstreifenregelung der neuen GAP. Das schwerste Terrain war 2021 erneut Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat mit ihrem festgefahrenen, nicht mehr zeitgemäßen Politikbetrieb, der die auf EU-Ebene erreichten Ergebnisse regelmäßig konterkariert. Exemplarisch wird die Verbandsarbeit in einigen herausragenden Bereichen erläutert.

Nach sehr zähen Gesprächen, erheblichen finanziellen Aufwendungen der Landvolkfamilie für diverse Fachgutach-

**„Grünland muss trotz zusätzlicher Herausforderungen wirtschaftlich attraktiv bleiben, weil es nur über die Nutzung erhalten wird.“**

**Dr. Karsten Padeken,**

Vorsitzender  
Ausschuss  
Grünland

ten, Einreichung von Klagen beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg und konkreten Hilfestellungen des Bundes über eine Verwaltungsvorschrift gab es zum Jahresanfang 2021 den Durchbruch in der Frage der Methodik zur Abgrenzung von so genannten „nitratsensiblen“ Gebieten in Niedersachsen. Die anfänglich totale Verweigerungshaltung des Niedersächsischen Umweltministers noch im Frühjahr 2020, das vom Verband immer scharf kritisierte hydrogeologische Abgrenzungs- und Bewertungsverfahren zur Festlegung von Gebieten mit besonders strengen und allgemein als überzogen empfundenen Düngebeschränkungen aufzugeben, war damit beendet. Ein echter Verbandserfolg!

Auch die überzogenen Vorschläge der Landesregierung bezogen auf zusätzliche Anforderungen der Landesdüngerverordnung konnten auf ein deutlich besser umsetzbares Maß zurückgeführt werden. In einem konstruktiven Dialog unter Einbeziehung der Verbände aus dem Bereich der Wasserversorgung wurde Einigkeit erzielt, im Rahmen der durch die EU-Kommission geforderten Neuabgrenzung zu einem geostatistischen Verfahren überzugehen. Leider profitierten davon zunächst nur die Regionen, die trotz positiver Bewertung nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ohne diesen Schritt erstmals ab 2021 umfänglich zu einem „roten Gebiet“ erklärt worden wären. Die Ausweitung der Gebietskulisse wurde in diesen Regionen auf ein moderates Niveau beschränkt. Gleichwohl wurde vereinbart, das geostatistische Verfahren, bei dem auch die Messergebnisse von unbelasteten Messstellen in die Abgrenzung einbezogen werden, ab Ende 2021 in zwei Schritten für ganz Niedersachsen anzuwenden.

### Klimaschutz auf der Überholspur?

In einem atemberaubenden Tempo wurden 2021 sowohl in der EU als auch auf Bundes- und Landesebene die Ziele im Klimaschutz hochgeschraubt. Klimaneutralität soll erreicht werden, möglichst noch vor 2050. Niemand in der EU ist bisher in der Lage, dieses Ziel für die Landwirtschaft mit ihren durch natürliche Prozesse unvermeidbaren Emissionen zu erklären. Inzwischen ist eine Fallhöhe der Ziellatten erreicht, die den politischen Akteuren die auch zukünftig notwendigen Spielräume zu verbauen droht. Das zeigt sich insbesondere im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wahrung der Generationengerech-



**„Die Entscheidung, den Niedersächsischen Weg zu gehen, war für uns Landwirtinnen und Landwirte richtig. Alle Beteiligten haben dadurch mehr Verständnis für die Sichtweise der jeweils anderen Seite erlangt. Mehr Natur- und Artenschutz ist eine nachvollziehbare gesellschaftliche Forderung, aber bitte mit Honorierung der landwirtschaftlichen Leistungen.“**

**Dr. Karsten Padeken,**  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Grünland

tigkeit in der Aufteilung der Lasten, die unweigerlich für unsere Gesellschaft beim Klimaschutz entstehen. Die gesetzten Ziele, die nach dem heutigen Stand des Wissens die einzige Chance sind, der Alternative eines chaotischen, politisch unbeherrschbaren und friedenszerstörenden Ausmaßes an Klimawandel wirksam zu begegnen, verlangen eine Anpassung, die mit vielen schmerzhaften Veränderungen verbunden sein wird.

### Verantwortung für Moorbauern

Das Landvolk Niedersachsen hat sich nach Maßgabe der besonders betroffenen Kreisverbände vor allem mit der Zukunft der Moorregionen auseinandergesetzt. Das Landvolk übernimmt damit sowohl Verantwortung für die Zukunft der Bauernfamilien und der ländliche Bevölkerung in den betroffenen Regionen als auch für den notwendigen Klimaschutz. Klimaschutz und Moornutzung sind unvereinbar, solange der in Jahrtausenden unter Luftabschluss entstandene Torf durch Entwässerung und landwirtschaftliche Nutzung oder als Rohstoff für Kultursubstrate der unaufhaltsamen Mineralisierung preisgegeben wird. Auf der anderen Seite ist es weder technisch noch rechtlich möglich und auch gesellschaftspolitisch unverantwortbar, eine über Jahrhunderte im gesellschaftlichen Auftrag erfolgte Moornutzung über Nacht auf den Kopf zu stellen. Die größte Gefahr für die Betroffenen sieht das Landvolk Niedersachsen daher in einer sukzessiven „kalten“ Enteignung durch immer mehr Druckmittel im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums und über ein verändertes Konsumverhalten, bei dem Produkte mit ungünstiger Klimabilanz am Markt das Nachsehen haben.

Deshalb hat die „AG Moorbauern“ innerhalb des Landvolks unter ihrem Vorsitzenden Dr. Karsten Padeken einer klaren Vorwärtsstrategie grünes Licht gegeben, bei der schnelle Erfolge bei der Verminderung von Treibhausgasemissionen im Einklang mit den Interessen der Betroffenen möglich sind. Vorausgesetzt, die neu gewählte Bundesregierung lernt aus den Fehlern ihrer Vorgänger bei diesem Thema und in Anlehnung an die Vereinbarungen zum Kohleausstieg in ihrer Legislaturperiode eine faire und verlässliche Ausstiegsvereinbarung aus der bisherigen Entwässerung mit den Moorregionen und den davon bisher abhängigen Menschen trifft.

# AKTEURE DER BERUFLICHEN BILDUNG TROTZEN CORONA

Besonders betroffen von der Pandemie war die berufliche Aus-, Fort – und Weiterbildung, die sich den großen Herausforderungen stellte. Der Berufsstand diskutiert aktuell über eine mögliche Novellierung der Ausbildungsordnung im Beruf Landwirt/in.



**Christine Kolle**  
Referentin für Bildung  
und Junglandwirte

Die junge Generation kämpft weiter für eine Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte in der nächsten GAP-Förderperiode. Im Ausschuss Junglandwirte entwickelte der Berufsnachwuchs Vorschläge für Änderungen der Wahlordnung des Deutschen Bauernverbandes (DBV).

### Studienkurs in Präsenz

Dank der enormen Flexibilität aller Beteiligten lief die Aus- und Fortbildung in den grünen Berufen trotz Corona erfolgreich weiter – einschließlich der Abschlussprüfungen. Auch die Weiterbildung „Studienkurs Niedersachsen“, in der sich jährlich eine Gruppe junger Landwirtinnen und Landwirte fürs Ehrenamt qualifiziert, war sehr gefordert. Kursleiter Berndt Tietjen, der Förderverein Akademie Junglandwirte Niedersachsen und das Landvolk Niedersachsen zogen alle Register, damit der 17. Studienkurs in Präsenz stattfinden konnte. Dank der Flexibilität der Beteiligten schloss die Weiterbildung im Sommer 2021 erfolgreich ab. Erstmals erhielt eine Teilnehmerin zudem das vom Förderverein neu aufgelegte „Stipendium Junglandwirte“.

Neben dem Studienkurs stehen im Weiterbildungsbereich die drei ländlichen Heimvolkshochschulen (HVHS) in Barendorf, Goslar und Bovenden sowie die Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen (LEB) pandemiebedingt weiterhin vor großen Herausforderungen. Bisher haben die HVHS die Krise unter großem Einsatz bewältigen

können. Seit Beendigung des Lockdowns im 1. Halbjahr 2021 fragen die Gäste die Bildungsangebote wieder rege nach. Allerdings ist die Krise noch nicht überstanden: So dürfen die Heimvolkshochschulen ihre Doppelzimmer weiterhin nur einzeln belegen.

### Aktualität und Qualität

Der DBV-Fachausschuss Bildung diskutierte in einer Sondierungsgruppe von Ende 2019 bis Frühjahr 2021 intensiv über eine mögliche Novellierung der Ausbildungsordnung im Beruf Landwirt/in. Mit Blick auf Aktualität, Qualität und Passgenauigkeit befasste sich die Sondierungsgruppe unter niedersächsischer Beteiligung intensiv mit dem Ausbildungsrahmenplan und den Prüfungen. Im Oktober 2021 bearbeiteten haupt- und ehrenamtliche Mitglieder des DBV-Fachausschusses Bildung das Thema in einem zweitägigen Workshop. Nunmehr ist das Thema auf der Landesebene angekommen: Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses Bildung

**„Es gibt gute Gründe, sich intensiv mit einer Novellierung der Ausbildungsordnung im Beruf Landwirt/in zu befassen.“**



**Martin Roberg,**  
Vorsitzender  
Ausschuss Bildung



Abschlussfoto des 17. Studienkurses mit Präsident Dr. Holger Hennies im Juni 2021.

# DIE THEMEN LIEGEN NICHT NUR AUF DER STRASSE

Journalisten brauchen jeden Tag Neues, über das sie berichten können. Und die Themen finden sie oft auch auf dem Acker oder im Stall.



**Sonja Markgraf**  
Pressesprecherin

ein. Nicht immer fällt das leicht; nicht immer sind Redakteure wohlgesonnen, nicht immer kommen Zitate und O-Töne so gut „rüber“, wie sie sollten, weil die Zeit und der Platz zum Erklären fehlen.

Mit dem neuen Landvolk-Präsidenten Dr. Holger Hennies steht ein Mann an der Spitze des Landesbauernverbandes, der die Dinge direkt auf den Punkt bringt und auch komplizierte Sachverhalte gut verständlich erläutern kann. Journalisten mögen das. Holger Hennies ist wie seine Amtsvorgänger ein gefragter Gesprächs- und Interviewpartner.

Dank der daraus folgenden guten Multiplikation des Themenspektrums gelingt es auch in diesen schwierigen und von (Struktur-)Wandel gekennzeichneten Zeiten, die Aufgaben und Ziele des Verbandes im Sinne der Bäuerinnen und Bauern aus Niedersachsen breit in die Gesellschaft hineinzutragen und für eine möglichst große Akzeptanz und Wertschätzung zu sorgen.

**Landvolk-Präsident Dr. Holger Hennies bringt die Dinge auf den Punkt und erläutert auch komplizierte Sachverhalte gut verständlich. Journalisten mögen das.**

**G**anze Themenwochen hat der Öffentlich-rechtliche Rundfunk im Jahr 2021 der Landwirtschaft, dem Leben im ländlichen Raum, Fragen zur Ernährung sowie zum Klima- und Naturschutz gewidmet. Die Bäuerinnen und Bauern aus Niedersachsen sind in diesem Spektrum immer direkt oder indirekt betroffen.

## Zuschauer sind interessiert

Die Gesellschaft blickt auf die Landwirtschaft. Jeder glaubt, etwas dazu sagen zu können und zu müssen. Diesem Trend folgen auch viele Redaktionen, die vermehrt über Tierhaltung, Tierwohl, Insektenschutz und modernen Ackerbau berichten. Weil es die Leser, Zuschauer und Zuhörer interessiert, widmen sich längst nicht mehr nur Fachmedien dem großen Bereich der Agrar-Themen.

Das ist eine gute Möglichkeit für den Landesbauernverband, seine Positionen auch jenen Menschen nahe zu bringen, die nicht direkt mit Landwirtschaft in Verbindung stehen. Die Pressestelle des Landvolks Niedersachsen arbeitet täglich daran, die Multiplikatoren, also vor allem die Journalistinnen und Journalisten über den Landvolk-Pressedienst (LPD) mit aktuellen Mitteilungen und Artikeln zu versorgen, die bei der fachlichen und politischen Einordnung der Entwicklungen im Agrarbereich helfen sollen.

## Akzeptanz und Wertschätzung

Über diesen Dienst hinaus sorgt die Pressestelle tagtäglich dafür, das Landvolk ins richtige Licht zu rücken und setzt sich mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit für die Belange der Bäuerinnen und Bauern



Der Bauerverband sondiert auf Bundes- und Landesebene eine Novellierung der Ausbildungsordnung im Beruf Landwirt/in.

des Landvolks Niedersachsen nimmt sich aktuell des Themas an. Nach Rückkoppelung der Diskussionsergebnisse aus den Ländern kann die Arbeitgeberseite ein offizielles Neuordnungsverfahren einleiten, wenn bundesweit eine klare und eindeutige Beschlusslage vorliegt.

## Niederlassungsbeihilfe hat Priorität

Der Ausschuss Junglandwirte kämpft weiter für eine Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte in der neuen GAP-Förderperiode. Auf EU-Ebene hat diese Maßnahme eine hohe Priorität. Der Förderbetrag wurde um 30.000 Euro auf 100.000 Euro erhöht. Die Niederlassungsbeihilfe wäre der jungen Generation eine echte Hilfe, um zentrale Forderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft wie zum Beispiel mehr Tierwohl umzusetzen. Die Förderung käme sowohl für Hofnachfolger als auch für Neueinsteiger in Frage. Sowohl der Ausschuss Junglandwirte als auch das Landvolk Niedersachsen unterstützen uneingeschränkt die Forderung der jungen Generation. In der aktuellen Förderperiode hat nur Sachsen-Anhalt die Maßnahme umgesetzt. Bisher setzt das niedersächsische Landwirtschaftsministerium zwar offenbar andere Prioritä-



**„Wir haben im Ausschuss Junglandwirte konkrete Vorschläge für die Modernisierung der Wahlordnung des DBV erarbeitet. Leider ist die Zeit dafür bundesweit offenbar noch nicht reif.“**

**Jan-Henrik Schöne,**

Vorsitzender Ausschuss Junglandwirte

ten, der Ausschuss Junglandwirte wird sich dennoch weiterhin auf Landes-, und auf Bundesebene für die Einrichtung einer Niederlassungsbeihilfe einsetzen.

## Diskussion über Wahlordnung

Der Ausschuss Junglandwirte befasste sich intensiv mit der Satzung des Deutschen Bauerverbandes und erarbeitete konkrete Vorschläge zur Modernisierung der Wahlordnung. Anschließend diskutierte der Ausschuss seine Vorschläge mit Landvolk-Vizepräsident Ulrich Löhr. Der Ausschussvorsitzende Jan-Henrik Schöne stellte fest, dass der Ausschuss Junglandwirte und das Landvolk Niedersachsen bezüglich gewünschter Veränderungen der Wahlordnung in dieselbe Richtung denken. Im nächsten Schritt befasste sich der Vorstand des Landvolks Niedersachsen mit dem Thema und richtete dazu eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Landvolk-Vizepräsident Jörn Ehlers ein. In der kleinen Arbeitsgruppe waren sowohl die Junglandwirte Niedersachsen als auch die Niedersächsische Landjugend vertreten. Das Landvolk Niedersachsen diskutierte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sodann mit anderen Landesverbänden. Aktuell fand sich keine Mehrheit, um das Thema auf Bundesebene voranzubringen.

# DIE SCHNELLE INFO: FÜR WEN, WANN UND WAS?

Social-media-Kanäle des Landvolks werden – auch durch Corona – immer wichtiger



**Silke Breustedt-Muschalla**  
Pressereferentin

**„Hohe Aufrufzahlen bestätigen die Pressestelle, zukünftig noch weiter den Fokus darauf zu legen, um das Landvolk als modernen und auf allen Kanälen aktiven Landesbauernverband zu präsentieren.“**

von gut 6.000 auf mehr als 7.100 steigern. Auch Instagram entwickelt sich erfreulich, eine Steigerung von gut 3.200 auf mehr als 4.100 Abonnenten ist zu verzeichnen. Via Twitter werden über 1.900 Follower informiert.

## Pressestelle setzt vermehrt auf bewegte Bilder

Verstärkt setzt die Pressestelle des Landvolks auf bewegte Bilder. Videos zu Aktionen oder Statements aus dem Präsidium zu landwirtschaftlich wichtigen Themen und Ereignissen werden userfreundlich, kurz und knapp in Szene gesetzt und auf YouTube und/oder den sozialen Medien hochgeladen. Hohe Aufrufzahlen bestätigen die Pressestelle, zukünftig noch weiter den Fokus darauf zu legen, um das Landvolk als modernen und auf allen Kanälen aktiven Landesbauernverband zu präsentieren.

Am besten „bis gestern“ für die Presse, „sofort posten“ für die sozialen Medien und immer seltener „reicht bis morgen“ oder gar „zum Ende der Woche“... Diese Zeitangaben bzw. -forderungen hört die Pressestelle oft.

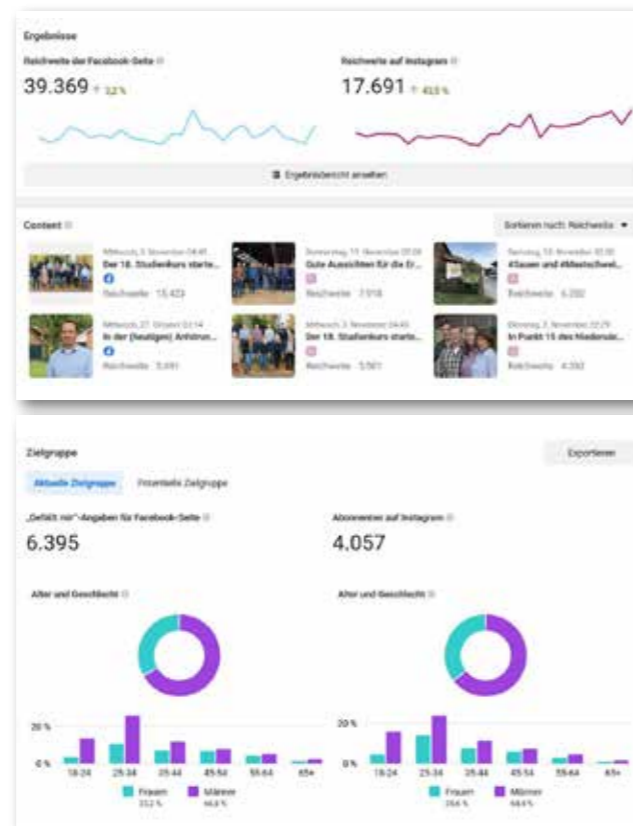
## Es gibt keine großen Journalisten-Pools mehr

Redakteure von Presse, Hörfunk und Fernsehen sind Getriebene geworden. Nur noch große Redaktionen können auf einen größeren Journalisten-Pool zurückgreifen, um große Themen nach allen Richtungen hin – so wie es das journalistische Verständnis verlangt – zu recherchieren. Stattdessen gibt es Informationen und Meldungen am Fließband – egal, wie gut, Hauptsache der erste sein.

## Landvolk Niedersachsen ist breit aufgestellt

Doch kommen diese Meldungen bei der breiten Öffentlichkeit überhaupt an – oder bleibt man in der berühmten Blase stecken? Werden sie noch wahrgenommen? Wenn ja, von wem? Das Landvolk Niedersachsen hat sich deshalb breit aufgestellt und bedient alle gängigen Formate. Fachinformationen zum breiten Feld der Landwirtschaft finden sich im Landvolk-Pressedienst, der an über 700 Medien-Adressen zwei Mal in der Woche geschickt wird, wieder.

Über die social-media-Kanäle Facebook und Instagram werden die Landvolk-Abbonnenten und Follower „gefüttert“. Dort konnte das Landvolk Niedersachsen zum vergangenen Jahr die Abbonnentenzahlen bei Facebook



Über die social-media-Kanäle Facebook und Instagram werden die Landvolk-Abbonnenten und Follower mit Informationen „gefüttert“. Das kommt gut an: Die Abbonnentenzahlen sind deutlich gestiegen.

# EINFLUSS DURCH DIALOG

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie und des Niedersächsischen Wegs bestimmen vornehmlich Umweltthemen, der Klimaschutz, die Diskussion um die Nutztierhaltung und die angespannte Situation in der Veredelung sowie das Dauerthema Wolf den agrarpolitischen Diskurs und damit auch die Kommunikationsarbeit des Verbandes.



Die publikumswirksame „Aktion Wolf“ hat die Probleme der Weidetierhalter im Sommer 2021 in die Küsten- und Tourismusregionen getragen.



**Sebastian Kuhlmann**  
Referent für Verbandskommunikation

oder die Lebensmittelverschwendung ebenso wie die Wertschätzungsdebatte, denen sich die Öffentlichkeitsarbeit und verbandliche Kommunikation 2021 maßgeblich widmet. Erschwert durch die coronabedingten Restriktionen hat sich die Kommunikation ins Digitale verlagert. Zoom, Teams, WhatsApp, Landvolk-App und Social Media wurden zu den bestimmenden Kommunikationskanälen.

**„Der persönliche Kontakt lässt sich nicht durch Social Media ersetzen.“**

Konkret sind es unter anderem das Insektenschutzprogramm der Bundesregierung (API), die Leistungen der Landwirtschaft in Bezug auf die Artenvielfalt, die Neugestaltung der GAP nach 2023, das Tierwohl

Bis zum Jahresende hat das Landvolk Niedersachsen mehr als 20 gemeinsame, meist digitale Aktionen auf Landes- und Bundesebene durchgeführt. Die Zielgruppen variieren dabei erfahrungsgemäß

mäß. Ein wichtiger Adressat war jedoch die Politik. Nicht zuletzt, weil neben der Kommunalwahl in Niedersachsen mit der Bundestagswahl für die Landwirtschaft wegweisende Änderungen ins Haus standen. Wie eingangs bereits erwähnt, ist der Niedersächsische Weg verhandelt, aber die Umsetzung der dort gemeinsam mit Landwirtschaft und Umweltverbänden ausgehandelten Kompromisse stellen sich im Detail als schwierig dar.

Störfeuer kommen dabei nicht nur von der Berliner und Brüsseler Politik. Die Lage der Landwirtschaft ist nicht einfach, schon gar nicht in Zeiten von Corona und ASP. Auch wenn die Internationale Grüne Woche als landwirtschaftlicher Jahresauftakt dieses Jahr ausfallen musste, hat das Landvolk Niedersachsen die Zeit Mitte Januar dazu genutzt, mit der Aktion „Landwirtschaft im Dialog“ auf eben diese angespannte Situation in der Landwirtschaft hinzuweisen. Dazu wurden Journalistinnen und Journalisten von den Kreisverbänden eingeladen, um mit ihnen über Herausforderungen für die Landwirtschaft vor Ort zu sprechen.

### Niedersächsischen Weg schützen

Das sogenannte Insektenschutzprogramm der Bundesregierung, das 2019 vorgestellt wurde und damit maßgeblich für die großen Bauernproteste mitverantwortlich war, stand im Frühjahr/Sommer zur Verabschiedung auf der Berliner Agenda. Dass es nicht nur die Ergebnisse des Niedersächsischen Wegs konterkarieren, sondern grundsätzlich eine Bedrohung für den Fortbestand vieler Betriebe darstellen kann, hat das Landvolk Niedersachsen Anfang Februar mit Schreiben an die Bundeskanzlerin und einer Aktion der Bauernpräsidenten vor dem Kanzleramt in Berlin versucht zu verdeutlichen.

Diese Aktionen bildeten dann auch den Auftakt für eine Vielzahl weiterer Aktionen zum Insektenschutzprogramm (API) im Frühjahr. Mit einer kleinen, coronakonformen Demonstration vor dem Bundestag Mitte April, die zeitgleich zur Tagung des Umweltausschuss zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes stattfand, haben Landvolkpräsident Dr. Holger Hennies und weitere Vertreter von Deutschem Bauernverband und Landesbauernverbänden das Gespräch mit den Fachpolitikern der Parteien gesucht, um zu retten, was zu retten ist.

Daran anknüpfend folgte eine Social



**„Unsere Aufgabe als Landvolk Verband wird es sein, mit dafür zu sorgen, dass das vielfältige Engagement der Landwirte und ihrer Familien in Niedersachsen für Ernährungssicherheit, Erhalt der Kulturlandschaft, Diversität und Lebensmittelqualität von Politik und Gesellschaft stärker anerkannt und vor allem auch honoriert wird als bisher.“**

**Tobias Göckeritz,**  
Vorsitzender  
Ausschuss  
Öffentlichkeits-  
arbeit

Media-Kampagne. Abschließend begleitet durch eine verbändeübergreifende Postkartenaktion unter dem Motto „Gemeinsam für den Niedersächsischen Weg“. Dort appellierte das Landvolk Niedersachsen gemeinsam mit „Land schafft Verbindung“ (LsV), „Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft“ (AbL), Landfrauen, Jägerschaft, Waldbesitzerverband, Landjugend und Maschinenringen an die Mandatsträger der Parteien in Niedersachsen, mögliche Auswirkungen des Insektenschutzprogramms für die Landwirtschaft in Niedersachsen zu bedenken. Das damit das Ganze nicht vom Tisch ist, sondern durch die Ideen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) letztlich auch durch Brüssel maßgeblich beeinflusst werden würde, war bekannt und zeigte sich spätestens im Spätsommer mit Blick auf geplante und verabschiedete Eckpunkte zur GAP.

Kurz vor der Bundestagswahl im September folgte daher mit Blick auf die EU-Politik eine weitere kurzfristige Postkarten- und Online-Kampagne, die sich den Auswirkungen der Brüsseler Entscheidungen widmet. Adressaten waren dort wiederum die niedersächsischen Politikerinnen und Politikern in Land- und Bundestag. Unterstützung findet diese Aktion bei einer Vielzahl in Niedersachsen ansässiger Molkereien sowie der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen. Vor allem, weil viele niedersächsische Landwirte Grünland bewirtschaften und eine Vielzahl der Höfe in gewässerreichen Gebieten liegen, sind sie besonders stark von den drohenden Regelungen aus Brüssel betroffen.

### Wolf gehört ins Jagdrecht

Gleiches gilt auch für den Wolf in Niedersachsen. Er ist in Niedersachsen sesshaft geworden und vermehrte sich exponentiell. Seit Jahren tragen Landvolk, sämtliche Weidetierhalterverbände und -organisationen wie auch seit Sommer dieses Jahres der LsV Niedersachsen-Bremen das Thema Wolf im Rahmen des Aktionsbündnis aktives Wolfsmanagement mit Erfolg in die Politik. Bereits 2019 wurde vehement die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht gefordert. Aktuell scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Der Landtag befasst sich seit Ende Oktober mit der Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht, um die Voraussetzung für ein aktives Wolfsmanagement zu schaffen.

Dass in Niedersachsen mittlerweile mehr Wölfe leben, als das Land vertragen kann, wird regelmäßig mit verschie-

denen Aktionen bei den Umweltministerkonferenzen bekundet. Auch im November wurde die Forderung nach Bestandsregulierung und wolfsfreien Gebieten dort wieder geäußert. Die publikumswirksame „Aktion Wolf“ im Sommer 2021 hat das Thema in die Küsten- und Tourismusregionen getragen.

Ein ebenso wichtiger Teil der Kommunikationsarbeit ist es, proaktiv Themen zu setzen. Gute Geschichten und Positives gibt es viel zu berichten. Weiterhin im Fokus sind dabei die vielen großartigen Projekte der Landwirte in Sachen Biodiversität. Mit der gemeinsamen „Initiative Wegränder“ setzen Stiftung Kulturlandpflege Niedersachsen und Landvolk einmal mehr Impulse für mehr Artenvielfalt. Die Echt grün - Initiative „Bienenfreundlicher Landwirt“ hat sich fest etabliert und die Zahl der Landwirte, die jedes Jahr freiwillig mehr für ein mehr an Biodiversität leisten, wächst von Jahr für Jahr.

Die Landwirte sind fester Teil der verbandlichen Kommunikationsarbeit ebenso wie die Sensibilisierung in Rich-

tung Verbraucher bezüglich Lebensmittelverschwendung und Wertschätzung. In Kooperation mit dem Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN) und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hat das Landvolk Niedersachsen im Rahmen der bundesweiten Aktion „Deutschland rettet Lebensmittel“ in einer Aktionswoche mit fünf Thementagen über die Sozialen Medien gespielt.

Gemeinsam stark, ist nicht nur das Motto des Landvolks Niedersachsen, sondern auch wesentliches Merkmal der zahlreichen gemeinsamen Aktionen mit dem DBV. Mit dem Fokus auf digitaler Kommunikation wurden über das Jahr mittels Video-Botschaften und Webgrafiken drängende Themen der Landwirtschaft aufgegriffen. Große Veranstaltungen wie der Tag des offenen Hofes fanden pandemiebedingt nur virtuell statt. Für 2022 laufen die Planungen hingegen wieder in Richtung „Normalität“. Der persönliche Kontakt und der direkte Dialog sind letztlich nicht durch Social Media zu ersetzen.

*Wir sichern Landwirtschaft rundum ab!*

**Ihr Versicherungsmakler für**

**Landwirtschaftliche Betriebe**

So erreichen Sie uns:  
Kabelkamp 6  
30179 Hannover  
Telefon: 0511 - 51 54 16 0  
E-Mail: info@landvolkdienste.de  
www.landvolkdienste.de

**Landvolkdienste**

# JAGDGESETZ WIRD NOVELLIERT

Zum 1. April 2022 sollen zahlreiche Neuregelungen im Jagdrecht in Kraft treten. Vorgegangen waren verschiedene Diskussionsrunden mit dem Landwirtschaftsministerium, in die sich der ZJEN eingebracht hat, um die Belange der Jagdrechtsinhaber und des Eigentums zu wahren.



**Peter Zanini**  
Geschäftsführer ZJEN

Seit Ende August befindet sich der Gesetzentwurf nunmehr im parlamentarischen Verfahren. Insgesamt ist das neue niedersächsische Jagdgesetz als positiv zu bewerten.

Kernpunkte der Novelle sind Änderungen bei der Abschussplanung, die Stärkung der Rechte der Grundeigentümer sowie Fragen der Jagdausübung. Werden sich Grundeigentümer und Jagdpächter über die Abschussplanung beim Rehwild einig, kann die Jagdbehörde auf die Vorlage eines Abschussplans verzichten. Als weitere Punkte sind unter anderem vorgesehen:

- Der Abschussplan beim Rehwild soll als Mindestabschussplan gelten.
- Aufhebung des Verbots der Verwendung von Nachtzieltechnik
- Vereinfachungen für die Selbstverwaltung der Jagdgenossenschaften
- ZJEN erhält Vorschlagsrecht für den Vertreter der Jagdgenossenschaften im Jagdbeirat

Schlussendlich soll auch der Wolf in das Jagdgesetz aufgenommen werden. Damit entspricht die Landesregierung einer seit Langem bestehenden Forderung des ZJEN. Zwar ändert sich dadurch nicht der besondere Schutzstatus des Wolfs, doch werden für die Zukunft jagdliche Zuständigkeiten festgeschrieben und es können bei einer angeordneten Entnahme die Möglichkeiten des Jagdrechts genutzt werden.

## Unzureichende Jagdzeiten

Weniger zufriedenstellend vollzog sich die Neuregelung von Jagdzeiten in Niedersachsen. Die im Oktober 2014 von der rot-grünen Landesregierung zusammengestrichenen Jagdzeiten sollten nach langer Debatte endlich korrigiert werden. In der jüngeren Vergangenheit wurden zwar verschiedene Jagdzeiten wieder verlängert, die neue Verordnung vom Januar 2021 enttäuschte jedoch und sorgte für berechtigtes Unverständnis. ZJEN und Jägerschaft hatten mit Hinweis auf die hohen Bestände von Gänsen und der damit verbundenen Wildschadensproblematik nachdrücklich ausreichend lange Jagdzeiten gefordert. Leider bleibt es in den Vogelschutzgebieten weiterhin bei der verkürzten Jagdzeit bis zum 30. November. Entgegen des ursprünglichen Verordnungsentwurfs vom

Sommer vergangenen Jahres hat auch die Blässgans sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schutzgebieten keine Jagdzeit erhalten, ohne dass es hierfür sachliche überzeugende Gründe gegeben hätte. ZJEN und Landesjägerschaft kritisieren daneben auch die engen und komplizierten Bedingungen für die neu eingeführte Möglichkeit eines Abschusses von Nonnengänsen. Hier muss derzeit zu jedem Antrag eine Sachverständigenmeinung zur Wildschadenssituation beigebracht werden. Immerhin gilt für Stock-, Pfeif- und Krickente jetzt generell wieder die Bundesregelung (1.9. bzw. 1.10. bis 15.01.). Im Schalenwildbereich wurde der Beginn der Jagdzeit vom 1. Mai in weiten Teilen (auch Rehböcke) auf den 1. April vorverlegt.

Eine Jagdzeit auf Bläss- und Saatgans ließ sich auch gerichtlich nicht durchsetzen. Die gegen die Jagdzeitenverordnung vom Oktober 2014 eingelegten Normenkontrollanträge wurden zu unserem großen Unverständnis zurückgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hielt die ganzjährige Schonzeit wegen der nicht auszuschließenden Verwechslungsgefahr mit besonders geschützten Arten für gerechtfertigt. Dies ergebe sich aus der Sozialbindung des Eigentums. ZJEN und Landesjägerschaft, die die Klageverfahren unterstützt hatten, zeigten sich deutlich enttäuscht, dass das Gericht den Eigentumsrechten so wenig Bedeutung beimisst.

Die vom Bundeslandwirtschaftsministerium initiierte Novellierung des Bundesjagdgesetzes ist erneut gescheitert. Im Kern ging es um die Einführung eines Schießnachweises bei Bewegungsjagden, ein Bleiminimierungsgebot, einheitliche Vorgaben für die Jägerprüfung und eine dahingehende Ergänzung des Hegebegriffs, dass eine Naturverjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen möglich sein soll. Der Gesetzentwurf sah außerdem die Aufhebung des Verbots der Nachtzieltechnik bei der Jagd auf Schwarzwild sowie eine Änderung bei der Abschussplanung für Rehwild vor.

## Wolf braucht aktives Management

Der ZJEN ist Mitglied im „Aktionsbündnis aktives Wolfsmanagement“, das das Landvolk Niedersachsen gemeinsam mit Weidetierhaltern gegründet hat. Wir fordern die Festlegung eines angemessenen Akzeptanzbestandes durch den Bund und die betroffenen Länder und die Einführung einer quotenbasierten Schutzjagd,

d.h. den Abschuss bestimmter „Kontingente“ als zukünftiges aktives Managementelement. Diese Erfordernisse müssen unverzüglich gesetzgeberisch angegangen werden. Mit rund 400 Wölfen in Niedersachsen sind die Grenzen längst überschritten. Der ZJEN hat im Frühjahr 2021 gemeinsam mit dem Landvolkverband und den Weidetierhaltern eine repräsentative Meinungsumfrage zum Thema Wolf in Auftrag gegeben. Ergebnis der Umfrage ist, dass die Rückkehr des Wolfs zwar mehrheitlich als positiv gewertet wird, 70 % der Befragten sich jedoch für eine Bestandskontrolle aussprechen und über 80 % für das Fernhalten von Wölfen aus Landschaften, die nicht gezäunt werden können. Das Umweltministerium konzipiert gegenwärtig einen Wolfsmanagementplan für das Land Niedersachsen. Über den Arbeitskreis Wolf, in dem auch der ZJEN vertreten ist, bringt der Verband die Forderungen der Naturnutzer und des ländlichen Raums ein.

## Mitgliederrechte wahren

Der Verband ist auch in anderen Fragen vor viele Herausforderungen gestellt:

- Der ZJEN verwehrt sich gegen pauschale und unbegründete Jagdeinschränkungen in Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebietsverordnungen und hat in diesem Zusammenhang vielfach interveniert und Stellungnahmen abgegeben.
- Weiterhin wird die Beratungsleistung des ZJEN zur Ausgestaltung von Jagdpachtverträgen, zu Fragen der Selbstverwaltung der Jagdgenossenschaft, zur Reviergestaltung und zur Wildschadensabwicklung stark in Anspruch genommen.
- Der ZJEN bietet den Jagdgenossenschaften für ihre Mitgliederverwaltung ein PC-Programm Jagdkataster 2.1 mit GIS-Modul an. Damit besteht die Möglichkeit einer Eigentümer- und Grundstücksverwaltung mit digitaler Kartenansicht für das gesamte Gebiet der jeweiligen Jagdgenossenschaft. Das Programm zählt inzwischen über 700 Anwender. Nähere Information zum PC-Programm Jagdkataster, zur Bereitstellung der Liegenschaftsdaten durch die Katasterverwaltung, Bestellformulare etc. finden sich auf der Internetseite [www.zjen.de](http://www.zjen.de).
- Die aktuelle Mitgliederzahl im ZJEN liegt bei 3.585 Jagdgenossenschaften und Eigenjagden mit 2,17 Mio. ha jagbarer Fläche und entspricht etwa 270.000 Grundeigentümern.



**„Die ganzjährige Schonzeit der Blässgans ist ein massiver Eingriff in das Jagdausübungsrecht. Auch vor dem Hintergrund der immer weiter zunehmenden Gänse-schäden ist diese Entscheidung inakzeptabel und nicht nachvollziehbar.“**

**Hans-Heinrich Ehlen,**  
ZJEN-Präsident





# ZAHLEICHES KOOPERATIONSPROJEKTE MIT DER LANDWIRTSCHAFT

Die Stiftung Kulturlandpflege Niedersachsen wurde 1998 vom ZJEN gegründet und hat seitdem über 260 Naturschutzprojekte von privaten Flächeneigentümern, aber auch von Jagdgenossenschaften und örtlichen Naturschutzvereinen finanziell unterstützt. Daneben betreut die Stiftung in Kooperation mit der örtlichen Landwirtschaft zahlreiche Kompensationsflächen.



**Björn Rohloff,**  
Stiftung Kulturlandpflege

Im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt wurde das FABIAN-Projekt der Stiftung Kulturlandpflege im Beisein von Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (rechts), Karsten Behr, Geschäftsführer der Bingo-Umweltstiftung (3.v.l.) und Hans-Heinrich Ehlen, Vorsitzender der Stiftung Kulturlandpflege. (3.v.r.) ausgezeichnet.

**A**ktuell bildet die Umsetzung produktionsintegrierter Maßnahmen, die im Rahmen der artenschutzrechtlichen Kompensation erforderlich werden, einen weiteren Schwerpunkt im Tagesgeschäft. Die Stiftung Kulturlandpflege wird darüber hinaus mehr und mehr zu einem bedeutenden

Akteur bei der Umsetzung des Vertragsnaturschutzes in Niedersachsen. In zahlreichen Programmen und Projekten setzt die Stiftung gemeinsam mit mehr als 300 Landwirten in Niedersachsen Biodiversitätsmaßnahmen in der Agrarlandschaft um – ganz im Sinne des „Niedersächsischen Weges“.

## F.R.A.N.Z für die Wissenschaft

Das Verbundprojekt F.R.A.N.Z wurde unter Federführung der Umweltstiftung Michael Otto gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband entwickelt und im Jahr 2016 gestartet. Die Stiftung Kulturlandpflege betreut den aus Niedersachsen teilnehmenden Betrieb Hartmann bei Lüneburg. Die dort erprobten Maßnahmen werden einer intensiven wissenschaftlichen Begleitung unterzogen. Alle Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Praktikabilität geprüft und derart weiterentwickelt, dass sie z.B. in Vertragsnaturschutzprogramme der nächsten GAP-Periode überführt werden können.

Seit dem Jahr 2018 ist die Stiftung Kulturlandpflege mit der Region Hannover und dem Kreislandvolkverband Hannover an einem Biodiversitätsprogramm für die Landwirtschaft beteiligt. Die Region Hannover stellt jährlich 300.000 Euro für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes in der Agrarlandschaft zur Verfügung.



## PARTNER UND DIENSTLEISTER

**Gemeinsam für Biodiversität mit der Landwirtschaft in der Region Hannover. v.l.n.r.: Anton Sartisoehn und Peter Zanini (Stiftung Kulturlandpflege), Landwirt Hans-Heinrich Schnehage, Wolfgang Fiedler (Naturschutzbehörde, Region Hannover), Regionsrätin Christine Karrasch und Volker Hahn (Vorsitzender Landvolk Hannover).**

Gemeinsam mit dem Landvolk hat die Stiftung acht verschiedene Naturschutzmaßnahmen für die Landwirtschaft entwickelt und bietet diese den landwirtschaftlichen Betrieben an. Insgesamt 150 Betriebe setzten im Anbaujahr 2021 auf ca. 260 ha Folgendes um:

- Blühstreifen, Selbstbegrünungsbrachen, Feldvogelinseln und Erbsenfenster wurden in Ackerschlägen angelegt,
- in Weizenfeldern wurden Stoppelbrachen und Getreidestreifen für das Rebhuhn und den Feldhamster liegengelassen,
- Grünlandbetriebe lassen Altgrasstreifen für die Wiesenbrüter stehen.

Die Stiftung Kulturlandpflege entwickelt und evaluiert die Maßnahmen innerhalb des Programms und führt auf den Vertragsflächen Umsetzungs- und Wirkungskontrollen durch. Die große Akzeptanz des Förderprogrammes resultiert zu einem großen Teil aus der unbürokratischen Abwicklung der Verträge. Im nächsten Jahr werden auf drei Betrieben in der Calenberger Börde sogenannte Insektenwälle aus Mitteln der Sparkasse Hannover angelegt, die bei gutem Erfolg später auch im Rahmen des Biodiversitätsprogramms angeboten werden können.

## FABIAN-Projekt vernetzt Biotope

Zu ihrem 30-jährigen Bestehen fördert die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung ein Projekt, das die Stiftung Kulturlandpflege in Niedersachsen initiiert hat, um die Artenvielfalt und die Biotopvernetzung in der Agrarlandschaft voran zu bringen. Die Niedersächsische Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast ist Schirmherrin des Vorhabens. Das Projekt „Förderung der Artenvielfalt und der Biotopvernetzung in der Agrarlandschaft Niedersachsens“ oder kurz „FABIAN“ wird von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung für einen Zeitraum von drei Jahren mit einem Betrag von insgesamt 479.000 Euro unterstützt.

Das Projekt wird in drei naturräumlich unterschiedlichen niedersächsischen Regionen durchgeführt und soll dazu beitragen, die Biodiversität in der Agrarlandschaft in Kooperation mit den regionalen landwirtschaftlichen Betrieben und deren Organi-

sationen zu verbessern. In den Landkreisen Goslar, Vechta und im Altkreis Wesermünde hat die Stiftung gemeinsam mit dem jeweiligen Kreislandvolkverband Landwirte angesprochen und ihnen Bausteine zum Vertragsnaturschutz angeboten. Die Maßnahmen entsprechen weitestgehend denen aus dem Biodiversitätsprogramm mit der Region Hannover.

Insgesamt nehmen mehr als 80 Betriebe an dem Projekt teil. Die Unterstützung des Projektes durch die jeweiligen Kreislandvolkverbände vor Ort ist an dieser Stelle verbunden mit einem herzlichen Dank ausdrücklich hervorzuheben. Das Projekt läuft offiziell im Jahr 2022 aus. Derzeit engagiert sich die Stiftung bei der Frage, wie die vorbildlichen Maßnahmen in den drei Projektregionen weiter finanziert werden können.

Das Projekt im Landkreis Celle, in dem die Stiftung Kulturlandpflege gemeinsam mit dem Landvolk Landwirten anbietet, mehrjährige Blühstreifen mit hochwertigem, artenreichem Saatgut anzulegen, wird fortgesetzt.

Die Stiftung Kulturlandpflege hat 2021 zum achten Mal in Folge in Kooperation mit der Norddeutschen Landschaftspflege eine praxisorientierten Kurs zur Pflege von Wegeseitenräumen angeboten. Zielgruppe sind Bauhofmitarbeiter, Landwirte, Lohnunternehmer und Personen, die aus beruflichen oder anderen Gründen eine qualifizierte Ausbildung in praktischer Landschaftspflege erlangen wollen.

Die Stiftung Kulturlandpflege erarbeitet gemeinsam mit der Firma Ge-Komm Konzepte zur Pflege der Wegränder im kommunalen Eigentum. Hierzu wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Vegetation an den Wegrändern in den Gemeinden Glandorf und Bad Laer im Landkreis Osnabrück vorgenommen. Die Ergebnisse fließen in ein Wegerandstreifenkonzept ein.

## Wegränder mit hohem Potenzial

Um der qualitativen und quantitativen Aufwertung von Wegrändern vor Ort mehr Aufmerksamkeit zu verleihen, haben das Landvolk Niedersachsen und die Stiftung Kulturlandpflege eine Wegerand-Initiative ins Leben gerufen. Mit einem gemeinsamen Flyer, der in allen Landvolk-Geschäftsstellen ausliegt, wird auf das hohe Naturpotential von Wegrändern aufmerksam gemacht. Konkrete Tipps zur Optimierung der Gestaltung und Pflegemaßnahmen an Wegrändern finden sich bereits auf unserer Homepage: [www.stiftungkulturlandpflege.de](http://www.stiftungkulturlandpflege.de)

## Naturschutz mit der Landwirtschaft

Produktionsintegrierte Naturschutzmaßnahmen der Stiftung Kulturlandpflege Niedersachsen (Auszug)

Projekt	Anzahl der Betriebe 2020	Gesamtfläche (ha)
Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen seit 1999 (meist eigene Flächen überwiegend Grünland)	33	240
Cargill Projekt seit 2014	16	28
F.R.A.N.Z-Projekt seit 2017	1	25
Biodiversitätsprogramm in der Region Hannover seit 2018	150	280
FABIAN-Projekt in Goslar, Vechta und Wesermünde seit 2019	84	164
Blühflächen im Landkreis Celle seit 2020	13	25
Gesamt (aktuelle Zahlen in 2020)	297	762

**Christian Scherb nimmt am Projekt FABIAN teil und fördert damit die Artenvielfalt und die Biotopvernetzung in der Agrarlandschaft.**



# ZWISCHEN GESELLSCHAFT, POLITIK UND MARKT

Schlechte Zuckerpreise und anhaltende Wettbewerbsverzerrungen prägten das zurückliegende Verbandsjahr 2020/21 des Dachverbandes Norddeutscher Zuckerrübenanbauer. Hinzu kamen Einschränkungen durch die Corona-Krise.



**Dr. Heinrich-Hubertus Helmke**  
Geschäftsführung DNZ

Der neue Vorstand des Dachverbandes Norddeutscher Zuckerrübenanbauer: **Dr. Ulf Wegner, Michael Pahlow, Thomas Seeger, Eckhard Hinrichs, Heinrich Otte, Hans-Heinrich Philipps, Ralf Tegtmeier, Jan-Wilhelm Strampe, Niels Kynast, Eckhard Clausen, Joachim Engelke, Dr. Heinrich-Hubertus Helmke** [(v. l.) nicht auf dem Foto: Thies Holtmeier].

**D**och es gibt auch Lichtblicke: Die Ende Januar beendete Zuckerrübenkampagne ist gut gelaufen und die Verkaufserlöse für Zucker lassen auf bessere Rübenpreise hoffen. Gute Aussichten also für den neu gewählten DNZ-Verbandsvorsitzenden Eckhard Hinrichs. Doch die politischen Herausforderungen nehmen weiter zu.

## Neue Verbandsführung

Nach neunjähriger Amtszeit war der bisherige Vorsitzende Helmut Bleckwenn aus Garmissen bei Hildesheim nicht

wieder angetreten. Zu seinem Nachfolger wurde einstimmig sein Stellvertreter Eckhard Hinrichs gewählt. Hinrichs ist Landwirt in Wieren im Landkreis Uelzen und bewirtschaftet dort einen Hof mit Zuckerrüben, Kartoffeln, Getreide und Junghennenaufzucht. „Ich freue mich, die Verbandsarbeit im DNZ weiterzuführen.“, so Hinrichs nach seiner Wahl. „Die Herausforderungen im Rübenanbau werden größer, daher ist ein starker Verband mehr denn je gefragt.“

Er dankte seinem Vorgänger Helmut Bleckwenn für sein jahrelanges Engagement in zuckerpolitisch schwierigen Zeiten. Unterstützung erhält Hinrichs von dem ebenfalls neu gewählten stellvertretenden Vorsitzenden Ralf Tegtmeier. Tegtmeier kommt aus Hary im Landkreis Hildesheim und bewirtschaftet dort einen klassischen Ackerbaubetrieb. Neu in den DNZ-Vorstand wurde ferner Niels Kynast aus Schwüblingsen (Region Hannover) gewählt.

## Wettbewerbsverzerrungen

Auf der agrarpolitischen Ebene ist der Verband vorrangig mit den politisch verursachten Wettbewerbsverzerrungen im gemeinsamen EU-Binnenmarkt beschäftigt. Ungleiche Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel und das Festhalten vieler EU-Mitgliedstaaten an gekoppelten Beihilfen für den Rübenanbau verhindern weiter einen fairen Wettbewerb. Neue Züchtungstechnologien können bei der Umsetzung der ehrgeizigen Umwelt- und Klimaziele im Rübenanbau helfen, benötigen aber eine gesetzliche Grundlage. Große Herausforderungen stecken im von der EU-Kommission propagierten Green Deal.

Bereits 2013 haben sich die europäischen Rübenanbauer, die Zuckerindustrie und die Gewerkschaften im Lebensmittel- und Landwirtschaftssektor zur EU Beet Sugar Sustainability Part-



Die niedersächsischen Rübenerzeuger haben in der Kampagne 2021 gut 14 Tonnen Zucker je Hektar geerntet. Im Vorjahr lag der Ertrag rund 0,5 Tonnen niedriger.

nership (BSSP) zusammengeschlossen, um für nachhaltigen Zucker aus Rüben zu werben. Die Initiative hebt die hohen Standards bei den landwirtschaftlichen, industriellen, sozialen und ökologischen Verfahrenspraktiken im Zuckersektor hervor. Im Fokus stehen dabei sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette.

Die europäischen Rüben- und Zuckerverbände unterstützen darüber hinaus die Plattform Agriculture&Progress. Diese setzt sich für eine gesetzliche Novellierung der modernen Züchtungsmethoden ein, die bisher laut EU-Rechtsprechung noch als Gentechnik eingestuft werden. Erste Fortschritte zeichnen sich bereits ab, nachdem ein von der EU-Kommission initiiertes Gutachten die rechtliche Neubewertung empfohlen hat. Für den technischen Fortschritt im Rübenanbau ist die Pflanzenzüchtung eine Schlüsseltechnologie. Neue Sorten mit Toleranzen und Resistenzen gegen Krankheiten und Schädlinge können so zu einer nennenswerten Einsparung von chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen beitragen.

Reformbedarf sieht der DNZ auch für die Gestaltung der künftigen Rübenanbauverträge. Die Vertragsregelungen mit der Nordzucker AG sollten fortan verschlankt und die Planungssicherheit

verbessert werden. Vereinfachungen erwarteten viele Verbandsmitglieder auch beim Zeichnungsverfahren und bei der Rübenabrechnung.

## Erfreuliche Marktentwicklung

Optimismus gibt es auch für die Vermarktung. Sowohl auf dem Welt- als auch auf dem EU-Binnenmarkt zeichneten sich zur Kampagne 2021 positive Preistendenzen für Zucker ab. Diese werden sich im laufenden Zuckerwirtschaftsjahr auch in höheren Rübenpreisen widerspiegeln. Sehr zufriedenstellend läuft derzeit auch der Markt für Bioethanol. Neben der klassischen Verwendung als regenerativer Treibstoff konnte dieses während der Corona-Krise auch als Desinfektionsmittel abgesetzt werden. Mit dem Anstieg der Getreidepreise sind ferner Rübenschrot und Melasse als Nebenprodukte der Rübenverarbeitung zunehmend gefragt und werden damit für die aktuelle Ernte auch preislich besser bewertet. Für Niedersachsen erwartet der DNZ einen Rübenertrag von circa 80 Tonnen je Hektar bei einem Zuckergehalt von etwa 17,8 Prozent. Mit einer Anbaufläche von rund 100.000 Hektar werden somit in den vier niedersächsischen Fabriken etwa 1,25 Millionen Tonnen Weißzucker erzeugt.



„Die Herausforderungen im Rübenanbau werden größer, daher ist ein starker Verband mehr denn je gefragt.“

**Eckhard Hinrichs,**

Vorsitzender Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer



# UNTERSTÜTZUNG BEIM WEGEBAU FEHLT

Themen wie eine zukünftige Wegebauförderung, unbefugtes Befahren und Absperrungen der Wege, Abstandsregelungen, Naturschutz und vieles mehr fordert die Realverbände zunehmend.



**Sarah Sonnabend,**  
Geschäftsführung  
Vereinigung  
niedersächsischer  
Realverbände

Die vom Landvolk Niedersachsen mit der Stiftung Kulturlandpflege ins Leben gerufene Wegrand-Initiative war in diesem Jahr das Thema der Mitgliederversammlung der Vereinigung niedersächsischer Realverbände e.V.. Sie zielt darauf ab, die Naturschutzqualität der Seitenränder von Wirtschaftswegen nachhaltig zu sichern und zu verbessern. Zudem wurde den Mitgliedern der neue Internetauftritt <https://realverbaende-nds.de> vorgestellt.

## Realverbände sind gefordert

Gemäß § 23 Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) darf jeder Mensch die freie Landschaft betreten und sich dort erholen. Dies führte gerade in den vergangenen Jahren zu einer vermehrten Nutzung der Wege durch Fußgänger und Radfahrer, was unter anderem das Haftungsrisiko der Realverbände erhöht, da sie die Verkehrssicherungspflicht auf den in ihrem Eigentum stehenden Wegen tragen. Dies macht es um so wichtiger, sich genau zu informieren, wie der Realverband und das die Aufgaben übernehmende Ehrenamt abgesichert werden sollte.

Themen wie eine zukünftige Wegebauförderung, unbefugtes Befahren der Wege, Absperrungen von Wegen, Abstandsregelungen, gegenseitige Rücksichtnahme, Naturschutz und vieles mehr wird die Realverbände auch in Zukunft zunehmend fordern. Die vom Land Niedersachsen ausgeschlossene Wegebauförderung war als wichtiges Unterstützungssignal von den ausschließlich in Niedersachsen existierenden Realverbände erwartet worden, da sie als Kör-



Viele Feldwege laden auch Erholungssuchende zu Spaziergängen oder Fahrradtouren ein.

**„Unsere Realverbände nutzen neben der Erschließung unserer Felder der Bevölkerung als Erholungsorte. Umso weniger ist zu verstehen, dass Niedersachsen den Wirtschaftswegebau nicht mehr fördern wird.“**

**Ulrich Lohr,**  
Vorsitzender  
Vereinigung der  
Realverbände

perschaften des öffentlichen Rechts die Erhaltung der Wege in großen Teilen Niedersachsens übernehmen.

## Angebote der Vereinigung

Die Rechte und Pflichten der Realverbände auf den in ihrem Eigentum stehenden Wegen und die Handhabung von selbstständigen Verbandsanteilen waren die Themen der beiden Seminare. Auch in Zukunft sollen Seminare stattfinden. Außerdem freuen wir uns, unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten zu können, eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung in Verbindung mit einer D & O-Versicherung für 25 € im Jahr über uns abschließen zu können, mit welchen der Realverband die das Ehrenamt übernehmenden Personen absichern kann.

Der Niedersächsische Landtag hat vorübergehend das Realverbandsgesetz um den § 57 a NRealVG ergänzt, der es den Realverbänden ermöglicht, unter bestimmten Voraussetzungen, ohne Zusammenkunft Beschlüsse zu fassen. Das Umlaufverfahren nach § 57a NRealVG ist somit bis Ende 2022 möglich.



Die Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Barbara Otte-Kinast, eröffnete die Apfelsaison gemeinsam mit der Altländer Blütenkönigin Marina Tajger (3. und 2. von rechts).

# INFORMATIONEN VON „ECHTEN“ OBSTBAUERN

Mehr als 1.000 Obstbauern in 100 Städten haben sich in ganz Deutschland an der erfolgreichen Apfelverteilkaktion beteiligt.



**Kristine Anschutz**  
Geschäftsführung  
Landesfachgruppe  
Obstbau

Die Obstbäuerinnen und Obstbauern suchten am 4. September das Gespräch mit Verbraucherinnen und Verbrauchern. Es fand deutschlandweit die Apfelverteilkaktion unter dem Motto „Regional = Klimaneutral?“ statt – mit dem Ziel, die Kunden über die Vorzüge des regionalen Obstbaus zu informieren. Denn wer Äpfel aus regionalem Anbau kauft, erwirbt nicht nur schmackhafte Früchte von höchster Qualität, sondern er leistet damit auch ganz nebenbei einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Äpfel von der Niederelbe werden mit viel Handarbeit von Familienbetrieben aus der Region nachhaltig erzeugt. Die Obstanlagen sind wichtige Biotope für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten, darunter sind sogar viele gefährdete Ar-

**„Die geplante Mindestlohn-erhöhung und extreme Kostensteigerungen unserer Produktionsmittel stellen den Obstbau vor größte Herausforderungen. Deutschland ohne heimisches Obst wäre eine Katastrophe!“**

**Claus Schliecker,**  
Vorsitzender der  
Fachgruppe Obst-  
bau im Landvolk  
Niedersachsen

ten. Die Obstbauern an der Niederelbe fördern diese biologische Vielfalt durch ganz verschiedene Maßnahmen. Damit tragen sie aktiv zum Erhalt und zur Entwicklung von Biodiversität in unserer Umwelt bei. Sie bieten insbesondere den wilden Bienenarten und anderen Insekten sowie zahlreichen Vögeln und Kleinsäugern wertvolle Nahrung und Lebensraum. Wer Obst aus heimischem Anbau kauft, leistet somit also auch einen aktiven Beitrag zur Förderung der biologischen Vielfalt!

## Grüne Westen und volle Körbe

Mehr als 120 Obstbauern, Obstbäuerinnen und Engagierte haben sich über die Fachgruppe Obstbau im Landvolk Niedersachsen beteiligt. Sie waren in vielen Zentren, Fußgängerzonen und auf Wochenmärkten mit grünen Westen und Körben voller frisch gepflückter Äpfel unterwegs. Dort haben sie den Passanten eine Info-Postkarte und einen heimischen Apfel geschenkt. Für die Botschaften der Obstbauern hatten die Verbraucher ein offenes Ohr. Vor allem gegenüber dem Kauf regionaler Produkte waren sie sehr aufgeschlossen. Es ergaben sich interessante Gespräche, die Verbraucher stellten Fragen und waren dankbar für die Informationen aus erster Hand von „echten“ Obstbauern.

Mehr als 1.000 Obstbauern in 100 Städten haben sich in ganz Deutschland an der erfolgreichen Apfelverteilkaktion beteiligt. Dies macht Lust auf eine Wiederholung der Aktion. Weitere Informationen: [www.regional-klimaneutral.info](http://www.regional-klimaneutral.info)

## Stabwechsel im Vorsitz

Die Fachgruppe Obstbau im Landvolk Niedersachsen traf sich im Anschluss an die Apfelsaisonöffnung, um Ulrich Buchterkirch nach neun Jahren erfolgreicher verbandspolitischer Arbeit als Vertretung der niedersächsischen Obstbauern zu verabschieden und seinen Nachfolger Claus Schliecker ins Amt zu wählen. Der 52-jährige Obstbauer Claus Schliecker aus Guderhandviertel im Alten Land hat sich zum Ziel gesetzt, die berufsständische Arbeit noch mehr in die Breite zu bringen. Außerdem will er die Gespräche für ein Gebietskonzept Vermarktung wiederaufnehmen und die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit für den regionalen Obstbau weiterführen.

# STAFFELÜBERGABE ERFOLGREICH

Der Wechsel in der Verbandsspitze war eines der bedeutendsten Ereignisse des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen im Jahr 2021.



**Petra Sorgenfrei,**  
Geschäftsführung  
Waldbesitzerverband  
Niedersachsen

**A**uf der Mitgliederversammlung am 30. September in der Galerie der Herrenhäuser Gärten wurde Norbert Leben als langjähriger Präsident des Waldbesitzerverbandes würdig verabschiedet und einstimmig zum Ehrenpräsidenten ernannt. In den mehr als 22 Jahren an der Verbandsspitze ist es ihm in seiner unvergleichlichen Art gelungen, die Interessen der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Niedersachsen in zahlreichen Gremien zu

**„Der Wald sichert unsere Zukunft! Die Honorierung der Ökosystemleistungen muss schnell und unbürokratisch kommen!“**

**Philip Frhr. von Oldershausen,**

Präsident  
Waldbesitzer-  
verband  
Niedersachsen

vertreten und an entscheidenden Stellen in forstpolitischen Entwicklungen mitzuwirken.

## Starke Anlaufstelle

Als Norbert Leben 1999 den Vorsitz des Hannover'schen Forstverbandes übernahm, gab es in Niedersachsen noch drei Interessenvertretungen für den Privatwald. Mit dem damaligen Präsidenten des Waldbesitzerverbandes Weser-Ems, Georg Schirmbeck, hat er erreicht diese in einem Verband zu vereinen und den Waldbesitzern eine zentrale starke Anlaufstelle zu bieten. Dabei hat er stets das Ziel einer geschlossenen Interessenvertretung verfolgt.

Die Galerie der Herrenhäuser Gärten bot ein festliches Ambiente, um die Leistungen Norbert Lebens zu würdigen. Dies taten auch die Grußredner:

Ministerpräsident Stephan Weil betonte die stets gute Zusammenarbeit und Hartnäckigkeit, die Norbert Leben an den Tag legte, ohne dabei den Blick für das große Ganze zu vergessen. Auch Philipp Freiherr zu Guttenberg (ehemaliger Präsident der AGDW-Die Waldeigentümer) und Hans-Georg von der Marwitz (aktueller AGDW-Präsident), deren Vize-Präsident Norbert Leben für viele Jahre bei der AGDW war, legten in ihren Reden dar, wie sehr sie von den Erfahrungen ihres Vize-Präsidenten profitierten.

Georg Schirmbeck (Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates – DFWR) betonte, dass es bei der Arbeit von der Basis im Land bis zur EU-Ebene erfahrene Leute wie Norbert Leben braucht, um die Interessen angemessen zu vertreten.

Norbert Leben dankte für das jahrelange Vertrauen in seine Arbeit und die stets gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand, der Geschäftsführung in den zurückliegenden Jahren und der jetzigen Geschäftsführerin Petra Sorgenfrei. Insbesondere dankte er aber auch seiner Ehefrau Elke, die ihm in den vielen Jahren den Rücken freigehalten hat und ohne die es nicht möglich gewe-



## Personalien

- Seit 1. November 2021 hat die Geschäftsführerin des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen, Petra Sorgenfrei, Unterstützung durch Martin Wissenberg (li.) als stellvertretenden Geschäftsführer erhalten.
- Zuvor war Wissenberg für das vom Bundeslandwirtschaftsministerium geförderte Projekt „Klimanutzwälder für Niedersachsen“ tätig, das der Verband zusammen mit dem Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen seit August 2020 durchführt.
- Neuer Projektkoordinator für das Projekt ist seit dem 1. November Dr. Clemens Prinz zu Waldeck und Pymont (re.). Er wird die im Projekt entstehende Kampagne organisieren und mit den Projektpartnern durchführen.

sen wäre, die langjährige Arbeit mit der großen Verantwortung zu übernehmen.

## Erfahrene Nachfolger

Die Nachfolge von Norbert Leben trat Philip Freiherr von Oldershausen an, der einstimmig zum neuen Präsidenten des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen e.V. gewählt wurde. Er war seit 2008 Vize-Präsident des Verbandes und führt seit 20 Jahren den land- und forstwirtschaftlichen Familienbetrieb in Oldershausen im Landkreis Northeim. Auch er dankte Norbert Leben sehr für die vielen Jahre seiner intensiven Arbeit, in denen er von den Erfahrungen seines Vorgängers profitierte und viel lernen konnte.

Auf den neuen Präsidenten, die beiden Vize-Präsidenten Friedhelm Frhr. von Landsberg-Velen und Heiner Beermann, sowie den gesamten gewählten Vorstand warten schon viele Aufgaben: Die seitens des Landwirtschaftsministeriums in Planung befindliche Umstellung auf Privatwaldförderung, ein zukunfts-fähiger kleinstrukturierter Privatwald, die Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse und die anstehende Landtagswahl, sind nur einige Themen, die die Waldbesitzer in Niedersachsen bewegen.

**Vorstand des Waldbesitzerverband Niedersachsen:** Johannes Meyer zum Alten Borgloh, Henning Schulze, Dr. Klaus Merker, assoz. Mitglied, Heiner Beermann (Vize-Präsident), Wilfried Stecher, Philip Frhr. von Oldershausen (Präsident), Ulrich Löhr, Jobst-H. Lampe, Constantin von Waldthausen, assoz. Mitglied, Eckhard Thye, Volker Hornbostel, Dorothea Neven-Blumenberg, Thomas Göllner, Ehrenpräsident Norbert Leben. (von li. nach re.) Es fehlen: Friedhelm Frhr. Von Landsberg-Velen (Vize-Präsident), Dr. Markus Hecker, Heinrich von Brockhausen



# DIE STÖRFÄLLE IM LEBEN

Betriebliche und private Versicherungen sichern existenzgefährdende Situationen ab und geben Unternehmen und den tätigen Personen eine gesicherte Zukunft.



**Heino Beewen**

Landvolkdienste GmbH und Landvolkdienste Vorsorge GmbH

Die Innovationskraft der Landwirte ist immer wieder gefragt. Was sich aus den unternehmerischen Ideen alles entwickelt hat, zeigt sich unter anderem in den großen Banken-, Waren- und Molkereigenossenschaften, die alle auf den Gedanken von Friedrich Wilhelm Raiffeisen zurückgehen. Das auch Landwirte Gründungsväter vieler heute noch tätigen Versicherungsunternehmen waren, wird häufig vergessen, zeugt aber von unternehmerischem Weitblick. Schon früh erkannten die Landwirte, dass

der Ertrag und damit der Fortbestand der Betriebe nicht ausschließlich durch Ihr eigenes Zutun gesichert ist. Das, was heute als Risikomanagement bezeichnet wird, wurde damals kurz und knackig zusammengefasst: Einer für alle und alle für einen. Damit wurden die weit verbreiteten Hagelkassen, heute Hagelversicherung, aber auch die in Niedersachsen bekannte Schweinekasse und privaten Feuerversicherungen gegründet. Auch hier zeigt sich der frühe genossenschaftliche Ansatz der Landwirte.

## Hadern mit den Beiträgen

Wie heute, haderte auch in früher Zeit der eine oder andere mit seinen Beiträgen für eine Versicherung. Das Ergebnis dieser Überlegungen hat Wilhelm Busch prägnant in seinem nebenstehenden Gedicht „Peinlich berührt“ zusammengefasst und es trifft noch heute zu.

Für Landwirte stellt das Feuer seit je her ein großes Risiko dar.



Was hat sich bis heute geändert und warum ist eine qualifizierte Versicherungsberatung heute wichtiger denn je?

Die Hamburger Feuerkasse, gegründet 1676 und damit das älteste Versicherungsunternehmen der Welt, ist Ursprung der Versicherungen in Deutschland, somit gibt es bei uns seit 345 Jahren Versicherungen.

Für Landwirte stellt das Feuer seit je her ein großes Risiko dar. Trotzdem wurde die Ernte in vielen Regionen zuerst versichert, was dem nackten Überlebenskampf geschuldet war. Das Essen stand in der Wertschätzung bei der gesamten Bevölkerung ganz oben. Kein Wunder, wenn man an die damaligen Hungerskatastrophen denkt.

Während sich bei den Versicherungsprodukten und insbesondere den Versicherungsbedingungen viel verändert hat, ist die landwirtschaftliche Produktion nach wie vor den vorrangigen Gefahren aus Unwettern und Feuer ausgesetzt. Der Schutz der Tierbestände gegen Seuchen und Krankheiten spielt aber ebenso eine wichtige Rolle. Die Wertschätzung der Unternehmerischen Fähigkeiten des Landwirts spiegeln sich heute in Personenversicherungen wider. Mit zunehmender Reglementierung der Landwirte erlangen Gefahren aus dem Haftungsumfeld aber auch Rechtsrisiken, bei Verstoß gegen Gesetze und Verordnungen, eine steigende Bedeutung. Somit wandeln sich nicht nur die Versicherungsprodukte, sondern vielmehr die Gefahren, die auf den Betrieb zukommen können und deren Einschätzung durch den Unternehmer.

Die Beratungsleistung qualifizierter Versicherungsberater stellt somit nicht nur darauf ab, sich mit den Versicherungsprodukten auszukennen. Viel wichtiger ist es, sich mit den veränderten Rahmenbedingungen der Betriebe zu beschäftigen, um daraus, gemeinsam mit dem Betriebsleiter, das Risikopotential des Unternehmens zu bewerten.

## Großes Netzwerk

In einem großen Netzwerk mit den Kollegen und Kolleginnen aus den Kreisverbänden, dem Landesbauernverband und einer Vielzahl von Kooperationspartnern, finden die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Landvolkdienste GmbH und der Landvolkdienste Vorsorge GmbH umfangreiches Fachwissen, welches in die Beratungsgespräche mit den Mandanten einfließt. Wir nutzen aber auch dieses Knowhow, um uns in den Gesprächen mit

den Versicherungsunternehmen an deren Produktentwicklung zu beteiligen. Eine Vielzahl von Sonderregelungen, bis hin zu Sonderprodukten, die ausschließlich den Verbandsmitglieder zugutekommen, sind somit auch Ergebnis unserer Arbeit.

Unser gerade fertiggestelltes Rechtsschutz-Sonderkonzept ist sicherlich das aktuelle Beispiel. Gemeinsam mit unserem Risikoträger wurde der Bereich Umweltrecht überarbeitet. Mit dem Bereich Fördermittelrecht ist die dringende Abkehr vom Cross-Compliance Bereich gelungen, denn zunehmend kommen Zahlungen an die Betriebe aus anderen Töpfen. Neben vielem mehr, gibt es auch Schutz bei Baumaßnahmen, ein lang ersehnter Wunsch unserer Mandanten.

Mit unserer Ernteversicherung können wir umfangreichen Schutz vor Gefahren aus dem Klimawandel anbieten. Zunehmende Wetterextreme werden die Risikoeinschätzung auch bei den Landwirten verändern. Die Gefahr durch kleinräumig auftretenden Hagel, wird möglicherweise durch die Folgen großräumiger Trockenheit überlagert. Aber auch die Gefahr von Spätfrösten wird sich durch die Verlängerung, i.d.R. früherer Vegetationsbeginn, der Vegetationszeit neu ausprägen.

## Arbeitskraft absichern

Neben diesen Beispielen aus dem Bereich der Betrieblichen Versicherungen, soll aber das besondere Knowhow der Landvolkdienste Vorsorge hervorgehoben werden. Wie schon Anfangs beschrieben, ist die Arbeitskraft ein wesentlicher Baustein des wirtschaftlichen Erfolges der Betriebe. Wie schnell dieser wertvollste Bereich in der Wertschöpfung des Betriebes zum Erliegen kommen kann, haben 1,5 Jahre COVID-19 gezeigt. Den Facettenreichtum einer heutige Arbeitskraftabsicherung, lässt sich nur im Beratungsgespräch darstellen. Wie individuell es aber auch sein muss, zeigen die Gespräche. Die mitarbeitenden Familienangehörigen werden zunehmend weniger. Ersatz beim Ausfall des Betriebsleiters lässt sich immer schwieriger beschaffen und die Ursachen für den Ausfall des Betriebsleiters nehmen kontinuierlich zu. Alles wichtige Gründe, um möglichst früh mit einer konzeptionellen Arbeitskraftabsicherung zu beginnen. Das sind nun einige von vielen Gründen, sich mit den Beratern und Beraterinnen der Landvolkdienste zusammenzusetzen. Nutzen Sie das Knowhow des Unternehmens und werden Sie Teilhaber von Sonderverträgen.

**Im Dorfe wohnt ein Vetter, der gut versichert war vor Brand und Hagelwetter nun schon im zehnten Jahr. Doch nie seit dazumalen ist ein Malheur passiert, und so für nichts zu zahlen, hat peinlich ihn berührt. Jetzt, denkt er, überlasse dem Glück ich Feld und Haus. Ich pfeife auf die Kasse.**

**Und schleunig trat er aus. O weh, nach wenig Tagen, da hieß es: »Zapperment! Der Weizen ist zerschlagen und Haus und Scheune brennt.« Ein Narr hat Glück in Masse, wer klug, hat selten Schwein. Und schleunigst in die Kasse trat er halt wieder ein.**

Wilhelm Busch

# ENERGIEWENDE BERÜHRT LANDWIRTSCHAFT VIELFÄLTIG

Der LEE vernetzt sich als Lobbyverband mit Politik und Wirtschaft, um die Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien zu verbessern.



**Silke Weyberg,**  
LEE-Geschäftsführung

**„Landwirtschaft und Erneuerbare Energien sind aufeinander angewiesen. Wir müssen schauen, wie wir uns gegenseitig ergänzen können. Zum Beispiel beim Thema Standort-erhaltendes Repowering, denn hier kann die Windenergie eine wichtige Ergänzung zum Betriebseinkommen bilden. Auch beim Thema Agri-PV kann eine doppelte Nutzung der Fläche attraktiv sein.“**

**Bärbel Heidebrock,**  
LEE-Vorsitzende

**D**er Landesverband Erneuerbare Energien sprach im vergangenen Jahr permanent mit Entscheidern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der Vorstand und die Geschäftsstelle erarbeiteten zahlreiche Positionen zu energiepolitischen Themen. Dies geschah in enger Abstimmung mit den Fachverbänden auf Bundes- und auf Landesebene, insbesondere dem Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband. Das abgelaufene Jahr hat aufgezeigt, dass die Energiewende die Interessen der Landwirtschaft in vielfältiger Weise berührt.

## Aufregung zu Jahresbeginn

So erreichte den LEE Anfang des Jahres die Nachricht, dass der Nachgärer nicht mehr als Lagerraum anerkannt werden sollte. Der Verband wandte sich umgehend an die Hausspitze des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums und die Agrarpolitiker der CDU, Marco Mohrmann und Helmut Dammann-Tamke. Dank der Zusammenarbeit im Biogasforum und der politischen Unterstützung konnte sich durch einen intensiven Dialog auf die Fortführung der bisherigen Vorgehensweise verständigt werden. Zudem fanden Gespräche mit dem Landwirtschaftsministerium zur Problematik der Lieferverträge, der Güllevergärung und des Verwertungskonzeptes statt. Es wurde deutlich, dass pragmatische Regelungen zwingend erforderlich sind, wenn eine stärkere Güllevergärung angereizt werden soll. In besonderem Maß beschäftigt die Landwirtschaft mittlerweile das Thema

Freiflächen-Photovoltaik, das im vergangenen Jahr enorm an Bedeutung gewonnen hat. Die niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, den PV-Ausbau voranzutreiben. Doch aus Sicht des LEE zeichnet sich heute schon eine Flächenkonkurrenz zwischen Landwirtschaft und Erneuerbaren ab. Zahlreiche Projektierer zahlen den Landwirten ein Mehrfaches an Pacht, deutlich mehr, als diese jemals an Ertrag pro Hektar erwirtschaften könnten. Diese Entwicklung beobachtet der LEE aufmerksam und unterstützt Projektierer bei der Suche nach einem geeigneten PV-Standort, ohne die landwirtschaftlichen Bedürfnisse zu vernachlässigen.

## Moore bieten Chancen

Auch auf einem anderen Feld trafen Landwirtschaft und Erneuerbare Energien aufeinander: Bei der landwirtschaftlichen Nutzung von Mooren. Die Ende vergangenen Jahres unterzeichnete Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz zielt auf die Wiedervernässung der trockenen Moorböden ab. Der LEE unterstützt diesen Ansatz, weil Moore eine große CO<sub>2</sub>-Senke darstellen, sucht aber auch nach Perspektiven für Landwirte, die Moorböden agrarwirtschaftlich nutzen. Eine wirtschaftliche Alternative zur landwirtschaftlichen Bodennutzung könnte die Installation von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf wiedervernässenden Böden sein. Der LEE begleitet diesen Prozess aktiv.

Ein besonderes Problem des Ende 2019 novellierten EEGs stellte die unterschiedliche Behandlung von Anlagen aus dem Norden und dem Süden dar. Für niedersächsische Anlagenbetreiber ist die Südquote in Verbindung mit der endogenen Mengensteuerung ein Problem bei der Angebotsabgabe, da es nahezu unmöglich ist, sich chancenreich im Bereich des Gebotshöchstwertes an Ausschreibungen zu beteiligen.



## Eckpfeiler der Energiewende

Einen besonderen Schwerpunkt legte der LEE im abgelaufenen Jahr auf die THG-Minderung im Verkehrssektor, denn Biogas bzw. Biomethan bietet eine sinnvolle Alternative zu herkömmlichen, fossilen Kraftstoffen. Im Rahmen verschiedener Onlineveranstaltungen informierte der LEE Anlagenbetreiber über mögliche Geschäftsmodelle, insbesondere bei der Nachnutzung von Altanlagen.

Der LEE nutzt die Aktionswoche Artenvielfalt, um mit einer Pressekonferenz auf die schwierige Situation vieler Anlagenbetreiber aufmerksam zu machen. Ziel war, die Öffentlichkeit über die Vorteile von Wildpflanzenwiesen für den Artenschutz zu informieren, gleichzeitig aber auch auf die Krise der Biogasbranche aufmerksam zu machen.

Einen weiteren Hemmschuh stellte die Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes, zu dem sich der LEE gemeinsam mit dem Fachverband Biogas einbrachte. Auch das Thema Einspeisemanagement ging der LEE offensiv an – im Rahmen mehrerer Onlineveranstaltungen wurde in Zusammenarbeit mit regionalen Netzbetreibern versucht, einen Konsens zu erzielen. Als problematisch zeichnete sich ab, dass genau wie im Einspeisemanagement die Wärmelieferung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Gemeinsam mit dem Fachverband Biogas machte sich der LEE mit Blick auf die Novellierung der AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen): dafür stark, dass für externe Gärrestlagerung und Wirtschaftdüngerlager gleiche Anforderungen gelten.

## Repowering hilft Landwirten

Im Windbereich stand unter anderem das Thema „Standorterhaltendes Repowering“ im Mittelpunkt. Ziel der politischen Gespräche, akzeptierte Standorte durch vereinfachte Verfahren zu repowern. Dies hat insbesondere im Nordwesten eine agrarstrukturelle Bedeutung, da die Windeinnahmen in vielen Fällen eine wichtige Ergänzung des landwirtschaftlichen Betriebseinkommens sind. Um Politik und Öffentlichkeit für die Belange der Erneuerbaren Branche zu sensibilisieren, führte der Verband das Format Branchentag mobil ein, um mit politischen Akteuren ins Gespräch zu kommen. Mit zahlreichen Branchenvertretern diskutierte der LEE über die Zukunft und über die Frage, wie die Ausbaupfade umgesetzt werden können.



# WO GEHT DIE REISE HIN?

Mit der Landjugend auf Fahrt ins Blaue



**Till Reichenbach,**  
Geschäftsführer  
Niedersächsische  
Landjugend

**W**ie das vergangene Jahr hielt auch 2021 viele Auf- und Abs für uns bereit und bescherte uns eine aufregende Berg- und Talfahrt. Nachdem einige Großprojekte wie der Bundesentscheid des Berufswettbewerbs oder der Sommer-Landjugendtag aufgrund der anhaltenden Pandemie abgesagt werden mussten, freuten sich die Landjugendlichen umso mehr, dass vor allem Richtung Sommer hin wieder einiges an Veranstaltungen und Präsenztreffen möglich war.

**Die Jahresaktion hat viele neue Partnerlandjugenden und Freundschaften in Flotwedel und Kirchwalsede und darüberhinaus in ganz Niedersachsen hervorgebracht.**

Die diesjährige Jahresaktion unter dem Motto „Fahrt ins Blaue – Euer Ortsgruppen-Blind-Date“ erwies sich als perfekt geeignet, um die Landjugendgruppen aus ihrer Corona bedingten Zwangspause zu holen. Zu Jahresbeginn konnten sich die Ortsgruppen für die Aktion anmelden. Wahnsinnige 38 Anmeldungen sind daraufhin eingegangen. Das hat uns vor eine ganz schön große Herausforderung gestellt. Mit einem ausgeklügelten Plan haben wir dann für jede Ortsgruppe das passende Match gefunden und die Gruppen waren voller Vorfreude, auf wen sie wohl treffen würden. Am Tag ihres Blind-Dates machte sich die Gastgruppe mit einem Bus oder in Fahrgemeinschaften auf den Weg zu ihrer noch unbekanntem Partnerlandjugend.

Bei einer Schnitzeljagd, Kanu-, Bolterwagen- oder Fahrradtour, die sich die Gastgebergruppen überlegt haben, wurde gemeinsam der Ort und die Umgebung erkundet. Kleine Wettbewerbe à la Spiele ohne Grenzen sorgten dafür, dass sich die Gruppen durchmischten und die Landjugendlichen sich untereinander besser kennenlernen konnten. Bei einem gemütlich Grillabend, Schnitzel- oder Spanferkelbuffet konnte der Tag dann gemütlich ausklingen. Die Gastgruppen waren überwältigt von der Gastfreundschaft und dem tollen Rahmenprogramm, sodass sie ihre Gastgeber als Dankeschön oftmals direkt zu einem Rücktreffen einluden. Eine gelun-

gene Jahresaktion, die viele neue Partnerlandjugenden und Freundschaften in ganz Niedersachsen hervorgebracht hat.

## „Allns to sien Tiet“-Kalender

In Kooperation mit dem ZEHN (Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen) ist über das Jahr ein Saisonkalender entstanden. Der Slogan „Allns to sien Tiet“ verweist dabei auf zwei Dinge: Zum einen soll der Saisonkalender dabei helfen, bestimmen zu können, welches Obst und Gemüse wann Saison hat – um eben „Alles zu seiner Zeit“ genießen und verarbeiten zu können. Zum anderen geht es aber auch um den regionalen Bezug. Darauf verweist das Plattdeutsch, das einen wichtigen Stellenwert in unserer niedersächsischen Kultur einnimmt. Deswegen wurden vor allem die Saisonzeiten der Obst- und Gemüsesorten ausgewählt, die in Niedersachsen angebaut werden. Den Saisonkalender gibt es zunächst als Plakat und in Tabellenform. Zum ersten Mal offiziell vorgestellt wurde er beim Landeserntedankfest am 3. Oktober in Oldenburg. Im selben Monat startete auch eine Social-Media-Aktion.

Jeden Monat wird seitdem fortlaufend ein Obst oder Gemüse vorgestellt, das zum jeweiligen Zeitpunkt Saison hat. Immer zu Beginn und zur Mitte des Monats erwarten einen dort Fakten, Rezepte, Quizfragen usw. Wer das nicht verpassen möchte, folgt am besten unseren So-

**Kleine Wettbewerbe à la Spiele ohne Grenzen sorgten dafür, dass sich die Gruppen wie Spieka, Neufeld und Heiligenrode durchmischten und die Landjugendlichen sich untereinander besser kennenlernten.**



**„Auch das zweite Jahr der Coronapandemie hat die Landjugend vor große Herausforderungen gestellt. Umso glücklicher können wir sein, dass unter anderem unsere Jahresaktion im Sommer durchgeführt werden konnte. Somit hat es trotz allem viele unvergessliche gemeinsame Erlebnisse gegeben. Landjugend lebt schließlich von, mit und in der Gemeinschaft.“**

**Hendrik Grafelmann,**  
Landes-  
vorsitzender NLJ

cial-Media-Kanälen. Die Saisonkalender können kostenlos bei der Landjugend bestellt werden. Mehr Infos zum Projekt unter [www.nlj.de](http://www.nlj.de) > Agrar > Projekte > Saisonkalender oder unter [www.zehn-niedersachsen.de/saisonkalender](http://www.zehn-niedersachsen.de/saisonkalender).

## Aufgepasst! – nimmt Fahrt auf

Nach den erfolgreichen acht Vorträgen aus dem Jahr 2020, die zum Großteil auf Spotify und YouTube noch erlebt werden können, startete das Projekt Richtung Sommer in die zweite Runde. Unter dem Titel „Aufgepasst!“ werden aktuelle Themen und Fragestellungen aus dem Bereich der „Extremismusprävention“ behandelt. Ziel des Projektes ist es, Aufklärung zu leisten, Ehrenamt sowie Hauptamt zu qualifizieren, zu sensibilisieren und in der präventiven Arbeit dieser Thematik zu unterstützen.

Den Anfang machte am 25. Mai der Ex-Geheimagent, Kriminalist und Bestsellerautor Leo Martin. An weiteren Abendterminen folgten Vorträge zu den Themen Verfassungsschutz, Hass im Netz, Polizei, WM in Katar, Leben in einer Diktatur und RAF. Im Schnitt haben jeweils 30 bis 40 Personen an den Online-Vorträgen teilgenommen. Von Landjugendmitgliedern verschiedener Landjugendlandesverbände über Mitglieder des Landvolks und der Landfrauen bis hin zu Lehrkräften und Mitarbeitenden von Kulturverbänden kamen die Interessierten aus den unterschiedlichsten Bereichen. Für Gänsehautmomente sorgte die hybride Veranstaltung in der Gedenkstätte Lager Sandbostel im Juni, bei der in Zusammenarbeit mit dem Team der Gedenkstätte die beiden Zeitzeugen Johann Dücker und Gerd Meyer in besonderer Atmosphäre von ihren Geschichten berichteten. Mehr Infos zum Projekt unter [www.nlj.de](http://www.nlj.de) > Aktivitäten > Projekte > Aufgepasst!

## Verden, Berlin, Besuch aus Europa

Den Abschluss des Landjugendjahres bildet traditionell die Landesversammlung im Sachsenhain in Verden. In diesem Jahr unter dem Motto „Wo geht die Reise hin?“ haben die Landjugendlichen das Jahr noch einmal Revue passieren lassen. Gleichzeitig haben sie aber auch nach vorne geblickt: Unter anderem auf eine neue Amtsperiode, denn auf der Versammlung wurde ein neuer Landesvorstand und Agrarausschuss gewählt. Die European Rally in Niedersachsen und viele weitere Veranstaltungen bilden die Höhepunkte im Landjugendjahr.



# REFERATE

Wir stellen uns vor

## Geschäftsführung



Hauptgeschäftsführung  
**Helmut Brachtendorf**



Geschäftsführung  
**Hartmut Schleppe**



Sekretariat/Assistenz  
**Kathrin Vespermann**



Assistenz/  
Nebenerwerbsland-  
wirtschaft  
**Heike Bollmann**



Sekretariat/Assistenz  
**Anei Tieke**

## Verbandsorganisation



Verwaltung, Finanzen,  
Personal, Beteiligungen  
**Steffen Stegemann**



Qualitätsmanagement, IT  
**Christian Podlewski**



Datenschutz  
**Maïke Körlin**



Buchhaltung  
Steuern  
**Stefanie Barte-Gocht**



Buchhaltung  
Zahlungsverkehr  
**Sylvia Hoopmann**

## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Presseprecherin  
**Sonja Markgraf**



Pressereferentin  
**Silke Breustedt-Muschalla**



Pressereferentin  
**Wiebke Molsen**



Assistenz/Redaktion  
**Ute Brauckhoff**



Öffentlichkeitsarbeit und  
Verbandskommunikation  
**Sebastian Kuhlmann**



**Landvolk Niedersachsen**  
Landesbauernverband e.V.

## Marktreferate



Assistenz  
**Sylvia Hoopmann**



Milchwirtschaft  
**Nora Lahmann**



Vieh und Fleisch  
**Markus Kappmeyer**



Veterinärwesen  
**Dr. Wiebke Scheer**



Pflanzliche Erzeugnisse/  
Ökolandbau  
**Pia Caren Börner**



Erneuerbare Energien  
**Harald Wedemeyer**

## Agrarpolitik



Assistenz  
**Barbara Heinze**



Assistenz  
**Dorota Plautz**



Struktur- und Förderpolitik  
**Dr. Wilfried Steffens**



Umweltrecht und -politik  
**Hartmut Schleppe**



Umweltrecht und -politik  
**Hendrik Gelsmann-Kaspers**



Jugend und Bildung  
**Christine Kolle**

## Recht



Assistenz  
**Barbara Heinze**



Assistenz  
**Dorota Plautz**



Steuerrecht  
und -politik  
**Cord Kiene**



Landwirtschaftliches  
Erb- und Pachtrecht  
Grundstücksverkehrsrecht  
Leitungsrechte  
**Rüdiger Heuer**  
Syndikusrechtsanwalt



Landwirtschaftliches  
Baurecht kommunale  
Abgaben und Straßenrecht  
Energierrecht; Mediation  
**Harald Wedemeyer**  
Rechtsanwalt



Sozialrecht  
**Sandra Glitza**  
(ab 1. März 22)

**Präsidium des Landvolkes Niedersachsen**



**Dr. Holger Hennies**



**Ulrich Löhr**



**Jörn Ehlers**



**Manfred Tannen**

**Vorstand Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.**

<b>Berges, Hubertus</b>	Kreislandvolkverband Cloppenburg e. V.
<b>Brunkhorst, Elisabeth</b>	Niedersächsischer Landfrauenverband Hannover e.V.
<b>Brunkhorst, Henrik</b>	Junglandwirte Niedersachsen e.V.
<b>Ehlers, Jörn</b>	Kreisverband Rotenburg-Verden e.V.
<b>Göckeritz, Tobias</b>	Kreisverband Mittelweser e.V.
<b>Hartmann, Claus</b>	Landvolk Northeim-Osterode e.V.
<b>Hennies, Dr. Holger</b>	Landvolk Hannover e.V.
<b>Hilse, Werner</b>	Ehrenpräsident
<b>Janhsen, Ina</b>	Landfrauenverband Weser-Ems e.V.
<b>Knabbe, Johann H.</b>	Kreisbauernverband Stade e.V.
<b>Löhr, Ulrich</b>	Landvolk Braunschweiger Land e.V.
<b>Meiners, Georg</b>	Emsländisches Landvolk Landw. Kreisverein Lingen e.V.
<b>Meyer, Karl-Friedrich</b>	Bauernverband Weserbergland e.V.
<b>Niemeyer, Wilhelm</b>	Ehrenpräsident
<b>Noosten, Carl</b>	Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.
<b>Oestmann, Jochen</b>	Kreisverband Lüneburger Heide e.V.
<b>Padeken, Dr. Karsten</b>	Kreislandvolkverband Wesermarsch e.V.
<b>Riggert, Thorsten</b>	Bauernverband Nordostniedersachsen e.V.
<b>Ruschmeyer, Lars</b>	Niedersächsische Landjugend - Landesgemeinschaft e.V.
<b>Schliecker, Claus</b>	Kreisbauernverband Stade e.V. Fachgruppe Obstbau, Gast
<b>Schürbrock, Johannes</b>	Hauptverband des Osnabrücker Landvolkes (HOL) e.V.
<b>Schwetje, Gerhard</b>	Landwirtschaftskammer Niedersachsen
<b>Tannen, Manfred</b>	Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.
<b>Zeidler, Joachim</b>	Kreisverband Gifhorn-Wolfsburg e.V.

**Bezirksarbeitsgemeinschaften im Landvolk Niedersachsen**

**Bezirksarbeitsgemeinschaft Braunschweig-Gifhorn**

Helene-Künne-Allee 5,  
38122 Braunschweig  
Telefon: 0531/287700,  
Fax: 0531/2877020  
Vorsitzender **Ulrich Löhr**  
Geschäftsführer **Steffen Bartels**

**Arbeitsgemeinschaft der Kreislandvolkverbände im Bezirk Hannover**

Hauptstraße 36-38, 28857 Syke  
Telefon: 04242/5950, Fax: 04242/59580  
Vorsitzender **Tobias Göckeritz**  
Geschäftsführer **Olaf Miermeister**

**Arbeitsgemeinschaft der Kreislandvolkverbände im Bezirk Hildesheim**

Altendorfer Tor 13, 37574 Einbeck  
Telefon: 05561/92590-0  
Fax: 05561/92590-29  
Vorsitzender **Karl-Friedrich Meyer**  
Geschäftsführer **Gerhard Rudolph**

**Arbeitsgemeinschaft der Kreislandvolkverbände Lüneburger Heide**

Altenbrücker Damm 6, 21337 Lüneburg  
Telefon: 04131/862923,  
Fax: 04131/8629255  
Vorsitzender **Thorsten Riggert**  
Geschäftsführer **Johannes Heuer**

**Landesverband des Oldenburger Landvolkes**

Sannumer Str. 3, 26197 Huntlosen  
Telefon: 04487/75010, Fax: 04487/7261  
Vorsitzender **Hubertus Berges**  
Geschäftsführer **Bernhard Wolff**

**Arbeitsgemeinschaft der Kreislandvolkverbände im Bezirk Osnabrück**

Am Schölerberg 6, 49082 Osnabrück  
Telefon: 0541/560010,  
Fax: 0541/5600116  
Vorsitzender **Johannes Schürbrock**  
Geschäftsführer **Friedrich Brinkmann**

**Niedersächsisches Landvolk Bezirksverband Stade e.V.**

Bleichergang 12, 21680 Stade  
Telefon: 04141/5190100,  
Fax: 04141/5191111  
Vorsitzender **Johann H. Knabbe**  
Geschäftsführer **Christoph Wilkens**

**Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.**

Südeweg 2, 26607 Aurich-Sandhorst  
Telefon: 04941-609250,  
Fax: 04941/609249  
Präsident **Manfred Tannen**  
Geschäftsführer **Heinz-Hermann Hertz-Kleptow**

**Vereinigung des Emsländischen Landvolkes e.V.**

An der Feuerwache 12, 49716 Meppen  
Telefon: 05931/9332111,  
Fax: 05931/9332112  
Präsident **Georg Meiners**  
Hauptgeschäftsführer **Lambert Hurink**

**Anschriften der Kreisverbände**

**Ammerländer Landvolkverband**

Kolbergerstr. 20, 26655 Westerstede  
Postfach 12 68, 26642 Westerstede  
Telefon: 04488/8370, Fax: 04488/859091  
Vorsitzender **Felix Müller**  
Geschäftsführer **Thorsten Jan-Dirk Cordes**

**Landw. Kreisverein Aschendorf-Nümmling**

Dr. Horstmann-Str. 7, 26871 Aschendorf  
Telefon: 04962/91312 00,  
Fax: 04962/9131222  
Vorsitzender **Thomas Korte**  
Geschäftsführer **Georg Brüning**

**Kreisverband Aurich**

Südeweg 2, 26607 Aurich-Sandhorst  
Telefon: 04941/609-250,  
Fax: 04941/609249  
Vorsitzender **Hartwig Frühling**  
Geschäftsführer **Heinz-Hermann Hertz-Kleptow**

**Landw. Kreisverein Grafschaft Bentheim**

Berliner Str. 2, 49828 Neuenhaus  
Postfach 11 65, 49825 Neuenhaus  
Telefon: 05941/608100, Fax: 05941/608188  
Vorsitzender **Rudolf Aalderink**  
Geschäftsführerin **Elfriede Werdermann**

**Niedersächsisches Landvolk Braunschweiger Land**

Helene-Künne-Allee 5,  
38122 Braunschweig  
Telefon: 0531/287700, Fax: 0531/2877020  
Vorsitzender **Ulrich Löhr**  
Hauptgeschäftsführung **Steffen Bartels,**  
Geschäftsführung **Volker Meier,**  
**Silke Christin Könecker**

**Kreisverband Bremervörde-Zeven**

**Geschäftsstelle Bremervörde**  
Albrecht-Thaer-Str. 6,  
27432 Bremervörde  
Telefon: 04761/992200, Fax: 04761/992222

**Geschäftsstelle Zeven**

Meyerstraße 15, 27404 Zeven  
Tel. 04281/821100, Fax: 04281/821111  
Vorsitzender **Alexander von Hammerstein**  
Geschäftsführerin **Dr. Diane Wischner-Pingel**

**Kreisverband Celle**

Biermannstr. 14, 29221 Celle  
Telefon: 05141/3844-0, Fax: 05141/384477  
Vorsitzender **Christoph Düvel**  
Geschäftsführer **Martin Albers**

**Kreisverband Cloppenburg**

Löninger Str. 66, 49661 Cloppenburg  
Telefon: 04471/965200,  
Fax: 04471/965281  
Vorsitzender **Hubertus Berges**  
Geschäftsführer **Bernhard Suilmann**

**Kreisverband Grafschaft Diepholz**

Galtener Str. 18, 27232 Sulingen  
Tel. 04271/945100,  
Fax: 04271/945111  
Vorsitzender **Theodor Runge**  
Geschäftsführer **Dr. Jochen Thiering**

**Kreisverband Friesland**

Albrecht-Thaer-Str. 2, 26939 Ovelgönne  
Telefon: 04401/980515,  
Fax: 04401/ 980555  
Vorsitzender **Hartmut Seetzen**  
Geschäftsführer **Manfred Ostendorf**

**Kreisverband Gifhorn-Wolfsburg**

**Geschäftsstelle Gifhorn**  
Bodemannstr. 16, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371/864100, Fax: 05371/864120

**Geschäftsstelle Wittingen**

Schützenstr. 10, 29378 Wittingen  
Telefon: 05831/29180, Fax: 05831/291829  
Vorsitzender **Joachim Zeidler**  
Geschäftsführer **Klaus-Dieter Böse**

## VORSTAND UND ANSCHRIFTEN

### Kreisverband Göttingen

Geschäftsstelle Göttingen  
Götzenbreite 10, 37124 Rosdorf  
Telefon: 0551/7890450,  
Fax: 0551/7890459  
Geschäftsstelle Duderstadt  
Herzberger Str. 12, 37115 Duderstadt  
Telefon: 05527/98210,  
Fax: 05527/982120  
Vorsitzender **Markus Gerhardy**  
Geschäftsführer **Achim Hübner**

### Kreisverband Land Hadeln

Schulstr. 4, 21762 Otterndorf  
Telefon: 04751/92260,  
Fax: 04751/922644  
Vorsitzender **Heino Klintworth**  
Geschäftsführung **Welf Quassowsky**

### Landvolk Hannover e.V.

Hauptgeschäftsstelle Hannover-Ahlem  
Wunstorfer Landstr. 8, 30453 Hannover  
Telefon: 0511/400787-0,  
Fax: 0511/400787-22  
Vorsitzende **Volker Hahn,**  
**Dr. Holger Hennies**  
Geschäftsführer **Torsten Nordmann**

## Zusammenschlüsse

### Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e. V.

Südweg 2,  
26607 Aurich-Sandhorst  
Telefon: 04941/609250,  
Fax: 04941/609249  
Präsident **Manfred Tannen**  
Geschäftsführer **Heinz-Hermann  
Hertz-Kleptow**

### Landwirtschaftlicher Hauptverband Süd-niedersachsen

Altendorfer Tor 13, 37574 Einbeck  
Telefon: 05561/92590-0,  
Fax: 05561/92590-29  
Vorsitzender **Markus  
Gerhardy**  
Geschäftsführer **Christian  
Wieland**

### Vereinigung des Emsländischen Landvolkes

An der Feuerwache 12,  
49716 Meppen  
Telefon: 05931/9332111,  
Fax: 05931/9332112  
Präsident **Georg Meiners**  
Geschäftsführer **Lambert Hurink**

### Landvolk Hildesheim Kreisbauernverband e.V.

Grünes Zentrum Hildesheim  
Am Flugplatz 4, 31137 Hildesheim  
Telefon: 05121/70670 Fax: 05121/706767

### Grünes Zentrum Alfeld

Bahnhofstr. 14, 31061 Alfeld  
Telefon: 05181/84050, Fax 05181/840548  
Vorsitzender **Konrad Westphale**  
Geschäftsführer **Carl-Jürgen Conrad**

### Kreisverband Leer

Nessestr. 3, 26789 Leer  
Telefon: 0491/9299510, Fax: 0491/9299522  
Vorsitzender **Klaus Borde**  
Geschäftsführer **Rudolf Bleeker**

### Landw. Kreisverein Lingen

Am Hundesand 12, 49809 Lingen  
Telefon: 0591/9630725, Fax: 0591/9630739  
Vorsitzender **Hermann Hermeling**  
Geschäftsführer **Wichard Wabner**

### Kreisverband Lüneburger Heide

Geschäftsstelle Buchholz  
Am Langen Sal 1, 21244 Buchholz  
Postfach 12 08, 21232 Buchholz  
Telefon: 04181/135010,  
Fax: 04181/13501324

### Geschäftsstelle Bad Fallingbostel

Düshorner Str. 25,  
29683 Bad Fallingbostel  
Telefon: 05162/903100, Fax: 05162/903139  
Vorsitzende **Jochen Oestmann,**  
**Wilhelm Neven**  
Geschäftsführer **Werner Maß,**  
**Henning Jensen**

### Kreisverband Melle

Gesmolder Str. 7, 49324 Melle  
Telefon: 05422/95020, Fax: 05422/950230  
Vorsitzender **Jürgen Sixtus**  
Geschäftsführer **Heinrich Kinnius**

### Bauernverband Nordostniedersachsen e. V.

Geschäftsstelle Lüneburg  
Altenbrücker Damm 6, 21337 Lüneburg  
Telefon: 04131/862923, Fax: 04131/8629255

### Geschäftsstelle Lüchow

Senator-Sandhagen-Str. 1,  
29439 Lüchow  
Telefon: 05841/97700, Fax: 05841/977099

### Geschäftsstelle Uelzen

Wilhelm-Seedorf-Str. 1, 29525 Uelzen  
Telefon: 0581/9736690, Fax: 0581/97366910  
Vorsitzender **Thorsten Riggert**  
Geschäftsführer **Johannes Heuer**

### Kreisverband Northeim-Osterode

Geschäftsstelle Einbeck  
Altendorfer Tor 13, 37574 Einbeck  
Telefon: 05561/92590-0,  
Fax: 05561/92590-29

### Geschäftsstelle Uslar

Wiesenstr. 33, 37170 Uslar  
Telefon: 05571/2527, Fax: 05571/4559

### Geschäftsstelle Osterode

An der Leege 22, 37520 Osterode  
Telefon: 05522/50000,  
Fax: 05522/500050  
Vorsitzender **Claus Hartmann**  
Geschäftsführer **Gerhard Rudolph**

### Landw. Kreisverein Meppen

An der Feuerwache 12, 49716 Meppen  
Telefon: 05931/9332-111,  
Fax: 05931/9332-112  
Vorsitzender **Helmut Schwering**  
Geschäftsführer **Michael Feld**

### Kreisverband Mittelweser

Geschäftsstelle Syke  
Hauptstr. 36-38, 28857 Syke  
Telefon: 04242/5950, Fax: 04242/59580

### Geschäftsstelle Nienburg

Vor dem Zoll 2, 31582 Nienburg  
Telefon: 05021/968660,  
Fax: 05021/9686619  
Vorsitzende **Tobias Göckeritz**  
**Christoph Klomburg**  
Geschäftsführer **Olaf Miermeister**

### Kreisverband Norden-Emden

Südweg 2, 26607 Aurich  
Telefon: 04941/609260,  
Fax: 04941/609249  
Vorsitzender **Carl Noosten**  
Geschäftsführerin **Maren Ziegler**

### Kreislandvolkverband Oldenburg e.V.

Sannumer Str. 3, 26197 Huntlosen  
Telefon: 04487/75010, Fax: 0 4487/7261  
Vorsitzender **Detlef Kreye**  
Geschäftsführer **Bernhard Wolff**

### Hauptverband des Osnabrücker Landvolkes

Am Schölerberg 6, 49082 Osnabrück  
Telefon: 0541/560010,  
Fax: 0541/5600116  
Liebigstr. 4, 49593 Bersenbrück  
Telefon: 05439/947110, Fax:  
05439/947128  
Vorsitzender **Dirk Westrup**  
Geschäftsführer **Friedrich  
Brinkmann,**  
Geschäftsführerin **Nadin Wöstmann**

### Kreisverband Osnabrück

Vorsitzender **Dirk Westrup**

### Kreisverband Bersenbrück

Vorsitzender **Johannes Schürbrock**

### Kreisverband Wittlage

Vorsitzender **Jens Holger Frese**

### Kreisverband Osterholz

Bördestr. 19, 27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04791/94240, Fax: 04791/942422  
Vorsitzender **Stephan Warnken**  
Geschäftsführer **Dr. Uwe Huljus**

### Kreisverband Rotenburg-Verden

Geschäftsstelle Rotenburg  
Zum Flugplatz 5, 27356 Rotenburg  
Telefon: 04261/63030, Fax 04261/6303111

### Geschäftsstelle Verden

Lindhooper Str. 61, 27283 Verden  
Telefon: 04231/92630, Fax 04231/926392  
Vorsitzender **Jörn Ehlers,**  
**Christian Intemann**  
Geschäftsführerin **Sarina Hochgreife**  
Geschäftsführer **Alexander Kasten**

## VORSTAND UND ANSCHRIFTEN

### Kreisverband Stade

Bleichergang 12,  
21680 Stade  
Telefon: 04141/5191100,  
Fax: 04141/5191111  
Vorsitzender **Johann H. Knabbe**  
Geschäftsführer **Christoph Wilkens**

### Kreisverband Vechta

Rombergstr. 53, 49377 Vechta  
Telefon: 04441/92370,  
Fax: 04441/9237199  
Vorsitzender **Dr. Johannes  
Wilking**  
Geschäftsführer **Dr. Friedrich Willms**

### Bauernverband Weserbergland e.V.

Hauptgeschäftsstelle Hameln  
Klütstr. 10, 31787 Hameln  
Telefon: 05151/406660,  
Fax: 05151/4066629

### Geschäftsstelle Stadthagen

Obere Wallstraße 3,  
31655 Stadthagen  
Telefon: 05721/4055,  
Fax: 05721/40 72

### Geschäftsstelle Holzminden

Bülte 2, 37603 Holzminden  
Telefon: 05531/2079  
Vorsitzender **Karl-Friedrich Meyer**  
Geschäftsführer **Henning Brünjes**

### Kreisverband Wesermarsch

Albrecht-Thaer-Str. 2,  
26939 Ovelgönne  
Telefon: 04401/98050,  
Fax: 04401/980533  
Vorsitzender **Dr. Karsten Padeken**  
Geschäftsführer **Manfred Ostendorf**

### Kreisverband Wesermünde

Bismarckstr. 61, 27570 Bremerhaven  
Telefon: 0471/924950,  
Fax: 0471/9249599  
Vorsitzender **Jan Heusmann**  
Geschäftsführerin **Marina Sancken**

### Kreisverband Wittmund

Bismarckstr. 31, 26409 Wittmund  
Telefon: 04462/507010,  
Fax: 04462/507027  
Vorsitzender **Günter Lügen**  
Geschäftsführer **Johannes Müller**

**Die Ärmel-  
hochkrempler  
unter den  
Anzugträgern.  
Morgen kann kommen.**  
Wir machen den Weg frei.

Wir sind da, wo wir gebraucht werden: direkt vor Ort. Denn durch den persönlichen Kontakt zu unseren Kundinnen und Kunden verstehen wir ihre Vorhaben und Ziele noch besser. Und stehen ihnen so stets mit ehrlicher, kompetenter Beratung auf Augenhöhe zur Seite. Gemeinsam schauen wir nach vorn und sagen: Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei.

Volksbanken  
Raiffeisenbanken

## VORSTAND UND ANSCHRIFTEN

### Landwirtschaftliche Organisationen im Landvolkhaus

Warmbüchenstr. 3, 30159 Hannover

#### Bundesverband Landwirtschaftlicher Pächter e.V.

Geschäftsführung  
Rüdiger Heuer  
Telefon: 0511/36704-35,  
Fax 0511/36704-75

#### Vereinigung niedersächsischer Realverbände e.V.

Geschäftsführung  
Sandra Glitza  
Telefon: 0511/36704-35,  
Fax 0511/36704-75

#### Niedersächsische Landjugend Landesgemeinschaft e. V.

Geschäftsführung  
Till Reichenbach  
Telefon: 0511/36704-45,  
Fax 0511/36704-72

#### Waldbesitzerverband Niedersachsen e.V.

Geschäftsführung  
Petra Sorgenfrei  
Telefon: 0511/36704-39,  
Fax 0511/36704-68

#### Zentralverband der Jagd- genossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen e.V. (ZJEN)

Geschäftsführung  
Peter Zanini  
Telefon: 0511/36704-41,  
Fax 0511/324627

#### Stiftung Kulturlandpflege

Geschäftsführung  
Peter Zanini  
Telefon: 0511/36704-41,  
Fax 0511/324627

#### Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer e.V.

Geschäftsführung  
Dr. Heinrich-Hubertus Helmke  
Telefon: 0511/36704-49,  
Fax 0511/36704-74

Kabelkamp 6, 30179 Hannover

#### Landvolkdienste GmbH

Geschäftsführung  
Helmut Brachtendorf,  
Heino Beewen  
Telefon: 0511/36704-20,  
Fax 0511/36704-80

### Niedersächsische Landjugend Landesgemeinschaft e.V. (NLJ)



Till Reichenbach, Barbara Vogt, Cäcilia Dröse, Sina Friese



Christin Baumann, Katrin Aschmann, Bettina Trautmann

### Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen e.V. / Stiftung Kulturlandpflege



Peter Zanini, Björn Rohloff, Brigitte Wielebski, Michelle Drechsler, Anton Sartisohn

## VORSTAND UND ANSCHRIFTEN

### Waldbesitzerverband Niedersachsen e.V.



Petra Sorgenfrei, Miriam Kleinschmit, Martin Wissenberg,  
Dr. Clemens Prinz zu Waldeck und Pyrmont, Aletta Grimrath

### Landvolkdienste GmbH (LVD)



Heino Beewen, Stephan Deicke, Bastian Leutheuser, Nicole Politz, Dirk Blaume,



Volker Hahn, Ralf Meyran, Jörg Stuwe, Christian Köster, Sean Huffnagel,



Dennis Klöcker, Viktoria Gretschan, Petra Ohlendorf, Claas Uebersohn, Dennis Kontor,



Corinna Fricke, Luca Schöning, Timm-Dierk Reise, Karin Lüpke-Kretschmer, Katharina Wieneke

### Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer e.V. (DNZ)



Dr. Heinrich-Hubertus Helmke, Regine Degenkolbe, Carolin Bastian, Katrin Lüders

## AUSSCHÜSSE & IMPRESSUM

### Ausschüsse

#### Ausschuss Pflanze

Vorsitzender **Karl-Friedrich Meyer**  
Geschäftsführung **Pia Caren Böhmer**

#### Ausschuss Milch

Vorsitzender **Manfred Tannen**  
Geschäftsführung **Nora Lahmann**

#### Ausschuss Rindfleischerzeugung

Vorsitzender **Martin Lüking**  
Geschäftsführung **Markus Kappmeyer**

#### Ausschuss Grünland

Vorsitzender **Dr. Karsten Padeken**  
Geschäftsführung **Hartmut Schlepps**

#### Ausschuss Schweine/Veredelung

Vorsitzender **Jörn Ehlers**  
Geschäftsführung **Markus Kappmeyer**

#### Ausschuss Tierseuchen

Vorsitzender **Georg Meiners**  
Geschäftsführung **Dr. Wiebke Scheer**  
**Markus Kappmeyer**

#### Ausschuss Finanzen

Vorsitzender **Thorsten Riggert**  
Geschäftsführung **Steffen Stegemann**

#### Ausschuss Junglandwirte

Vorsitzender **Jan-Henrik Schöne**  
Geschäftsführung **Christine Kolle**

#### Ausschuss Nebenerwerb

Vorsitzender **Christian Mühlhausen**  
Geschäftsführung **Heike Bollmann**

#### Ausschuss Bildung

Vorsitzender **Martin Roberg**  
Geschäftsführung **Christine Kolle**

#### Ausschuss Sozialpolitik

Vorsitzender **Ulrich Löhr**  
Geschäftsführung **Sandra Glitza**

#### Ausschuss Strukturpolitik

Vorsitzender **Johannes Schürbrock**  
Geschäftsführung **Dr. Wilfried Steffens**

#### Ausschuss Umwelt

Vorsitzender **Hubertus Berges**  
Geschäftsführung **Hartmut Schlepps**

#### Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit

Vorsitzender **Tobias Göckeritz**  
Geschäftsführung **Sebastian Kuhlmann**

#### Ausschuss Regenerative Energien

Vorsitzender **Jochen Oestmann**  
Geschäftsführung **Harald Wedemeyer**

#### Ausschuss Ökolandbau

Vorsitzender **Carsten Bauck**  
Geschäftsführung **Pia Caren Böhmer**

#### Arbeitskreis Sauenhaltung

Vorsitzender **Enno Garbade**  
Geschäftsführung **Markus Kappmeyer**

### Impressum

#### Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.

Warmbüchenstraße 3  
30159 Hannover  
Telefon: 0511/36704-0  
Fax: 0511/36704-62  
E-Mail: landesverband@landvolk.org

#### Internet

www.landvolk.net  
www.niedersaechsischer-weg.de  
www.finka-projekt.de

#### Soziale Medien

facebook/landvolkniedersachsen/  
instagram/landvolkniedersachsen/  
Twitter: @Landvolk

#### Impressum

Redaktion: Wiebke Molsen  
Fotoquellen: Landvolk, FINKA,  
Landpixel (5), LEE, LVN, DNZ,  
LVD, Stiftung Kulturlandpflege,  
ZJEN, NLJ, Waldbesitzerverband  
Niedersachsen, RKI

#### Layout:

Kristina Runge  
Otterbach Medien KG  
GmbH & Co.,  
Hardbergstraße 3  
76437 Rastatt

#### Druck:

Aumüller Druck GmbH & Co. KG  
Weidener Straße 2  
93057 Regensburg



Zuversicht

Chancen

Fortschritt

Freiraum

Miteinander

Stabilität



## Weil's um mehr als Geld geht.

Wir machen uns stark für die Regionen, in denen wir zu Hause sind. Für die wichtigen Themen der niedersächsischen Landwirtschaft. Als Partner, auf den sich unsere Landwirte verlassen können.  
**Mehr auf [sparkasse.de/mehralsgeld](https://www.sparkasse.de/mehralsgeld)**

 Sparkassen  
in Niedersachsen

# Mein VORPRUNG

*Bei euch ist mein Hof  
in guten Händen*



Vertrauen Sie dem Versicherer, dem die Menschen seit über 260 Jahren vertrauen – und nutzen Sie unsere Erfahrung. [www.vgh.de/landwirtschaft](http://www.vgh.de/landwirtschaft)

fair versichert

**VGH** 